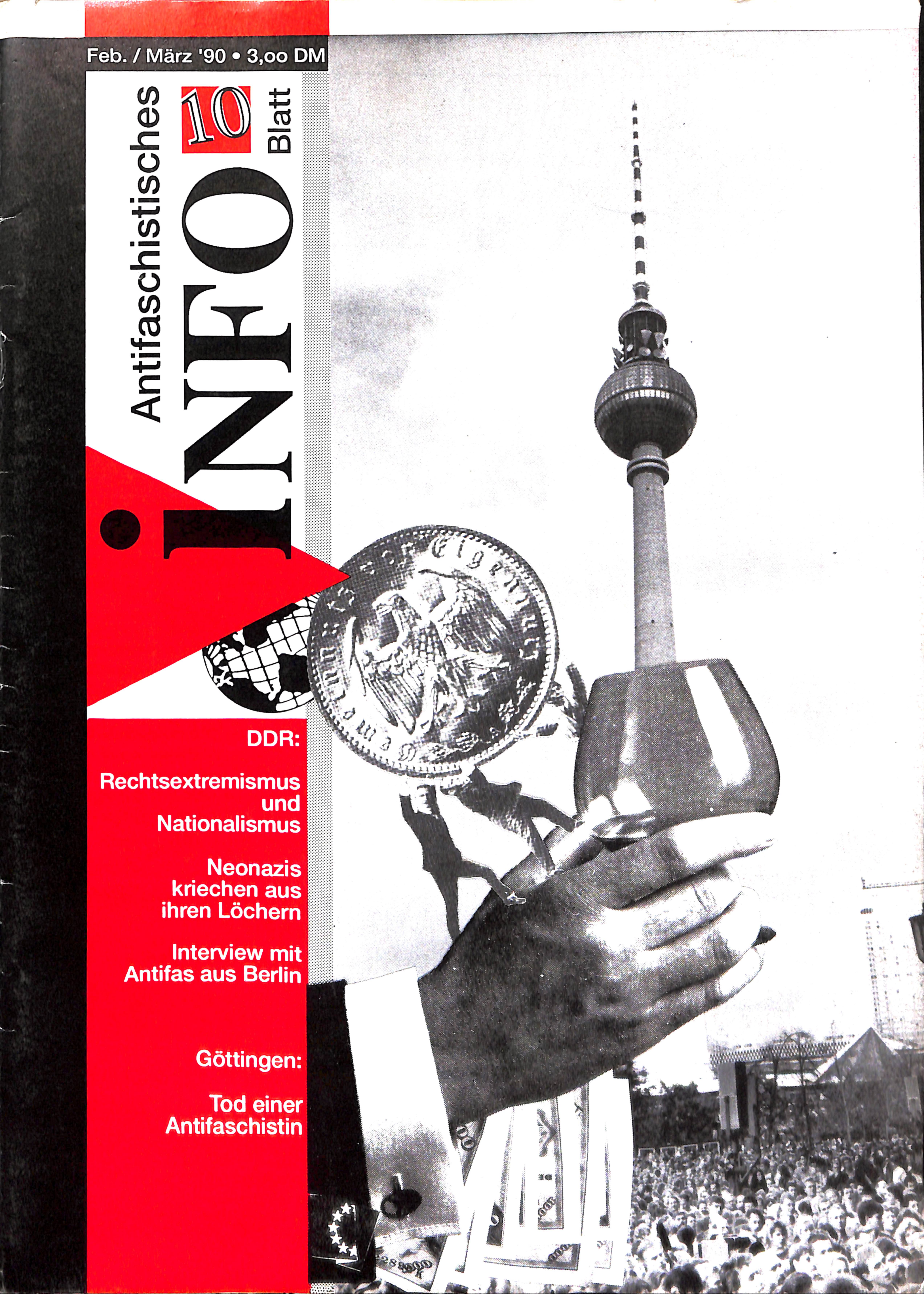
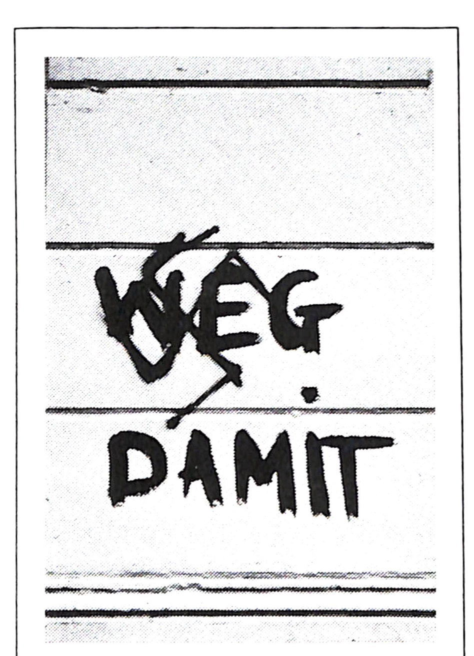


Feb. / März '90 • 3,oo DM
Antifaschistisches
INFO
10
Blatt
DDR:
Rechtsextremismus und Nationalismus
Neonazis kriechen aus ihren Löchern
Interview mit Antifas aus Berlin
Göttingen:
Tod einer Antifaschistin



Antifaschistisches Infoblatt Nr. 10

V. i. S. d. P. und Kontaktadresse:
L. Meyer
Gneisenaustraße 2a
1000 Berlin 61

EIGENTUMSVORBEHALT:

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nichtausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Liebe FreundInnen, hallo Antifas

Innerhalb nur eines Jahres ist die Existenz faschistischer Parteien und Gruppen auch in der BRD zu einer unübersehbaren Gefahr angewachsen. Die Front National in Frankreich, die Republikaner in Deutschland schwimmen auf den Wellen einer Bewegung, die ihre Botschaft vom Völkerhass in ganz Europa verbreitet. Nationalitätenkonflikte in der UDSSR, im Balkan und Rassismus in Westeuropa geben faschistischen Kräften ausreichend Gelegenheit zur Formierung. Die Parole "Wehret den Anfängen" ist von der Realität eingeholt worden, die Anfänge haben längst begonnen und sie zeigen ihre Auswirkungen täglich im Alltag und Politik. Die Beantwortung der Frage, wie dem ein wirksamer Widerstand entgegengesetzt werden kann, versuchen wir durch Informationen und Darstellung der Antifa-Arbeit zu erleichtern.

Die erste des Ausgabe Antifa Infos in den 90er Jahren hat den Schwerpunkt auf die Entwicklung in der DDR gelegt. Nicht weil wir darüber schreiben wollen, weil alle schreiben, sondern weil zusammen mit der Entwicklung eines erneuten Nationalismus alter Prägung der Einfluß des 'Nationalen Lagers', in seinen verschiedenen Abstufungen von den Konservativen bis zu den Faschisten, an Einfluß gewinnt. In einem zweiten längeren Bericht beschreiben wir die Ereignisse, um den Tod der Göttinger Antifaschistin Conny, die von der Polizei in fahrendes Auto getrieben worden war.

Es gibt ab jetzt wieder ein Antifa-Info in türkischer Sprache, das 'Antifasist Haber-Bülteni'. Auf den 24-Seiten gibt es neben Kurzinformationen auch Artikel über die Reaktion der EmigrantInnen auf die Grenzöffnung der DDR zu lesen. (siehe Art.). Ein Zusammenschluß von Westberliner antifaschistischen Jugendlichen aus der Türkei die 'Antifasist Gençlik' stellt, ihr Programm vor und ein Artikel informiert über den Tod von Conny in Göttingen und darüber wie AntifaschistInnen von der Polizei verfolgt werden. Zum Schluß wollen wir euch noch mitteilen, das wir ab sofort die Abopreise erhöhen (müssen). Ein Abo über 5 Ausgaben kostet ab jetzt 25.-- DM anstatt 20.-- DM. Trotzdem viel Spaß beim lesen.

red. info



Ab sofort neue Preise!

Das Antifa-Info ist natürlich auch im Abonnement zu beziehen. Dies geht folgender Maßen vor sich: ihr schreibt uns eine Karte, auf der steht ab welcher Ausgabe ihr das Info beziehen wollt. Wenn ihr die Karte in einen Briefumschlag steckt und die passende Knete mit reingelegt habt, kann eigentlich nichts mehr schief gehen. Solltet ihr uns das Geld überweisen wollen, ist auch dies kein Problem. Wir teilen euch auf Anfrage mit wo hin die Knete überwiesen werden kann. Noch eins, wir schicken Abos nur noch raus wenn sie schon bezahlt sind - also Cash **im Voraus**.

Ein Abo geht über **5 Ausgaben** und kostet (ab sofort) 25.-- Valuta-Mark (Porto incl.). Ihr könnt uns aber auch unterstützen indem ihr ein Förderabo bei uns bestellt. Hier ist die Grenze nach Oben offen, wir freuen uns aber auch über kleinere Beträge.

SONDERBEILAGE ZUR NR. 10

Zum Schwerpunktthema in dieser Ausgabe haben wir eine Sonderbeilage erstellt, die bei uns bestellt werden kann.

Es geht um die Geschichte der DDR, auf die wir aus Platzgründen in diesem Info nicht eingehen konnten. Wir halten eine gründlichere Betrachtung dieser Geschichte aber für notwendig, um politisch zu den Entwicklungen in der DDR Stellung zu beziehen. Die Beilage besteht aus einem fotokopierten Artikel zur Geschichte der SED aus der Zeitschrift ARBEITERPOLITIK. Dem sind Beiträge von Isaac Deutsche vorangestellt, die er 1945 verfaßt hat. Das Material kostet 2.--DM zuzüglich Porto.



Das "Netzwerk - Selbsthilfe e.V." hält uns für ein Förderungswürdiges Projekt (was sonst) und unterstützte uns mit elektronischem Gerät.



ANFANG JANUAR ERSCHIEN DIE ERSTE AUSGABE DES ANTIFASIST-HABER-BÜLTENI - EIN VON TÜRKISCHEN ANTIFA-GRUPPEN HERAUSGEGEBENES ANTIFA-INFO. DIE REDAKTIONSADRESSE, AN DIE IHR EUCH WENDEN KÖNNT WENN IHR DIE ZEITUNG BESTELLEN WOLLT, IST:
AVNI GENÇ, GNEISENAUSTRASSE 2A, 1000 BERLIN 61

ANTIFA-INFO AUF TÜRKISCH

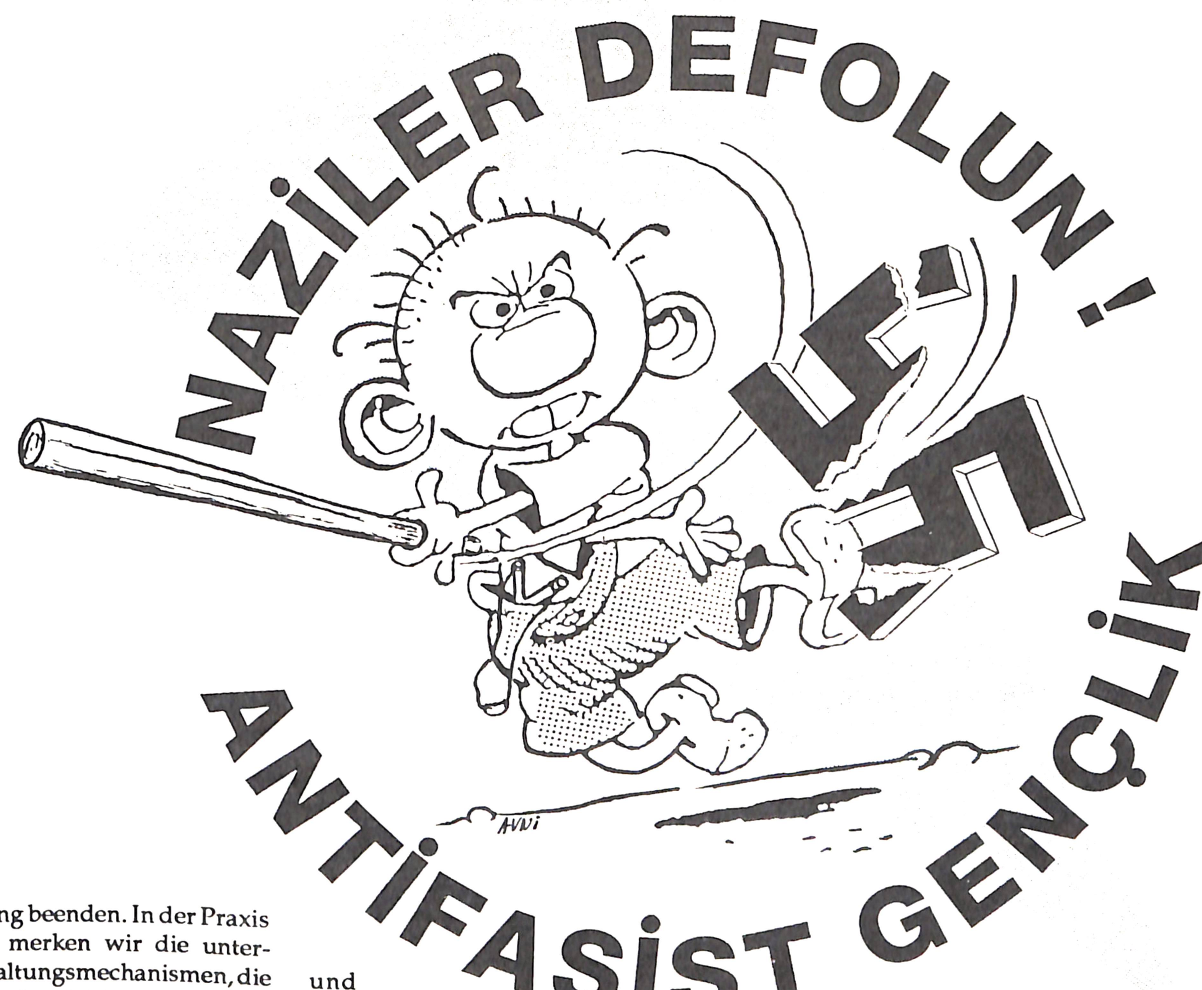
Fünfzehn Monate sind vergangen seit der letzten deutsch-türkischen Ausgabe des Antifa-Infos. Unsere Zeitung war von vornherein zweisprachig konzipiert, doch in der vergangenen Zeit konnten wir diesen Anspruch nicht mehr in die Praxis umsetzen. Ab jetzt gibt es ein Info in deutscher Sprache und ein Info in türkischer Sprache - das **"Anti-Fasist Haber Bülteni"**. Beide Ausgaben werden von zwei selbstständig arbeitenden Redaktionsgruppen produziert, die die Inhalte, Gestaltung und Vertrieb in der gemeinsamen Redaktion bestimmen.

In der Vergangenheit lag die Schwäche des in türkischer Sprache abgefassten Teils der Zeitung darin, daß die Artikel zumeist direkte Übersetzungen der von Deutschen geschriebenen Artikel waren. Somit waren sie für Menschen aus der Türkei oft unverständlich oder einfach an deren Interessen vorbeigeschrieben. Dieselbe Erfahrung mußten AntifaschistInnen auch immer wieder mit Flugblättern und Aufrufen machen. Die Entwicklung eines gemeinsamen Widerstandes gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus aus Teilen aller hier lebenden Bevölkerungsgruppen ist bis in die Gegenwart Anspruch geblieben.

"Wir sind, egal, was die Parteien sagen, keine AusländerInnen mehr in diesem Land. Wenn wir hier die Notwendigkeiten des täglichen Lebens teilen, wollen wir auch genauso die Rechte teilen. Wie aus welchem Grunde wir damals hierhergekommen sind, heute sind wir Bürger dieses Landes. Deshalb erkennen wir die bis jetzt geltenden und noch nicht rechtskräftigen neuen Ausländergesetze nicht an. Das Wahlrecht ist ein natürliches Recht der hier lebenden Menschen." (aus einem Flugblatt der **Antifasist Gençlik**)

Die Entstehung von eigenständigen Antifa-Gruppen der EmigrantInnen, die speziell ihre Landsleute ansprechen und zusammenschließen, eröffnet eine neue Möglichkeit die Antifa Bewegung und deren Widerstandsstrukturen zu verbreitern.

Das Info - Bülteni hat sich zum Ziel gesetzt, die Selbstorganisierung des Widerstandes von Unten zu unterstützen - eben da, wo Leute sich gegen Nazis wehren, sich zusammenschließen und



ihre Vereinzelung beenden. In der Praxis und im Alltag merken wir die unterschiedlichen Spaltungsmechanismen, die Menschen, die in der gleichen sozialen Situation stehen, von einander trennen. Das führt allzu oft dazu, sich gegeneinander aufwiegeln zu lassen, lachender Dritter bleibt der Vermieter, Spekulant usw. Dieser Spaltung der ArbeiterInnenklasse wollen wir entgegenarbeiten.

Gespalten und vereinzelt ist es unmöglich auch selbst kleinere Dinge zu verändern und soziale Verbesserungen zu erstreiten. Der/die einzelne steht ohnmächtig und hilflos da. Viele Menschen werden genau an diesem Punkt anfällig für Nationalismus und fürs Buckeln und Betteln. Da werden ihnen die "einfachen Lösungen" vorgegaukelt, Konkurrenz gegeneinander wird vertieft. Die erfahrene Ohnmacht ist eine der Quellen für Faschismus, Rassismus usw. Durch Erklärungen heben wir die Spaltungen nicht auf.

Wir können uns die Entwicklung von Solidarität statt Nationalismus nur durch ein Eintreten für gemeinsame Interessen in einem längerfristigen Prozeß vorstellen. Für uns geht es darum von der Basis der Eigenständigkeit der deutschen und türkisch/kurdischen Antifagruppen auszugehen und gemeinsame Kämpfe, Auseinandersetzungen und Kultur zu entwickeln.

Nichts Entscheidendes können die "Rot"-Grünen Beteuerungen von einer multikulturellen Stadt gegen den Rassismus bewegen. Erst durch Erfahrungen, daß nur zusammen was zu verändern und verbessern ist, ob am Arbeitsplatz, in der Schule oder im Stadtteil kann die rechte Ideologie zurückgedrängt werden. Diese Ansätze wollen wir unterstützen.

Daß es auch unter uns einiges gibt was uns "trennt", ist eine Ausgangsbedingung, über die wir uns bewußt sind. Wenn das nicht so wäre, gäbe es längst eine gemeinsame Lebens- und Widerstandsstruktur in der Antifa-Bewegung. Wir haben eine unterschiedliche Erziehung, Kultur und gehen an verschiedene Sachen des täglichen und politischen Lebens unterschiedlich ran. Ein Grund mehr zur Auseinandersetzung für einen lebendigen Widerstand. Illusionen von Friede, Freude, Eierkuchen - deutsche und ausländische Menschen gehen Hand in Hand, ohne Konflikte auch auszutragen, sind dabei eher schädlich als nützlich.

In jeder Ausgabe des Bültenis oder Infos wird eine inhaltliche Kurzdarstellung über das anderssprachige Heft zu lesen sein, einiges wird auch als Artikel in beiden Zeitungen zu finden sein. Daraus ergibt sich, daß die Themen nicht unbedingt die gleichen sein müssen, welche Thematik letztendlich das Licht der Veröffentlichung erblickt, entscheidet die jeweilige Redaktion - je nach dem was für notwendig erachtet wird. Es sollen auch nicht mehr Artikel wortwörtlich übersetzt werden, sondern sie sollen so geschrieben sein, daß sie für die jeweilige Zielgruppe verständlich sind.

Gerade in der Zeit anwachsendender nationalistischer Tendenzen in ganz Europa, ist es dringlich, praktische Formen des Zusammen Lebens und Kämpfens zu entwickeln - gegen den Strom und sogenannten Zeitgeist der Reaktionäre.

ZUR ENTWICKLUNG IN DER DDR

WIE SCHON IN DER LETZTEN AUSGABE DES ANTIFA-INFOS BERICHTEN WIR AUCH IN DIESER NUMMER ÜBER NATIONALISTISCHE UND FASCHISTISCHE AKTIVITÄTEN IN DER DDR. ANGESICHTS DER ENTWICKLUNG DER LETZTEN MONATE WOLLTEN WIR DEN ARTIKEL NICHT UNKOMMENTIERT LASSEN.

DIE WIDERSPRÜCHE UND PROBLEME, DIE SICH AUS DER ENTWICKLUNG IN DER DDR ERGEBEN, SIND ALLERDINGS SO ZAHLREICH UND KOMPLIZIERT, DASS WIR UNS AUF DIE WICHTIGSTEN AKTUELLEN VORGÄNGE BESCHRÄNKEN MÜSSEN. DAS HAT MEHRERE GRÜNDE:



1. Die weitere Entwicklung geht rasant voran, bzw. zurück und ist für uns schwer einzuschätzen. Wir wollen uns deshalb nicht an Spekulationen und theoretischen Gedankenspielen beteiligen. Sobald in Zukunft der weitere Gang der Auseinandersetzung in der DDR mehr Klarheit verschafft, werden wir auch im Info darauf zurückkommen.
2. Die Veränderungen in der DDR können nicht isoliert betrachtet werden, sie sind eingebettet in die Entwicklungen, die sich in allen osteuropäischen Staaten vollzogen haben, und sie sind nicht zu trennen von den Verschiebungen im internationalem Kräfteverhältnis zwischen sozialistischem und kapitalistischem Lager. Es bedarf noch gründlicher Diskussionen und Analysen, um uns darüber Klarheit zu verschaffen. Das ist nicht allein Aufgabe der Antifa, sondern der gesamten revolutionären Linken.
3. Es würde den Rahmen des Infos sprengen, diese allgemeinen theoretischen und politischen Diskussionen in der Zeitung zu führen, ohne den Bezug zur konkreten Antifa-Arbeit im Kopf zu haben und herzustellen.

Wir halten allerdings die jüngsten Entwicklungen für unsere weitere Arbeit für so entscheidend, daß wir uns entschlossen haben in einer Beilage genauer und gründlicher auf die Geschichte der DDR einzugehen. Die Kenntnis der Vergangenheit ist eine Voraussetzung, um zu verstehen, was heute um uns herum vorgeht und einschätzen zu können, was morgen auf uns zukommt. Der erste Teil der Beilage besteht aus Beiträgen, die Isaac Deutscher 1945 verfaßt hat, den Artikel zur Geschichte der SED haben wir der Zeitschrift 'Arbeiterpolitik' entnommen.

DIE POLITISCHE AUSEINANDERSETZUNG SPITZT SICH ZU!

Innerhalb nur weniger Wochen hat sich die politische Landschaft in der DDR, in der BRD und West-Berlin radikal geändert. Die Opposition war entstanden aus der Perspektivlosigkeit, die viele Bürger der DDR empfinden, aus der schleichenden Auszehrung der Gesellschaft durch die wachsende Zahl von ÜbersiedlerInnen, sie war von wenigen AktivistInnen getragen. Ihre Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen und an der SED als Staatspartei war geprägt von der Sorge um die Zukunft der DDR. Nachdem die von der alten SED-Führung anläßlich der Jubelfeiern zum 40jährigen Jubiläum zur Schau getragene Selbstzufriedenheit und Selbstsicherheit ins Wanken geriet, folgten Hunderttausende den Aufrufen der Opposition. Unter der Parole *"Wir sind das Volk"* gingen sie auf die Straße.

Nach der Öffnung der Grenzen am 9. November hat sich die Szenerie gewandelt. Mehr als die Hälfte der DDR-Bevölkerung hat die unerwartete und plötzliche Reise-"freiheit" ins kapitalistische Konsumparadies genutzt. Die Massen sammelten sich nicht mehr auf dem Alexanderplatz, sondern auf dem Kudamm und in den Kaufhäusern Westberlins. Die 30 führenden Manager der BRD geben sich ein Stelldichein mit DDR-Unternehmensleitern. Von der Politik der Bundesregierung und der SPD getragen, greifen die BRD-Konzerne und -Banken nach den Wirtschaftszweigen, die für sie profitabel sein können. Der Ausverkauf der DDR hat bereits begonnen.

Für die Öffentlichkeit der BRD gilt nicht mehr die Frage, ob es Wiedervereinigung geben kann, sondern wann und wie sie vollzogen werden soll. Eine allzu große Geschwindigkeit bei diesem Prozeß ist weder dem BRD-Kapital noch SPD/FDP/CDU/CSU recht. Erst soll die DDR eine angepaßte Infrastruktur besitzen und die Wirtschaft rationalisiert und die Staatsorgane von KommunistInnen gesäubert sein, dann kann das "Reich" kommen.

Die möglich gewordene offene politische Auseinandersetzung hat die Polarisierung innerhalb der Gesellschaft sichtbar werden lassen. Die Oppositionsgruppen, aber auch die bisherigen Blockparteien und die SED-PDS stehen am Scheideweg. Die Widersprüche verlaufen dabei nicht allein zwischen SED-PDS und den neu entstanden Oppositionsgruppen und Parteien. Sie ziehen sich auch quer durch alle politischen und gesellschaftlichen Organisationen. Hinter der Auseinandersetzung um die Wiedervereinigung steht die grundsätzliche Frage auf welcher Grundlage eine Reform und Veränderung in der DDR stattfinden soll. Und da gibt es keine einfachen Antworten.

Die VertreterInnen der Eigenstaatlichkeit stoßen an das Problem, daß diese nur möglich ist, wenn die DDR sozialistisch bleibt bzw. erst wird. Voraussetzung dafür ist aber eine breite Bewegung für einen Sozialismus von unten in den Betrieben, Stadtteilen und gesellschaftlichen Organen. Und gerade diese Ansätze sind nur wenig entwickelt, da viele Menschen noch an das "Hinterherlaufen" gewöhnt sind und eigenes politisches Denken ihnen von der alten SED "abgenommen" worden ist.

DER RUF NACH WIEDERVEREINIGUNG WIRD LAUTER

Die Forderung nach der Wiedervereinigung drückt die Stimmung in Teilen der DDR-Bevölkerung aus. Durch Anschluß an den großen kapitalistischen "Bruder" hoffen sie, die Schwierigkeiten und Probleme in der DDR-Wirtschaft, vor allem das mangelnde Warenangebot und den im Verhältnis zur BRD niedrigeren Lebensstandard rasch, ohne eigene Opfer und Anstrengungen, überwinden zu können (*"Keine sozialistischen Experimente mehr!"*). Die Realität der kapitalistischen Gesellschaft, die Interessen der sie bestimmenden Klassen und Kräfte sind ihnen zum großen Teil unbekannt. Was die bisherige SED-Informationspolitik ihnen darüber bisher vermittelte, war eher dürftig und wird darüberhinaus als reine Propaganda abgetan. Bestimmend



für das Bild des Westens sind die vollen Regale und Schaufenster, welche sozialen und politischen Folgen mit einem Import der kapitalistischen "Konsum"-gesellschaft verbunden sind, tritt in den Hintergrund.

NATIONALISTEN UND FASCHISTEN WERDEN AKTIV

Getragen von der Welle der Deutschtümelei und des Nationalismus gehen in der DDR revanchistische und faschistische Gruppierungen in die Offensive (s. dazu den Bericht in diesem Info). Was von der Partei- und Staatsführung jahrelang verschwiegen oder höchstens als West-Import und Randproblem verharmlost wurde, drängt an die Oberfläche. Es zeigt sich, daß die Zerschlagung des Faschismus 1945 durch die Rote Armee, die Einführung des Sozialismus von Oben, das Verbot und die Kontrolle der politischen Betätigung durch den Staatsapparat die Wurzeln des Nationalismus und des Faschismus nicht austrocknen konnte. Dazu gehört der offene Streit über die Ursachen des Faschismus, die gesellschaftliche Auseinandersetzung

mit dessen Trägern. Offiziell gab es diese Träger faschistischer Ideologie in der DDR nicht mehr. Diejenigen, die es wagten öffentlich das Gegenteil zu behaupten, wurden vom alten Staats-Sicherheitsdienst eingeschüchtert und verfolgt. Heute bilden sich verstärkt neue Antifa-Gruppen in der DDR, die mit der alten, zu Phrasen verkommenen Politik nichts mehr zu tun haben wollen. Sie werden große Mühe haben, mit der nationalistischen Entwicklung im Land etwas entgegen zu halten.

BÜNDNIS DER WIEDERVEREINIGUNGS-GEGNER?

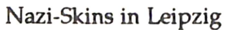
Gegen die rapide anwachsende Bewegung für Wiedervereinigung steht ein nach wie vor breites politisches Spektrum. Es sind vor allem jene Gruppen, die schon vor dem 7./8.Oktober aktiv waren, wie das Neue Forum, Leute aus der Vereinigten Linken, Demokratie Jetzt und aus autonomen Gruppen, die an der Eigenstaatlichkeit der DDR festhalten. Das eint sie objektiv mit ihren alten Feinden aus der SED, doch sind die Wege, wie das zu gewährleisten ist, heftig umstritten. Tiefgreifende Widersprüche und Mißtrauen stehen zwischen den "objektiven" Bündnispartnern. So scheint sich die SED/PDS unter dem Druck der Massen zu einem staatlichen Ordnungsfaktor gegen "Links- und Rechtsextremismus" hochspielen zu wollen; darauf lassen die Äußerungen ihrer führenden Politiker in letzter Zeit schließen. Das macht sie für die Linken in der DDR zu einem höchst unsicherem Bündnispartner. Außerdem ist dies eine Rolle, die der SED/PDS eigentlich nicht ansteht, war sie es doch, die durch ihren autoritären Sozialismus die gesamte Linke diskreditiert hat.

Die Befürworter einer eigenständigen Entwicklung der DDR stehen nicht nur ihren innenpolitischen Widersachern gegenüber, sie müssen auch dem Druck des kapitalistischen Auslandes standhalten. Besonders die Vertreter der ökonomisch mächtigen und politisch gestärkten BRD setzen darauf, im Wechselspiel zwischen Druck von außen und Stärkung der innenpolitischen Rechtsopposition die sozialistischen Grundlagen in der DDR zerstören zu können. Sie wollen aus ihr eine verlängerte Werkbank und ein billiges Arbeitskräftereservoir für den westdeutschen Imperialismus machen.

Ob die politischen Parteien und Initiativen, die am Sozialismus oder auch nur an der Eigenstaatlichkeit festhalten wollen, dem Druck standhalten können, hängt davon ab, ob es ihnen gelingt, aktive Unterstützung aus großen Teilen der arbeitenden Bevölkerung zu gewinnen. Die Frage 'Sozialismus oder Kapitalismus' kann von der Staatsführung und den politischen Institutionen nicht mehr stellvertretend für oder gegen die Bevölkerung entschieden werden.

FASCHISTISCHE GEFAHR IN DER DDR:



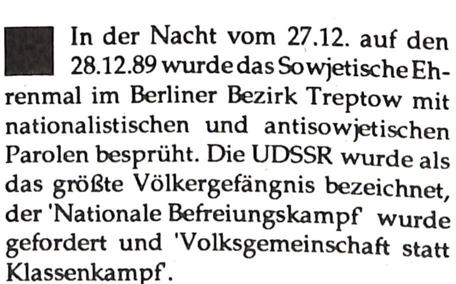

Nazi-Skins in Leipzig







HIRNGESPINST ODER REALITÄT?



In der Nacht vom 27.12. auf den 28.12.89 wurde das Sowjetische Ehrenmal im Berliner Bezirk Treptow mit nationalistischen und antisowjetischen Parolen besprüht. Die UDSSR wurde als das größte Völkergefängnis bezeichnet, der 'Nationale Befreiungskampf' wurde gefordert und 'Volksgemeinschaft statt Klassenkampf'.

Am 3.Januar 1990 riefen die SED/PDS, das Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer, FDJ und trotzkistische Gruppen zur Großkundgebung an Ort und Stelle auf. Geredet haben neben den Aufrufern auch Vertreter der NDPD (National Demokratische Partei Deutschlands) und der LDPD (Liberal Demokratische Partei Deutschlands). Obwohl Forderungen nach einer Einheitsfront gegen Rechts immer wieder auftraten und von vielen DemonstrantInnen lautstark gefordert wurde, ist VertreterInnen der autonomen Antifa-Bewegung z.B. das Rederecht verweigert worden. Zurecht wurde auf die wachsende Gefahr von Rechts in der DDR aufmerksam gemacht, die Schmierereien verurteilt und betont, daß 'Republikanern' und anderen Nazis kein Raum gelassen werden darf.

Von so gut wie keinem der RednerInnen wurde das Problem der in der DDR Bevölkerung weit verbreiteten Ausländerfeindlichkeit, bzw. des Rassismus thematisiert, oder auf andere Ursachen wie der erstarkenden Bewegung für Wiedervereinigung und den Einflußmöglichkeiten, die Faschisten durch diese Bewegung haben, eingegangen. Neben den Rufen nach Einheitsfront wurde auch immer wieder *"Nazis Raus"* und *"Verfassungsschutz"* skandiert. Das Mißtrauen, daß gerade mit der schnellen Einrichtung eines Verfassungsschutz sich der alte verhasste StaSi Apparat etablieren würde und daß die SED/PDS eine faschistische Gefahr an die Wand male, um irgendwie an der Macht zu bleiben, also Wahlkampf mit dem Thema Antifaschismus betreibt, zog sich durch alle Oppositionsgruppen, auch den linken. Doch diese bilden verstärkt neue Antifa-Gruppen und erkennen selbst die Gefahr. Neben vielen autonomen und parteiunabhängigen Gruppen beteiligen sich hauptsächlich die Vereinigte Linke und regional unterschiedlich das Neue Forum an dieser Arbeit. Im Gegensatz zu der SPD-Wahlkampfpropaganda, die sich bemüht an die Spitze der nationalistischen Bewegung zu gelangen.

In den Jahren zuvor hat die SED behauptet, es gäbe keine faschistische Gefahr, was auch von Rednern als Fehler benannt worden ist, und heute wird die Gefahr an ein paar Sprühereien festgemacht. So haben das viele Menschen in der DDR wahrgenommen und wenn dann diejenigen, die den sowjetischen Soldatenfriedhof in Gera verwüstet haben noch vorher unbekannte Schüler waren, wird das von Vielen benutzt das ganze als Hirngespinst der SED/PDS abzutun. Allen voran, bis auf wenige Ausnahmen, die West-Medien, die nach der Treptower Kundgebung überall in der DDR Nazis suchten, aber keine entdecken konnten (wollten). Übrigens ganz im Gegensatz zu den britischen Medien, die ausführlich darüber berichten und in Beiträgen auf eine Gefahr von Rechts in der DDR hinweisen.

EIN BLICK HINTER DIE MAUER

Wir haben uns daraufhin noch mal näher in der DDR umgesehen und mit Menschen aus der autonomen und SED unabhängigen Antifa-Bewegung gesprochen und versucht die Gefahr genauer zu untersuchen. Es ist noch Tatsache, daß sich die Anzahl der organisierten Faschisten auf einem für BRD-Verhältnisse relativ geringem Level bewegt. Doch es gibt in fast jeder Stadt organisierte konspirativ arbeitende Gruppen der Faschisten. Dies bestätigte auch der jetzt in Augsburg lebende Klaus B. im Spiegel-TV. Er stammt aus Erfurt und versteht sich in der BRD als *"politischer Flüchtling"*, da er in der DDR als NS-Rädelsführer gesucht wird. Durch gute Kontakte zur Volkspolizei der DDR hätte er von der anstehenden Verhaftung erfahren und



ist geflüchtet. Nach seinen Angaben sind die Nazis in Gruppen von 7-10 Personen organisiert, in den größeren Städten gäbe es mehrere Gruppen, deren "Gruppenführer" untereinander in Kontakt stehen. Der StaSi hätte sie über die Jahre solange in Ruhe gelassen, wie sie nicht öffentlich aufgetreten sind.

Die Existenz solcher Gruppen, die Anfang Januar noch selten offen auftraten, wurde uns von den schon länger arbeitenden Antifa-Gruppen bestätigt, ebenso die Tatsache, daß diese Gruppen anwachsen und das sich neue bilden. Es ist auch kein Wunder, daß der große Teil der West-Presse auf der Suche nach martialisch auftretenden uniformierten Nazis enttäuscht wurde und bei den Skinheads feststellen mußte, daß sie zwar gewalttätig und ausländerfeindlich, aber nicht gerade NS-Kader sind. Sie stellen tatsächlich in der Regel das Fußvolk dar, sind meistens rechts denkend und gegen Linke, AusländerInnen, Homosexuelle offen gewalttätig. Auch diese Skinheadbewegung wächst in der DDR.

Schützenhilfe erhalten die DDR Nazis massiv aus dem Westen. An der DDR Grenze wurden fünf Tonnen Propagandamaterial und Ende Dezember 89 wurden im Raum Brandenburg 50kg REP-Flugblätter und NSDAP-Propaganda beschlagnahmt. Die 'Republikaner' vermeldeten die Gründung von 15 Kreisverbänden und ein großes Interesse bei DDR Bürgern. Die Bewegung von Befreiung, zum Konsum, zur Nation entwickelt sich zum jetzigen Zeitpunkt in einer rasanten Geschwindigkeit.

An den Leipziger Montagsdemonstrationen nehmen bis zu 150.000 Leute teil. Die Hauptparole, wie in vielen anderen Städten der DDR, ist *"Deutschland einig Vaterland"* , Transparente, die Deutschland in den Grenzen von 1937 fordern werden mitgeführt, unter den DemonstrantInnen treten verstärkt Gruppen von Nazis oder Sympathisanten auf, die versuchen die Stimmung anzuheizen und ihre Parolen schreien, wie *"Heim ins Reich"*. Aufgrund dieser Stimmung hat das Neue Forum die Schirmherrschaft über die Demo abgelehnt, da alles was nicht 'Deutschland' fordert niedergeschrien wird. Damit haben sie die Schirmherrschaft nur abgegeben, die Rechten und Nazis stoßen weiter vor.

Nichts zu lachen haben dagegen die wenigen GegnerInnen der Wiedervereinigung, die sich noch Montag abends auf die Straße wagen. Etwa 50 an der Zahl werden sie von DemonstrationsteilnehmerInnen wütend beschimpft und als *"StaSi-Kinder"* bezeichnet. Das gerade viele von ihnen schon während der StaSi-Zeit verfolgt wurden und sie unter den Ersten waren, die demonstriert haben als es noch gefährlich war, scheint wenige zu stören. Nach den Kurzbesuchen im 'Freien Westen' wollen sie endlich mehr Konsum, die Gesellschaft, die das scheinbar verspricht, ist die BRD, man will *"keine Experimente"* mehr, also Anschluß an den Westen. Nicht alle Leute die 'Deutschland einig Vaterland' rufen sind überzeugte Nationalisten, geschweige denn Faschisten. Sie wollen die 'einfache Lösung' und das möglichst schnell.

Dazu kommt jedoch noch eine weitverbreitete AusländerInnenfeindlichkeit gegen die PolInnen, VietnamesInnen und KubanerInnen. Seit die neuen Gesetze von der Regierung Modrow erlassen sind, das Nicht DDRlern verbietet subventionierte Waren zu kaufen,

wissen viele der in der DDR arbeitenden Vietnamesen, PolInnen und andere nicht, ob sie Waren verkauft bekommen oder nicht. Sie bekommen nach Berichten oft die Willkür der VerkäuferInnen zu spüren, die ihnen ungesetzlich den Verkauf verweigern. In Gesprächen mit vielen DDRlerInnen und Interviewes wird dieser Rassismus immer wieder deutlich. Da steht die Behauptung die AusländerInnen würden bevorzugt behandelt immer wieder im Raum und die 'Hamsterkäufe' der polnischen Nachbarn. Schon lange vorhanden, bricht sich ein genereller Rassismus Bahn in der DDR.

In der gegenwärtigen Stimmung (Mitte Januar) finden die REP-Flugblätter, Anstecker und Plakate reißenden Absatz. Es entstehen Bürgerinitiativen für die Wiedervereinigung, wie z.B. die **'Bürgernahe Volksvertretung-Geeintes Deutschland'** aus Leipzig. Ein *"neutrales Deutschland im Haus Europa"* wird gefordert usw. Die Machart dieses Aufrufes ähnelt denen der sog. Bürgerinitiativen für 'Lebensschutz', 'nationale Identität' usw., die in der BRD und Westberlin später zu den Ortsverbänden der REPs geworden sind.

LEIPZIG: MEKKA DES NATIONALEN LAGERS

Da ja alles, was deutschnationale Politik betreibt, sich in Leipzig sehen läßt, von Junger Union bis CSU, deren nördlicher Verband sich den Beinamen *"Mekklenburg-Vorpommern"* (Pommern liegt in Polen) gegeben hat, dürfen auch die militanten Faschisten nicht fehlen. Die **'Wiking Jugend'** aus der BRD hat Flugblätter mit der Deutschlandhymne in drei Strophen verteilt und ihre Kontaktadresse bekanntgegeben.

Das 'Bekenntnis zu Deutschland' scheint diesen Nazis erstmal zu reichen, um sich bekannt zu machen, so knüpfen sie an die Massenstimmung an. Es treten immer häufiger auch Flugblattverteiler anderer faschistischer Organisationen, hauptsächlich noch in den südlichen Städten der DDR, auf. Da sind die **'FAP'**, die **'Nationalistische Front'**, die **'NPD'** und die **'Patrioten für Deutschland'** zu nennen. Sie sind schon seit Jahren dabei Kontakte zu knüpfen, doch in der jetzigen Situation können sie diese ungestört weiter ausbauen. Der alte staatliche Repressionsapparat funktioniert nicht mehr und die Volkspolizei hütet sich davor dagegen vorzugehen, man kann das auch als 'rechtsfreien Raum' bezeichnen.

'REPUBLIKANER' ALS GEWINNER

"Wir sind das Original, die anderen die Fälschung" tönte Schönhuber auf dem REP-Bundesparteitag in Rosenheim, noch vor Monaten sagte Bundeskanzler Kohl die Wiedervereinigung stände nicht auf der Tagesordnung. Unter dem Motto 'Deutschland einig Vaterland' kann auch der Ex-Waffen SS-Mann behaupten, daß für die REPs in der DDR ein noch größeres Potential vorhanden sei, als in der BRD. Kontakte in die CSSR und Rumänien zu deutschen Volksgruppen seien bereits geknüpft.

Dabei wollen die REPs in Ost und West auf das Thema 'Ausländerproblematik' setzen, da auch die *"Bevölkerung der DDR den Import von Asiaten und Afrikanern als Arbeitskräfte"* ablehne. Weiterhin kündigte Hans-Rudolf Gutbrodt, ein Sprecher der REPs aus *"Mitteldeutschland"*, die Gründung eines Landesverbandes Mecklenburg Ende Januar und für Mitte Februar die Gründung eines Landesverbandes mit mehreren tausend Mitgliedern an und forderte ein Deutschland in den Grenzen von 1937. Er schätze das Potential der REPs in der DDR auf 20-30 Prozent. Erst einen Tag vorher hatte die Bild-Zeitung dem Maschinenbauschlosser aus Parchim/DDR zugesetzt und ihn als Agenten der StaSi bezeichnet.

Erfurt: Auf den Donnerstagdemos in Erfurt werden WiedervereinigungsgegnerInnen angegriffen und verprügelt. Junge autonome AntifaschistInnen und die Vereinigte Linke werden als "Stasi-Schweine" beschimpft.

Nach Berichten aus Erfurt haben die organisierten Nazis aus der Umgebung diese Gerüchte mit gestreut. So muß die Vereinigte Linke ihre Versammlungen mit Saalschutz abhalten. Die Tatsache, daß sie schon vor der "Wende" auf der Straße waren, schützt sie nicht vor den Ausbrüchen "gegen die SED", womit dort die Linke gleichgesetzt wird. Das Neue Forum der Stadt wendet sich gegen diese Angriffe, die anderen Oppositionsgruppen sind für Wiedervereinigung und tragen die Hetze mit.

Leipzig: Gegen die 'Leipziger Volkszeitung', Zeitung der SED, gab es eine anonyme Bombendrohung, Redakteure sind bei Umfragen auf der Straße tätlich angegriffen worden. In der Zeit um den Jahreswechsel wurde auf ein Leipziger Antifa Café ein Brandanschlag verübt. Ein von ausländischen StudentInnen bewohntes Haus wurde überfallen und eine Angriffsdrohung gegen ein linkes Studentenzentrum gerichtet. Die Volkspolizei versucht dort anscheinend nicht aufzufallen und hält sich aus allen Sachen raus. So lehnte sie auch den Schutz des Zentrums ab.



Die versöhnlerischen Führer sind sicher, daß die Arbeiter ihnen folgen werden.
1929

SCHON SEIT LÄNGERER ZEIT ARBEITEN AUTONOME UND UNABHÄNGIGE ANTI-FA-GRUPPEN IN DER DDR. SIE HABEN SCHON ZU DER ZEIT ALS DER STASI NOCH JEDEN VERFOLGTE, DER/DIE BEHAUPTETE ES GÄBE FASCHISTEN IM LAND, ÖFFENTLICHKEIT HERGESTELLT UND GEGENWEHR ORGANISIERT. IN DER LETZTEN ZEIT GRÜNDEN SICH ÜBERALL IN DDR NEUE ANTIFA-GRUPPEN UND FANGEN AN SICH GEGEN AUSLÄNDE-RINNENFEINDLICHKEIT, GEGEN NAZIS UND GEGEN DEN AUSVERKAUF DER DDR MIT ALLEN POSITIVEN SEITEN AN DEN WESTEN ZU ORGANISIEREN. ÜBER DIE GEGENWÄRTIGE SITUATION HABEN WIR MIT ZWEI LEUTEN AUS DER AUTONOMEN POTSDAMER UND BERLINER ANTIFA GEREDET (IHRE NAMEN HABEN WIR GEÄNDERT):

INTERVIEW MIT AUTONOMEN ANTIFAS AUS DER DDR

INFO: Seht ihr im Augenblick eine Gefahr, die von den Nazis in DDR ausgeht oder ist es ein Hirngespinst der SED?

ANTIFA, Stefan: Als erstes ist es wichtig festzustellen, was jetzt immer untergeht, daß diese Tendenz schon viel länger besteht als die "Wende".

Jens: Es ist falsch, wenn jetzt der Eindruck entsteht, daß Neo-Nazis was ganz neues in der DDR sind. Organisierte Rechtsextreme gibt es seit fünf Jahren, würde ich sagen.

Stefan: Unterschwellig gabs das schon immer, aber extrem kam das hoch als die Skinhead-Bewegung neofaschistisch unterwandert wurde, 1982 bzw. 1983 ungefähr. Da begann das auch mit den Angriffen und Schlägereien und so.

Gibt es eine wirkliche Gefahr oder sind das "verirrte" Jugendliche?

Jens: Die Gefahr ist real! Die Gefahr geht allerdings nicht nur von den Skinheads aus, zum geringsten Teil würde ich sagen. Die Skins sind die, die hauptsächlich die Gewalt auf die Straße tragen, aber es sind nicht nur sie. Also die faschistoiden Skins, da muß mensch immer noch unterscheiden, nicht alle Skins sind Nazis. Die wirkliche Gefahr geht davon aus, daß faschistische Parolen in die Öffentlichkeit getragen werden, das man daran gewöhnt wird, das sowas überhaupt existiert. Dadurch wird es für andere rechte Parteien möglich weiter nach rechts zu rutschen. So' ne rechten Parolen werden dadurch salonfähig gemacht.

Stefan: Den typischen Skin gibt es in Berlin kaum noch. Der hat seine Klamotten ausgezogen, weil er sonst Gaststättenverbot kriegen würde. Von den Leute, die jetzt auf der Straße aktiv werden, also die "Faschos" oder faschistoide Skinheads unter ihnen, geht die Gefahr aus, daß man was aufs Maul kriegt. Die ideologische Gefahr geht glaub ich nicht von den Leuten aus, sondern von denen, die man auf der Straße überhaupt nicht erkennt. Die jetzt ihre 'Republikaner'-Kreisverbände oder sonstige konspirative Gruppen haben und gründen.

Jens: In Potsdam ist das anders, da können wir beobachten, daß die Uniformierung als (faschistoide) Skinheads zunimmt, es werden von Woche zu Woche mehr. Die Bedrohung ist real. In so nem Neubauviertel bei uns, da terrorisieren die Nachts schon ganze Straßenzüge und wurden Unterschriften für die REPs gesammelt.

Stefan: In Berlin-Marzahn (Hochhausviertel)besteht unseres Wissens ein Kreisverband der REPs mit 800 Mitgliedern und in Berlin-Lichtenberg einer mit ca. 300, das sind auch zwei Bezirke in denen Gewalt von rechts verstärkt auf der Straße abläuft.

Jens: Die reale Gefahr besteht dadrin: In der jetzigen Situation, wo es in allen Fugen kracht und knistert und keiner mehr wirklich weiß, wo es lang geht, wo Probleme sich häufen, der Ruf nach einem starken Mann laut wird und die "Radikalen"(gemeint sind die Rechten Anm.Info) solche reaktionären Parteien unterstützen würden. In dieser Situation wird der jetzt entstehende rechtsfreie Raum von Ihnen dazu benutzt Organisationsstrukturen aufzubauen und die später auch zum Zuschlagen zu benutzen.

Glaubt ihr, daß der Ruf nach "Verfassungsschutz" richtig ist oder ist das, wie Teile der Opposition behaupten, nur damit die alten StaSi Leute nicht arbeitslos werden?

Jens: Beides. Einerseits ist Verfassungsschutz nötig, doch meiner Meinung nicht so wie die Leute jetzt brüllen. Verfassungsschutz als Schutz vor Neonazis ist Quatsch. Die bilden sich ein, daß wir jetzt irgendein Ministerium bekommen und die bekämpfen uns den Rechtsextremismus und dann ist alles gut und schön. Das ist wieder nur Verdrängung von Problemen vielleicht noch einsperren, langjährige Haftstrafen usw.

Stefan: Gefährlich ist, daß zur Zeit in der Bevölkerung ein Hass erzeugt wird gegen die ganze linke Szene, indem selbst von Leuten der SED die Anarchie runtergemacht wird, die Anarchie auf

die gleiche Stufe wie der Neofaschismus gestellt wird.

Jens: Nicht nur die Anarchie, sondern die, die links von der SED stehen, die sie als Linksradikale, Linksextremisten usw. bezeichnen.

Ist das in der letzter Zeit so oder war das früher so?

Stefan: Früher waren wir die staatsfeindlich und jetzt sind wir linksradikal, anarchistisch oder sonstwas. Anarchie bei uns im Volksmund bedeutet das totale, das unorganisierte Chaos, alles geht drunter und drüber, jeder klaut und so.

Was sind das für Leute, die jetzt die SED-lerinnen oder deren Familienangehörige überfallen?

Jens: Das sind stinknormale Leute. Das sind solche Leute, denen man erzählt hat, und damit arbeiten die Rechten, daß das, was in der DDR gelaufen ist, Sozialismus gewesen wäre. Das nutzen die Rechten gegenwärtig für sich aus, daß sie gegen alles, was mit diesem "Sozialismus" zu tun hatte, kämpfen wollen. An sich ist diese Idee ja garnicht so schlecht. Sie greifen aber bestimmte Tendenzen aus dem Volk, die positiv sind, auf, modeln sie um, vermischen sie und benutzen sie für ihre Propaganda und ihre Politik. Und damit haben sie wahrscheinlich auch Erfolg. Wenn die offizielle Politik weiter so läuft, wie jetzt im Moment.

Was an der offiziellen Politik unterstützt die Rechten?

Jens: Einerseits die ständigen Meldungen, daß Neonazis da zugeschlagen haben und da wieder zugeschlagen haben. Das ist eine Schürung von einer Angstatmosphäre. Dieser Eindruck der entsteht sie sind überall, anstatt vernünftige Kommentare zu bringen und Ursachenforschung zu betreiben, die Sache auseinanderzunehmen. Da wird jetzt so'ne Propaganda betrieben, damit sich irgendwelche Idioten einen Verfassungsschutz aufbauen können und ihre Macht zu sichern. Da wird propagandistisches Spiel von allen Seiten betrieben.

Stefan: Das Gefährliche, was ich an der jetzigen Situation sehe, ist, daß die im Volk vorhandene Unzufriedenheit zum Einen der Ausländerhass, zum anderen gegen das bis zum 7.Oktober bestehende System, von den 'Republikanern' mit ihren auf die DDR abgewandelten Slogans, in ihre Bahnen gelenkt wird.

Wir haben z.B. gerade einen Brief aus Jena gekriegt mit einem REP-Flugblatt. Erstmal stand dadrin, wie toll das Flugblatt doch ist, und dann nehmt euch endlich zurück mit eurer autonomen Antifa usw. und helft lieber ein geeintes Deutschland und Europa aufzubauen nach den Idealen der französischen Revolution von 1789.

Jens: Die schnappen wirklich alles auf, die sind nicht mehr so blöd sich auf Hitler oder auf traditionelle neonazistische Werte zu berufen, die modeln das alles um und berufen sich auf Dinge, die rein bürgerlich sind. Das Schlimme ist, daß viele Leute in die rechte Ecke gedrängt werden, in die sie garnicht gehören. Viele, die Wiedervereinigung fordern, sind keine überzeugten Nationalisten oder gar Faschisten. In der offiziellen Propaganda werden sie zu diesen gemacht.

Wieso, der Ruf nach Wiedervereinigung ist doch nationalistisch?

Jens: Das ist doch nur ein Vorwand, diese Nation. Es geht den Leuten darum die dicke DM zu kriegen und an dem Konsum beteiligt zu werden. Was hat er denn als Ostbürger von seiner beschissenen Reisefreiheit, nichts. Als erstes sind es keine bewußten Nationalisten, so mit "Deutschland, Deutschland über alles". Aber das schlägt dann um und geht total in diese nationalistische Richtung.Eigentlich ist das purer Egoismus, Konsumdenken. Und dann kommen die richtigen Leute, nutzen diese Stimmung aus und machen ihre Politik, und das ist das Gefährliche. Durch die billige Lösung, die diese Typen anbieten, die im Moment einfach und schnell sind. Aber auf wessen Kosten soll das gehen? N atürlich wieder auf Kosten irgendwelcher Minderheiten.

Die denken alle nicht daran, daß Deutschland nach einer Wiedervereinigung wieder dieser Großmachtfaktor wird, das ist denen scheißegal, es geht um die dicke DM, Reisen und Einkaufen. Dieser Nationalismus wird einerseits von bestimmten Kräften geschürt und andere Leute, die keine Nationalisten sind, werden in diese Ecke reingeschoben und da natürlich bereitwillig mit offenen Armen empfangen. Im Augenblick ist eine reale Einschätzung der Lage von kaum einer Seite wirklich da.

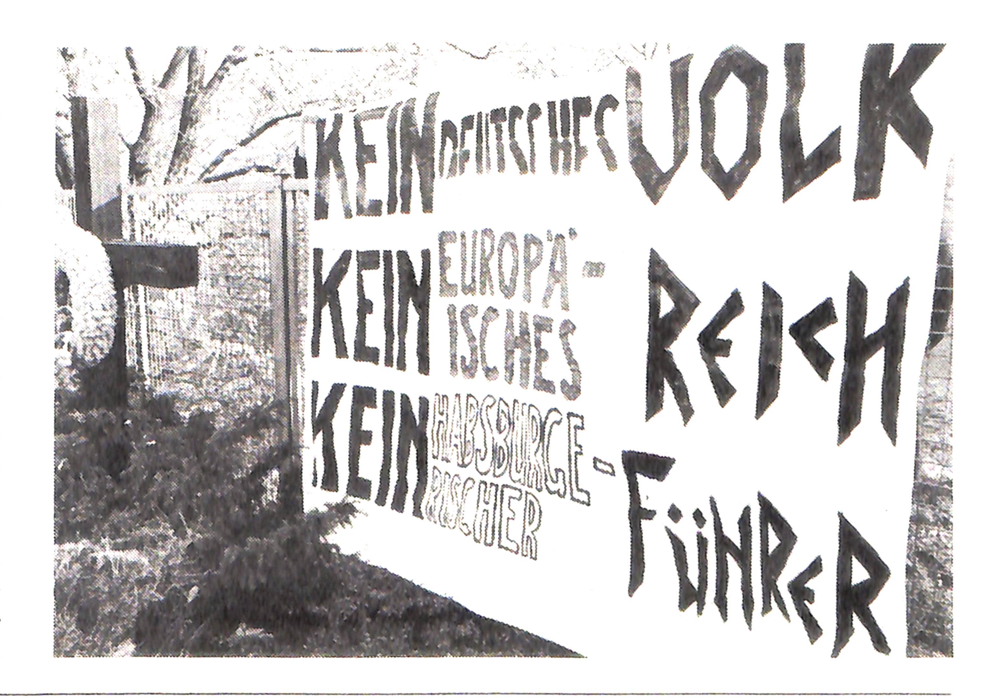
Stefan: Es gibt bei uns auch noch die organisierten Gruppen von Nationalrevolutionären, die behaupten, daß das, was von 1933-1945 abgelaufen war, genauso wenig Nationalsozialismus war, wie das bei uns Sozialismus war. Falsch daran sei gewesen, daß der Nationalsozialismus den Kapitalismus unterstützt hat und daß sich einige Leute im Rahmen dieser "Volksgemeinschaft" persönlich bereichert haben und daß es deswegen scheitern mußte.

Jens: Das sind so' ne Typen, die behaupten, wenn der Röhm damals nicht umgebracht worden wäre, dann wäre es eine linke proletarische Revolution geworden.

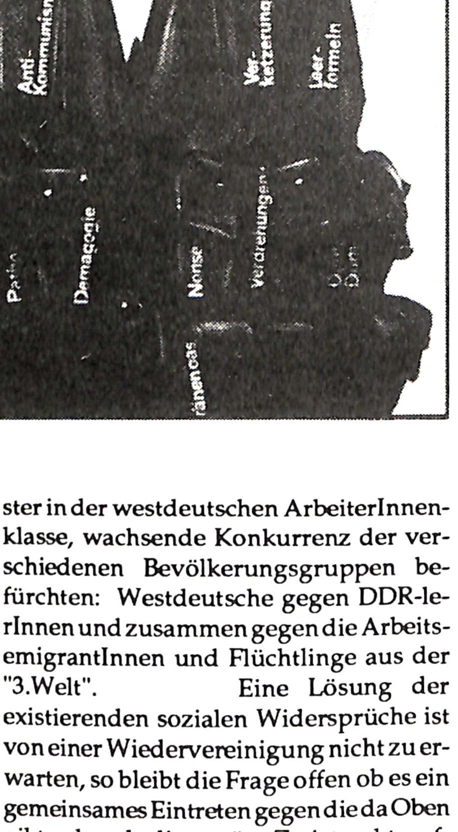
Jens: Im Augenblick sind das noch Sekten und Splittergruppen.

Stefan: Da haben wir die Information, daß ihre Organisationsstruktur in der DDR an die 1000 Leute umfassen soll. Massenbewegung werden die nie haben. Das Problem ist, daß ihre Ideologie von der Massenbewegung aufgegriffen wird.

Jens: Das ist eben das Problem. Wenn die die richtigen Parolen entwickeln, am richtigen Ort einsteigen, können die Einfluß gewinnen.



DAS THEMA WIEDERVEREINIGUNG IST ZUM BEHERRSCHENDEN POLITISCHEN THEMA IN DER BRD GEWORDEN. SÄMTLICHE UNGELÖSTEN SOZIALEN WIDERSPRÜCHE HIER WERDEN VON DEM TROMMELFEUER DER MEDIEN IN DEN HINTERGRUND GEDRÜCKT. VON DEN REPS, ÜBER CDU/CSU ZUR SPD UND SOGAR TEILEN DER GRÜNEN HAT DER WETTLAUF UM DIE VERTRETUNG DES "NATIONALEN INTERESSES" BEGONNEN. DIE GAZETTEN DES SPRINGER IMPERIUMS TITELN NUN IN SCHWARZ, ROT, SENF.

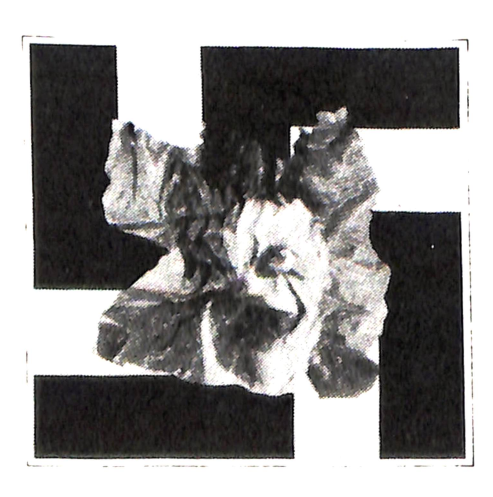


"DEUTSCHLAND DEUTSCHLAND ...?"

EINIGE GEDANKEN:

NATIONALISMUS CONTRA VÖLKERVERSTÄNDIGUNG

Der in Teilen der Westdeutschen und Westberliner Bevölkerung festzustellende 'Deutschlandtaumel' droht bei Nichtlösung der sozialen Konflikte wieder in einen aggressiven Nationalismus umzuschlagen. Durch den anhaltenden Zustrom der ÜbersiedlerInnen ist es auf den unteren Rängen der Gesellschaft eng geworden. Trotz wachsender Beschäftigungszahlen in der Wirtschaft ist die Arbeitslosigkeit bei gleichzeitiger wirtschaftlicher Hochkonjunktur gestiegen. Die wachsende Wohnungsnot trägt zur Entwicklung einer nicht mehr zu übersehenden sozialen Armut bei. Schon wird von Politikern gefordert, man müsse den Gürtel bei einer Wiedervereinigung erstmal enger schnallen. Das damit nicht die Konzerne gemeint sind, sondern die arbeitenden Menschen auf Verzicht eingestimmt werden sollen, liegt auf der Hand. Schon mehren sich die Stimmen in Presse, Politik und in der Bevölkerung der BRD, daß es nun an der Zeit sei, "nicht-deutschstämmige" Menschen auszuweisen.



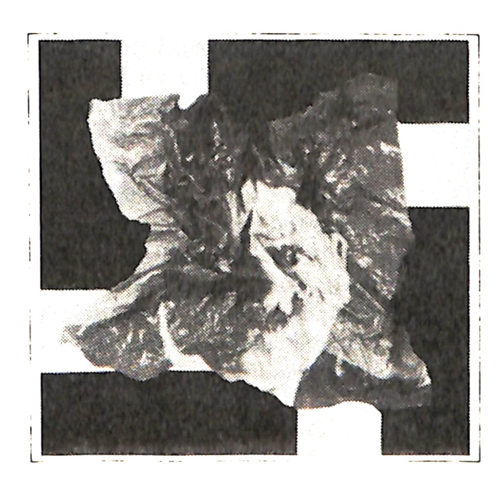
In dieser Stimmung ist das neue verschärfte Ausländergesetz überraschend schnell im Bundestag verabschiedet worden und das kommunale Wahlrecht für nicht aus der EG stammende BürgerInnen ist nun wohl endgültig vom Tisch. Die Parteien rükken weiter nach rechts und gießen so Öl ins Feuer der Rechtsextremen, die die schon diskriminierenden Gesetze dazu benutzt eine Legitimität für die Schürung des Hasses gegen die Einwander und EinwanderInnen abzuleiten. Diese Stimmung kriegen, die hier lebenden Menschen aus der Türkei und anderen Ländern, sowie die Flüchtlinge deutlich zu spüren.

Bei einsetzender Ernüchterung des 'Deutschtaumels' lassen die weitverbreiteten Erklärungsmuster in der westdeutschen ArbeiterInnenklasse, wachsende Konkurrenz der verschiedenen Bevölkerungsgruppen befürchten: Westdeutsche gegen DDR-lerInnen und zusammen gegen die ArbeitsemigrantInnen und Flüchtlinge aus der "3.Welt". Eine Lösung der existierenden sozialen Widersprüche ist von einer Wiedervereinigung nicht zu erwarten, so bleibt die Frage offen ob es ein gemeinsames Eintreten gegen die da Oben gibt oder ob die gesäte Zwietracht aufgeht, d.h. "Nicht-Deutsche" werden für die sozialen Konflikte verantwortlich gemacht. Gewinner dieser Entwicklung wären die REPs, sowie andere Parteien, die rechtsextreme, nationalistisch, rassistisch und sexistische Erklärungsmuster anbieten.

KEIN 4. REICH!

Hier ist nicht nur die antifaschistische Bewegung gefragt, sondern die gesamte Linke. Erste Reaktionen der Entwicklung nicht tatenlos zuzusehen, drückten sich in der Westberliner Demonstration vom 9.Dezember '89 gegen Wiedervereinigung aus. Aufgerufen von

dem Bündnis gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus, Antifa Westberlin, der Friedenskoordination und dem DGB gingen unter phantasievoller Begleitung des Büros für ungewöhnliche Maßnahmen 15.000 Menschen auf die Straße. Für die Linke in der BRD und Westberlin ist es jedoch nicht damit getan, sich verbal gegen den Strom zu stellen. Auf sie und damit auch auf die antifaschistische Bewegung wird es ankommen ob sich durch die rechte Propaganda - unterstützt durch das Klima der Konkurrenz - weiter ausbreiten kann und somit soziale Abwehrkämpfe, die eine Solidarität der Betroffenen zur Vorrausetzung haben,



erschwert werden.

Diese Abwehrkämpfe sind angesichts der sozialen Probleme vieler Menschen aus dem unteren Drittel der Gesellschaft nötig, um nicht den Interessen der Unternehmer und Spekulanten ausgeliefert zu sein. Erst wenn die Menschen auch die praktische Erfahrung machen, daß es besser ist sich gemeinsam gegen die Verursacher und Profiteure der sozialen Not zu wenden, lassen sich die Mauern der Konkurrenz niederreißen und Nationalismus, Rassismus und Sexismus wirkungsvoll zurückdrängen.

Das erfordert neben praktischen Aktionen, wie z.B. Hausbesetzungen, Aufbau von Selbsthilfestrukturen in den Stadtteilen, der Unterstützung von Arbeitskämpfen usw., eine Aufklärungsarbeit, gerade unter den Menschen, die Auswege aus ihrer schlechten sozialen und gesellschaftlichen Situation suchen. Das zentrale Thema ist die Vermittlung des Prinzips der Solidarität statt Konkurrenz. Eine Linke, die dieses nicht vermitteln kann, sich nach außen abschottet und nicht bereit ist sich solidarisch über eine bessere Praxis zu streiten hat schon jetzt verloren.



WENN GESCHAUT WIRD, WIE SICH DIE ENTWICKLUNG IN DER DDR AUF DIE WESTBERLINER BEVÖLKERUNG AUSWIRKT, WERDEN MEIST DIE EMIGRANTINNEN UND FLÜCHTLINGE ÜBERSEHEN. DER FOLGENDE VON TÜRKISCHEN EMIGRANTINNEN GESCHRIEBENE ARTIKEL BESCHREIBT DIE ANGST DAVOR, VON DEN DEUTSCHEN AUS DER DDR VERDRÄNGT ZU WERDEN, DIE ANGST, DASS RASSISMUS UND FASCHISMUS STÄRKER UND IHNEN WEITERE RECHTE GENOMMEN WERDEN. (ZWEI ARTIKEL AUS DEM ANTIFASIST-HABER-BÜLTENI)

"DAS HIER IST AUCH MEIN LAND"

Am 9.November strömten die Menschen von Ost nach West. Daß auf einmal die Grenzen geöffnet waren und Millionen von Menschen die Reisefreiheit genießen, wurde im Westen logischerweise erfreulich aufgenommen. Ohne Zweifel haben auch wir uns darüber gefreut. Doch wenn wir ein wenig weiterdenken und es mit unserer alltäglichen Lebenssituation vergleichen, sieht es anders aus. Wir werden von diesem Staat mit unseren Rechten total ausgegrenzt. Konkret heißt das: keine Reisefreiheit für unsere Familienangehörigen, keine Einreisemöglichkeiten auch für die Menschen aus den sonstigen Ländern. Da kommt Bitterheit in uns hoch. Das zeigt uns nochmals, wie rassistisch dieser "mächtige" Staat mit uns umgeht.

Daß am 9.November '89 in Westberlin das große Chaos herrschte, Freude gemischt war mit Schock und eine ungewöhnliche Ratlosigkeit, war die eine Seite der Medaille. Außer dem Schlangestehen vor den Banken, Verkehrsstaus und vollen Straßen in Westberlin gab es Auswirkungen auf die Menschen, die seit etlichen Jahren hier leben und von der herrschenden Ausbeuterklasse einen Status als "Ausländer" verpaßt bekommen, obwohl sie schon seit langen Jahren Teil dieser Gesellschaft sind. Dies, um sie von der Gesellschaft getrennt zu halten oder sie auszugrenzen und isolieren zu können. Die Auswirkungen auf die hier lebenden nicht-deutschen Menschen aus



entzogen, angegriffen, verunsichert und eingeschüchtert, da fällt es ihnen schwer, sich gegen die Dinge wehren, die sie bedrohen. Zudem haben sie Angst, daß sie falsch verstanden werden und die Feindseligkeit gegen "Ausländer" stärker wird.

Die Stellung als "Ausländer" mit weniger Rechten trägt dazu bei, daß sie jetzt fürchten, ihre Wohnungen und Arbeitsplätze den Deutschen aus der DDR übergeben zu müssen und daß ihre sozialen Rechte weiter gekürzt werden, um den Lebensunterhalt der Aus- und Übersiedler zu finanzieren. Auch die "Ausländergesetze" werden immer mehr verschärft, um die Rückkehr der "Ausländer" in ihre Herkunftsländer zu beschleunigen; jetzt können die Bonzen die Arbeitsplätze der "Ausländer" mit den deutschen Arbeitern aus der DDR besetzen.

UNTERSCHIEDLICHE INTERESSEN UNDEINSCHÄTZUNGEN

Dennoch gibt es unter den "Ausländern" Menschen, die sich über die Welle aus Ost nach West besonders freuen und sagen: "Warum sollten die denn uns schaden? Mensch, das hier ist auch deren Land, ein Recht auf Freiheit haben auch diese Menschen und wir freuen uns darüber." Das ist die Meinung der Menschen, die Lebensmittelgeschäfte, Importläden und Imbisse betreiben. Klar, noch nie ging es den Geschäften der Nicht-Deutschen so gut, noch nie waren die Kassen dieser kleinen Geschäfte so voll. Es ist verständlich, daß die sich so äußern.

Aber eines müßten auch diese Leute versuchen zu verstehen: daß dies nur vorübergehend für sie so glänzend aussehen wird und daß die Brandanschläge auf Läden, Häuser und Flüchtlingsheime durch die Nazis sich häufen werden. Wenn wir alles stillschweigend hinnehmen, werden die Angriffe stärker werden, die Parolen wie "Türken raus" und

anderen Ländern interessiert auf einmal niemanden mehr, weder die regierende SPD/AL-Koalition, noch natürlich die anderen rechten Parteien.

Mit der Besucherwelle aus der DDR veränderte sich sogar das gewohnte Bild von Kreuzberg. Auf einmal war von den "Ausländern" nichts mehr zu sehen, als ob sich alle in ihren Häusern eingeschlossen und auf etwas Furchtbares gewartet hätten. So eine Atmosphäre konnte am 20.April '89 (Hitlergeburtstag) nicht mal von den Nazis geschaffen werden, wo diese direkte Drohungen ausgesprochen und Angriffe angekündigt hatten.

Es ist eine Tatsache -und auch verständlich - daß der Massenandrang aus dem Osten die "Ausländer" eingeschüchtert und verängstigt hat. Seit Jahren arbeiten und leben sie hier, ständig gedemütigt, die Rechte als Menschen

die revanchistischen Wiedervereinigungsparolen immer mehr und lauter. Es gibt keinen Zweifel, daß es so kommen wird. Der größte Teil der "Ausländer", die sich dieser Entwicklung gegenüber unzufrieden äußern, sind die LohnarbeiterInnen, die zwar Verständnis für die Ausreisewelle haben, aber auch längerfristig um ihre eigene Existenz fürchten. Sie haben Angst, daß die Situation von den Herrschenden ausgenutzt und gegen die "Ausländer" gerichtet wird.

Wir rufen alle Menschen zum gemeinsamen Kampf gegen das Kapital auf, das versucht, die Entwicklung gegen uns einzusetzen und sich dabei grinsend die Hände reibt, weil es sieht, daß wir dem nichts entgegenzusetzen haben. Wir müssen klar machen, daß wir das alles nicht so hinnehmen und für unsere Rechte und Gleichberechtigung, gegen Reaktion und Kapital kämpfen werden, koste es, was es wolle.



AUS GESPRÄCHEN MIT TÜRKISCHEN EMIGRANTEN

Ein Arbeiter aus der 1.Generation:

"Natürlich werden sie kommen. Das ist auch ihr Land. Auch wir freuen uns darüber. Aber wenn wir an uns selbst denken, dann haben wir Angst, daß wir unsere Arbeit loswerden und keine Wohnung mehr finden."

Ein Jugendlicher:

"Sollen sie doch kommen, Bruder, mir werden sie keinen Schaden zufügen."

Ein Arbeiter:

"Ich war noch nie in Ostberlin und bin schon zufrieden, daß sie hierher kommen. Ich habe sie hier kennengelernt. Die sind sehr bescheidene und respektvolle Menschen. Sie haben auch keine unangenehmen Verhaltensweisen. Sie sprechen auch ganz ruhig und leise. Wie die Erwachsenen verhalten sich auch die Kinder sehr rücksichtsvoll. Es muß denen da drüben finanziell ziemlich beschissen gegangen sein, ich glaube deswegen drängeln sie sich vor den Banken. Morgens und abends stehen sie Schlange vor den Banken, sogar mit ihren Babies kommen sie und warten in der Schlange. Jetzt habe ich noch keine Bedenken, aber für die Zukunft, wenn aus zwei Teilen ein Teil gemacht wird, also ein geeintes Berlin, kann es sehr schlimme Folgen haben."

Die Gruppe, die heraussticht, sind die Gewerbetreibenden. Sie sind sehr zufrieden mit der Lage. Sie äußern sich stärker als die einheimischen westlichen Menschen positiv zur jüngsten Entwicklung. *"Das sind unsere Gäste."* und *"Auch wir müssen unsere Herzen für diese Menschen, die zu ihrer Freiheit gefunden haben, öffnen. Dabei kriegen auch wir ein wenig Unterricht über Freiheit"*, bekamen wir zu hören.

Ein Lebensmittelgeschäftinhaber und Leute aus der Umgebung:

"Vorige Woche wurden wir völlig überrascht. Aber diese Woche haben wir uns gut vorbereitet. Den Laden habe ich bis jetzt nicht mehr gefüllt. Am meisten wird Ananas, Kiwi, Bananen und Mandarinen gekauft. Ich habe keine Bedenken. Die werden uns keinen Schaden zufügen. Ohne irgendeinen Ton warten sie in der Schlange bis sie an die Reihe kommen, nehmen ihre Sachen und zahlen ihr Geld. Solche Kunden wünsche ich für alle Freunde."

Einer neben dem Ladeninhaber:

"Warum sollten sie mir Angst einjagen, es ist ihr eigenes Land und Recht."

Ein anderer:

"Klar ist es deren Recht. Es ist ihr eigenes Vaterland und sie werden natürlich herkommen. Sie haben zu ihrer Freiheit gefunden. Auch wir freuen uns darüber."

Einer auf der anderen Straßenseite ruft uns zu:

"Ich freue mich überhaupt nicht darüber. Es ist nicht mal Platz auf der Straße zum Laufen, Mensch. Wir können nicht mal mit der U-Bahn oder mit dem Bus fahren. Wir können nicht mal einkaufen gehen. Entweder sollen sie uns rausschmeißen oder diesen Leuten verbieten, hierher zu kommen."

Ein anderer:

"So geht es doch nicht. Das sind doch auch Menschen. Außerdem ist das hier deren eigenes Land."

Ein Jugendlicher:

"Was heißt, das ist ihr Land. Das hier ist auch mein Land. Ich bin hier aufgewachsen und hier zur Schule gegangen."

Im November '89 ist das Buch "Sag nie, du gehst den letzten Weg" von Ingrid Strobl im Fischer-Verlag erschienen. Sie hat es während ihrer Haft im Untersuchungsgefängnis fertiggestellt. Thema des Buches sind die Frauen, die im bewaffneten Widerstand gegen Faschismus und deutsche Besatzung kämpften.

italienische Partisaneneinheit



MIT NAGANES IN DI HENT

Ingrid Strobl: "Sag nie, du gehst den letzten Weg", Frauen im bewaffneten Widerstand gegen Faschismus und deutsche Besatzung.

Fischer Taschenbuch Verlag 351 Seiten, 16.80 DM

Der Anteil von Frauen am bewaffneten Kampf ist verschwiegen und verleugnet worden. Nicht nur hierzulande, wo die Träger und Nutznießer des Faschismus nach 1945 ihre Positionen in Wirtschaft und Staat behalten konnten, haben sich zwei Mythen gebildet, die sich hartnäckig bis in unsere Tage halten: Die jüdischen Männer und Frauen seien *"wie Lämmer zur Schlachtbank"* gegangen. Sofern es gegen die Terror- und Kriegsmaschine der Nazis Widerstand (zumal bewaffneten Widerstand) gab, wäre er *"Männersache"* gewesen.

Die Frauen, die Ingrid Strobl für dieses Buch interviewt hat, die historischen Quellen, die sie gegen den Strich gelesen hat, belegen eine andere, für manchen unbequeme Wahrheit: In den osteuropäischen Ghettos und Wäldern, in Titos Partisanenarmee, in den besetzten Niederlanden und in Frankreich, gegen Franco in Spanien kämpften Frauen mit der Waffe in der Hand. Und viele von diesen Frauen waren Jüdinnen. Das Buch fragt nach den Lebensläufen der Kämpferinnen, nach ihren Motiven und ihren besonderen Schwierigkeiten als Frauen. Die einfühlsame Darstellung der Frauen ist eingebettet in die Darstellung der jeweiligen Kämpfe, an denen sie teilnahmen. Dies macht das Buch über das eigentliche Anliegen hinaus zu einer fesselnden Lektüre.

DER KAMPF IM KAMPF

Die Frauen im bewaffneten Widerstand mußten sich dieses Recht oft genug erkämpfen, wurden von ihren Genossen mehr geduldet, als begrüßt. Diese Ablehnung schlug ihnen auch in linken Gruppen entgegen. Ihre Lage war also doppelt schwer, denn sie kämpften nicht nur gegen den Feind, sondern mußten sich gegen die eigenen Genossen durchsetzen. In großen Kampfverbänden blieben sexuelle Belästigungen bis hin zu Vergewaltigungen - trotz hoher Strafen - nicht aus.

Wie etwa in Spanien konnte es vorkommen, daß sie noch während des Krieges in traditionelle Rollen zurückgedrängt, bzw. in der Kriegsindustrie eingesetzt wurden. Nicht alle haben sich das gefallen lassen. Einige sind hochdekoriert worden (in Jugoslawien erhielten allein 91 Frauen die höchste Auszeichnung), einzelne, wie Hanni Schaft, sind in ihrem Land zu Volksheldinnen geworden. Die große Mehrheit der Kämpferinnen, ihre Namen, wie ihre Taten, sind

jedoch in Vergessenheit geraten. Diese Frauen haben das patriachalische Rollenverständnis in Frage gestellt. Es sagt deshalb viel über den emanzipatorischen Charakter der jeweiligen Gruppen aus, ob Frauen über Unterstützungsarbeiten hinaus am bewaffneten Kampf teilnehmen konnten.

Ingrid Strobl macht aber auch darauf aufmerksam, daß die Infrastruktur des Widerstandes zum größten Teil von Frauen getragen wurde. Dazu gehörten solche Tätigkeiten, wie der Transport und das Verbreiten von Zeitschriften und Flugblättern, Sabotageaktionen, Unterbringung von Verfolgten, Herbeischaffung von Nahrungsmitteln, Waffen und Munition u.v.a.. Auf alle diese Aktivitäten standen hohe Strafen (zumeist die Todesstrafe).

... EINE GLOREICHE SEITE ...

"Ich habe meine Ehre als jüdische Frau verteidigt, und ich habe die Unseren gerächt." Die Selbstverständlichkeit dieser Aussage ist beispielhaft für die Haltung vieler anderer. Dina Krischer, die dies sagte, war Kämpferin bei der F.T.P.-M.O.I.(Francs Tireurs et Partisans Main d'Oeuvre Immigree), einer der effektivsten Gruppen der französischen Resistance. Die Gruppe ist im gaullistischen Nachkriegs-Frankreich in Vergessenheit geraten, da sie nicht so richtig ins nationalistische Bild paßte. Ihre Mitglieder waren nämlich meist jüdische Immigranten, die zudem noch Kommunisten waren. Der Frauenanteil dieser Gruppe war ungewöhnlich hoch, so daß eine aus ausschließlich Frauen bestehende Partisaninnen-Einheit gebildet wurde.

In Jugoslawien gab es gleich mehrere Frauenbataillone. Immerhin waren über 100.000 Frauen bei den Tito-Partisanen.Der hohe Frauenanteil der KP auch schon vor dem Krieg schlug sich auch in einem, für damalige Verhältnisse, sehr fortschrittlichen Frauenprogramm der jugoslawischen KommunistInnen nieder.

Der Kampf der jüdischen Männer und Frauen in den Ghettos und Wäldern Osteuropas fand unter fast aussichtslosen Bedingungen statt. Es gab z.B. kaum Waffen. Und doch brauchten die deutschen Mörder und ihre Helfer in Warschau 10 Wochen, bis sie den Aufstand im Ghetto niedergeschlagen hatten. Und gerade hier spielten die Frauen eine wichtige Rolle und hatten zentrale Funktionen. Der Chronist des Warschauer Ghettos, Emanuel Ringelblum, schrieb: *"Die Geschichte der jüdischen Frau ist eine glorreiche Seite in der Geschichte des jüdischen Volkes in diesem Krieg."*

NACH DEM KRIEG

Für die meisten Frauen endete der Ausbruch aus den weiblichen Verhaltensmustern spätestens mit Kriegsende. Die Gründe dafür waren vielfältig, sie waren in ihrer Gesamtheit in den patriachalen Verhältnissen in den jeweiligen Ländern angelegt. Ökonomische Selbstständigkeit und damit Unabhängigkeit waren in einer Situation, in der Frauen generell aus den produktiven Bereichen der Gesellschaft wieder in die Reproduktion zurückgedrängt wurden, kaum möglich.

Die Arbeitsplätze wurden mit den heimkehrenden Soldaten und Kriegsgefangenen besetzt. Die Versorgung dieser Männer, das Gebären von Kindern, modische Weiblichkeit wurden nun wieder die ausschließlichen Anforderungen an die Frauen. Viele Menschen begegneten den ehemaligen Partisaninnen und "Terroristinnen" mit Unverständnis. Selbst die eigenen Parteigenossen machten da selten eine Ausnahme.

Es blieb ihnen daher nichts anderes übrig, als zu heiraten oder zu den Eltern zurückzukehren. Erschöpft vom Kampf, sicherlich auch mit dem verinnerlichten Bild von Weiblichkeit, gaben sie diesem Druck nach. Ausnahmen bestätigen da eher die Regel. Die Frauen zogen sich zurück - und schwiegen. Gefragt wurden sie freilich auch nicht.

Aufmachung und Darstellungsweise von Ingrid Strobls Buch ermöglichen einer breiten LeserInnenschaft den Zugang zu diesem bisher verschlossenen Teil der Geschichte und ermöglichen somit die Aneignung, die kritische Aufarbeitung und schließlich die Nutzbarmachung dieser Geschichte für heutige antifaschistische und antisexistische Auseinandersetzungen und Kämpfe. Die Schwierigkeiten mit den eigenen Genossen, auf die diese radikalen Frauen stießen, gehören jedenfalls nicht nur der Geschichte an.

sowjet. Partisanin



INGRID STROBL

Ingrid Strobl ist im Juni 1989 wegen Unterstützung der Revolutionären Zellen und Beihilfe zu einem Sprengstoffanschlag auf ein Gebäude der Deutschen Lufthansa AG nach 129a zu 5 Jahren Knast verurteilt worden. Einziges Indiz in dem Prozeß war ein Wecker, den sie gekauft hatte, und der angeblich bei dem Anschlag verwendet wurde. Während dem Prozeß weigerte sie sich, den Namen desjenigen preiszugeben, an den sie den Wecker weitergegeben hatte.

Ihr journalistisches Engagement gegen Gen- und Reproduktionstechnologien, staatliche Flüchtlingspolitik wurde als Beweis ihrer "Gesinnung" angeführt. Sie wurde mitten in den Vorarbeiten zu diesem Buch verhaftet.

BUCH BESPRECHUNG IM ANTIFA-INFO

NEUE NAMEN - ALTE SOßE

■ Eine neue Partei ist auf den Markt faschistischer Organisationen geworfen worden. Sie nennt sich **'Deutsche Alternative'** (DA) und versteht als *"reichsweite Partei"* mit Sektionen in der DDR und der BRD. Interessant ist das Fehlen der sonst üblichen "Ausländer Raus"-Parolen solcher Parteien, im betont rein nationalistisch gehaltenen Deutschlandprogramm der *"nationalen Protestpartei"* . Sie will die Fahne *"Schwarz, Weiß, Rot"* wieder als Fahne eines *"Deutschen Reiches", "das ganze Deutschland soll es sein".*



Kühnen, Brehl & Co

Unter dem gleichen Banner sammeln sich auch die Bündnispartner der DA, um ihren Vorsitzenden **Heinz Seeger** aus Bremen. Das Bündnis nennt sich *"Neubeginn"* und will laut eigenen Aussagen zur vierten Kraft hinter den drei 'großen' REP, DVU und NPD herangewachsen sein. Wieder begegnet uns hier Capitan **Walter Matthaei,** der ehem. Hauptmann im Reichs Sicherheits Hauptamt, der Terrorzentrale des 3.Reiches, Gründer der 'Wiking Jugend', FAP-Mitglied und eine der Schlüsselfigur der weltweiten terroristischen Nazi-Szene. (s. Info 6/7) Von einem weiteren 'Althelden' der Nazis, dem 'Ritterkreuzträger' **Otto Riehs,** ging die Initiative angeblich aus. Ansonsten hat die Kühnen-Fraktion der Nazis mit ihren zahlreichen Organisationsnamen unterschrieben. Kühnen, Brehl & Co selber bleiben im Hintergrund, da ihr Auftritt heftige Streitereien bei vielen Nazis der FAP Jürgen Moslers auslösen würde.

Überzeugt sind die Unterzeichner der Initiative von der Notwendigkeit eines Wahlbündnisses *"Schwarz, Weiß, Rot"* in diesem Jahr, als *"deutsch-alternative Front"* . Selber wollen sich die Nazis lieber unter dem Namen *"deutsch-alternative Opposition"* verstanden wissen. Dabei will man in andere Parteien einwirken mit dem Motto *"das System hat keine Fehler es ist der Fehler"* . Ob das ganze wieder ein neues zum Scheitern verurteiltes Projekt des maroden Kühnen-Flügels ist bleibt abzuwarten.

KÜHNEN FLÜGEL DER 'FAP':

ORGANISIERTE UNFÄHIGKEIT

■ Der *"Chef"* wie Kühnen von seinen Untergebenen und Befehlsempfängern in der **"Gesinnungsgemeinschaft Neue Front"** genannt wird, liebt den Medienrummel um seine Person und läßt wenig Gelegenheiten aus sich zu profilieren. Jetzt mußte ihre Zeitung **'Neue Front'** eingestehen, daß es hinter den Kulissen garnicht so rosig aussieht. Nichts klappt mehr. Ganze Regionalgruppen, wie der sog. Bereich "Mitte" oder die "Gauführung Nordmark" wurden wegen "Inaktivität aufgelöst".

Wegen Nichterscheinen des nun ehemaligen "Nachfolgers Michael Kühnens" Thomas Brehl fielen Veranstaltungen aus, Kundgebungen wurden vom "Chef" abgesagt und da, wo sie stattfanden, wie z.B. kürzlich in

Bonn, bereiteten AntifaschistInnen den den Nazis eine Niederlage, indem sie einen Aufmarsch unmöglich machten. 300-400 AntifaschistInnen verteilten sich am ersten Samstag des Dezember in kleinere Gruppen und signalisierten die Bereitschaft gegen die Kühnen-Faschisten von allen Seiten her vorzugehen. So konnte die Polizei nicht mehr für den ruhigen Verlauf des Aufmarsches garantieren und er mußte abgebrochen werden.

Nun könnte mensch ja auf die Idee kommen die Krise würde mit der vielgepriesenen "Kameradschaft" gelöst. Weit gefehlt, es sind Säuberungen angekündigt worden und es hagelte "Entlassungen". Gegen die 15 unterschiedlichen Meinungen der "15 Unterführer" konnte sich der "Chef" nur noch mit Rücktrittsdrohungen durchsetzen.

'REPUBLIKANER':

PARTEITAG IN ROSENHEIM

■ Knapp 5.000 AntifaschistInnen demonstrierten am 13. 1. '90 in der Rosenheimer Innenstadt gegen den Bundesparteitag der 'Reps'. Eine geplante Kundgebung vor der Inntal-Halle abzuhalten, wurde den AntifaschistInnen von Stadtverwaltung und Polizei verboten.

Im Innern der Inntal-Halle heizte Parteichef Schönhuber die Delegierten mit antisemitischen Ausfällen gegen Heinz Galinski an. Der Vorsitzende des Zentralrats der Juden sei selber schuld an dem, unter anderem von Schönhuber vertretenen, Antisemitismus, da er gegen *"deutsche Patrioten"* hetze. Getreu nach dem Vorbild des Front National Vorsitzenden Le Pen steigert Schönhuber von Mal zu Mal seine antisemitischen Ausfälle.

Danach konnten die rund 1.100 Delegierten in der Halle ungestört das neue, aufpolierte Partei-Programm verabschieden. Der Streit um die politische Linie und die daraus resultierenden (Ab-)Spaltungen in den verschiedenen Landesverbänden fielen in den zwei Tagen unter den Tisch.

Wie nicht anders zu erwarten, stand neben dem Programmentwurf die *"Deutsche Frage"* im Mittelpunkt des Parteitages. Dadurch konnte Schönhuber geschickt den monatelangen Auseinandersetzungen um seine (Führer-) Person ausweichen. Die faktischen Spaltungen in fast allen Landesverbänden und eine drohende Spaltung des Bundesverbandes waren allenfalls am Rande ein Thema. Stattdessen wurde unter dem Leitspruch *"Deutschland einig Vaterland"* unerschütterliche Einheit demonstriert.

Einheit beschwört auch ein *"Deutschland Konzept '90"*, um das das verabschiedete Partei-Programm erweitert werden soll. So eine Konzeption soll eine *"Reichsregierung"* unter Führung des entsprechenden *"Reichskanzlers"* vorsehen - in einem *"deutschen Reichstag"* und in *"Gesamtdeutschland"* versteht sich.

Nach dem Willen der REPs sind damit großdeutsche Gebietsansprüche an Polen und die Sowjetunion gemeint - Deutschland in den Grenzen von 1937. Ihren Kalten Krieg wollen sie in nächster Zeit hauptsächlich in der DDR führen. Große Erfolge hätte man dort zum Teil zusammen mit der französischen Front National erzielt und auch weiterhin soll *"der Einsatz in Mitteldeutschland bis an die Grenzen des uns Möglichen gesteigert werden"*.

Über die Erstellung des neuen REP-Programms haben wir bereits in letzten Ausgabe ausführlich berichtet. Der von 'Experten' hergestellte Entwurf wurde zu guter letzt dann noch von verfassungsfeindlichen Aussagen gesäubert und umformuliert. Dafür fanden sich zwei Männer im Staatsdienst bereit: Der Amtmann im Kölner Bundesamt für Verfassungsschutz Klaus Hartel und ein Frankfurter Staatsanwalt, namens Gert Feldmeier, stellv. hessischer Landesvorsitzende der Partei.

Die **'Republikaner'** laden für den 8.Mai 1990 nach Westberlin ein. Am 45.Jahrestag der Kapitulation des Nazi-Regimes wollen sie eine *"Konferenz aller patriotischen Kräfte"* abhalten. Sie soll dazu dienen die Wiedervereinigung zu beschleunigen und der Forderung der REPs nach zeitgleichen Wahlen in der BRD und in der DDR mit anschließender Gründung einer *"provosorischen Regierung des Deutschen Reiches"* Nachdruck zu verleihen.



NEONAZIS AM BRANDENBURGER TOR

■ Die Nazis haben in der letzten Zeit immer wieder versucht aus dem Menschenrummel am Brandenburger Tor Kapital zu schlagen.

Am Tage der Öffnung des Tors war auch ein alter Gefährte Michael Kühnens unter ihnen. Der im Bückeburger NS-Prozeß verurteilte Nazi Hark Björm war dort zusammen mit 50 anderen Faschisten, die ein Transparent mit dem Emblem der Wiking Jugend trugen, sieht aus wie eine von Kinderhand gemahlter Spielzeugdrachen und nennt sich Odalsrune.

Seit Öffnung der Mauer kommt es in Grenzübergangsnähe verstärkt zu Angriffen von rechten Skinheads oder faschistisch beeinflußten Schlägern. Fast jedes Wochende erreichen uns Meldungen, daß Leute auf dem U- bzw. S-Bahnhof Friedrichstraße attackiert worden sind.

BREMEN:

HETZJAGD AUF ANTIFAS

■ Am Abend des 19. November 1989 kam es in Bremen nach einer Diskussion unter Jugendlichen über den Tod von Conny in Göttingen (siehe Artikel in diesem Heft) zu einer spontanen Demonstration. Dabei wurden sechs Autos bzw. Fensterscheiben beschädigt. Direkt nach dieser Demo, die von ca. 50 Leuten durch die Innenstadt geführt wurde, gab es einen massiven Polizeieinsatz. dieser zeigte wieder mal das Verhältnis der Polizei zu antifaschistischen Aktionen, egal wie, warum und von wem sie durchgeführt werden.

Als Reaktion auf die Demo machten die Bremer Bullen Jagd auf Jugendliche, die sich zu diesem Zeitpunkt in der Nähe aufhielten. In den umliegenden Straßen wurden 15jährige gejagt und festgenommen, teilweise auf der Wache mißhandelt.

Eine Elterninitiative, die sich gleich nach diesen Vorfällen bildete, legte mehrere Berichte der Jugendlichen vor. Daraus wird deutlich: allein die Tatsache, daß der Verdacht besteht an einer Antifademo beteiligt gewesen zu sein, reicht, um Menschen festzunehmen, zu schlagen, anzuklagen. So wurden mehrere Jugendliche ED-mißhandelt, wurden bedroht und massiv eingeschüchtert. Ihnen wurde nicht erlaubt, Eltern oder Anwalt/Anwältin anzurufen, selbst in der Nacht noch nicht. Sie mußten sich menschenverachtende Sprüche anhören und bekamen eine Nacht lang Nachhilfe in der Rechtsauffassung der bundesdeutschen Polizei. Zum Verhör wurden die 15 - 17jährigen in die Wache 6 gebracht, eine Wache, die berüchtigt ist. So ist dort das SEK-Kommando stationiert, daß vom Bullen Panzer angeführt wird. Panzer ist nicht nur als übler Schläger bekannt, sondern sein Sohn ist auch in der Führungsriege der Bremer Ortsgruppe der FAP. Zufall ?

Die Verhöre der Kids liefen ohne ausreichende Belehrung über ihr Recht zur Aussageverweigerung, Anwalt/Anwältin durfte nicht zugezogen werden, ein Junge mußte sogar mitansehen, wie ein Bulle demonstrativ mit einer Waffe rumspielte. All dies sind keine Einzelfälle, das gleiche lief auch z. B. am 2. März 89 in Westberlin ab, als die Polizei Jugendliche verprügelte, festnahm, bedrohte usw., die gegen eine NPD-Veranstaltung demonstrieren wollten. Nur diesmal haben sie ihre Eltern hinter sich und die gehen jetzt damit an die Öffentlichkeit !



★ ANTIFA ★ JUGENDINFO

Antifaschistische Schüler/innen-Zeitung

Nr. 35 Ausgabe Berlin -, 50 DM für Jugendliche kostenlos

Jeden Tag werden in unserer Stadt Menschen angegriffen oder angepöbelt, nur weil sie aus einem anderen Land stammen, weil sie Punks oder Linke sind, oder Frauen, die Mann ja ruhig mal "anmachen" darf...

Auch an den Schulen:

Jeden Tag stehen in dieser Stadt Tausende von Menschen einer unglaublichen Anmache und Diffamierung gegenüber, weil sie "anders" sind oder "anders" aussehen. Anders... als was oder wer?

Den antifaschistischen Selbstschutz organisieren!

Scheinbar braucht die deutsche Bevölkerung Menschen, auf denen sie herumtrampeln darf. Wer das Pech hat, eine Frau zu sein, muß sich eben anmachen lassen; wer kein Spießer sein will, wird eben ab und zu verprügelt; wer Ausländer/in ist, ist doch selber schuld und braucht sich gar nicht zu beschweren...

Übertrieben? Ja, aber trotzdem ist dies die Realität. Meist von der Masse der Leute nicht bemerkt (oder verdrängt) gehen Macker, Faschisten und viele "ganz normale" Spießer gegen diejenigen vor, von denen sie meinen, daß sie es mit "denen" ja machen können.

Wenn's Leute mitkriegen, dann tun sie meist so, als ginge es sie nichts an oder sie geben sogar den Opfern des Angriffes die Schuld. Dabei geht es gar nicht nur um direkte Angriffe, denn schon allein die Sprüche sind beleidigend und bedrohend. Oft werden Mädchen und Frauen blöden Sprüchen ausgesetzt, oder türkische Leute müssen sich Vergleiche mit der Verfolgung der Juden/Jüdinnen während der Nazizeit anhören. Auch dies sind schon Angriffe, weil sie die betroffenen Leute einschüchtern (sollen).

Doch so geht es nicht mehr weiter! Diejenigen, die hier mit der Anmache von Faschos oder Dummköpfen konfrontiert sind, lassen sich nicht mehr alles gefallen. Vor allem der faschistischen/rassistischen und sexistischen Anmache wollen wir was entgegensetzen! Wir lassen es nicht mehr zu, daß Leute wegen ihrer Herkunft, dem Denken oder Geschlecht bedroht und angegriffen werden!

Fortsetzung nächste Seite

DÜSSELDORF:

SCHAUPROZESS GEGEN DIE PKK

■ Am 24.9.89 begann der größte Prozeß, der je in der Bundesrepublik stattgefunden hat. Gegen 18 Kurden und Kurden wurde Anklage nach129a erhoben. Alle Angeklagten sind Mitglieder oder Sympatisanten der Arbeiterpartei Kurdistans, der PKK und sollen hier eine *"terroristische Vereinigung"* gebildet haben. Durch die Änderung im Gerichtsverfahrensgesetz und eine Novellierung des §129a können die *"terroristischen Vereinigung mit Sitz im Ausland"* mitverfolgt werden. So wurden die Voraussetzungen geschaffen aus Nationalen Befreiungsbewegungen "terroristische Vereinigungen" zu machen.

Am 12.9.1980 putschte sich in der Türkei eine faschistische Militärjunta an die Macht. Dieser Putsch wurde von den Nato-Manövern der westlichen Staaten begleitet. Vor allem der von der Türkei bestzte Teil Kurdistans war und ist der verschärften Repression ausgesetzt, da 1984 der nationale Befreiungskampf durch die PKK wiederaufgenommen wurde. 2/3 der türkischen Armee, die mit 800.000 Soldaten die zweitgrößte der Nato ist, wurde in Kurdistan stationiert. Sie ist verantwortlich für zahlreiche Massaker an der Zivilbe-völkerung, für Bombardierungen von Dörfern und für die Vertreibung vieler Kurden und Kurdinnen aus ihrer Heimat.

Das faschistische Regime wird dabei von den westlichen Ländern militärisch, wirtschaftlich und politisch unterstützt. Offiziere der türkischen Spezialeinheiten werden von der bundesdeutschen GSG 9 ausgebildet, westdeutsche Hubschrauberpiloten wurden gegen die kurdische Guerillia eingesetzt. Der Staatssekretär im BRD-Verteidigungsministerium begründet die Unterstützung des faschistischen Regimes in der Türkei so: *"Am Golf liegen die größten Erdölreserven der Welt"* und *"revolutionäre Veränderungen würden den Geld und Ölfluß gefährden."* 1987 wurde auf einer Nato-Versammlung beschlossen das Jahr 88 zum Jahr der Zerschlagung der PKK und des nationalen Befreiungskampfes zu machen. Bereits schon im Febraur 1988 wurden in der BRD 18 Kurden und Kurdinnen aufgrund von Zeugenaussagen verhaftet. Gegen sie soll ein Schauprozeß-stellvertretend für den Nationalen Befreiungskampfgemacht werden. Und entsprechend einem Schauprozeß sind auch die Bedingungen unter denen er

stattfindet.
Die kurdischen Gefangenen befinden sich seit fast zwei Jahren in strenger Isolation,wobei man/frau sich vor Augen halten muß,daß die meisten der deutschen Srache nicht mächtig sind und ihnen somit jegliche Kommunikation unmöglich ist.

Briefe an die Gefangenen,in denen über Ereignisse und Entwicklungen in Kurdistan berichtet wurde,sind mit der Begründung beschlagnahmt worden,sie betrieben Propaganda für die PKK. Auch dürfen sie keine Publikationen des kurdischen Agri-Verlagees beziehen.

Die Verteidigerpost unterliegt der richterlichen Kontrolle.Die Aussagen der Kronzeugen wurden nicht ins Türkische bzw. ins Kurdische übersetzt. Die Angeklagten sitzen im Gerichtssaal in Käfigen aus Panzerglas. Die Gespräche zwischen Angeklagten und den Anwälten werden von Beamten mitgehört.

Gegen diesen Prozeß fand am 21.10.89 in Düsseldorf eine Demonstration statt,an der sich über 10.000 Kurd/Innen,1000 Deutsche und 500 Türk/innen beteilgten. Sie forderten die Freilassung der Kurd/innen sowie die internationale Solidarität mit der PKK.

Zu Beginn des Prozesses in Düsseldorf, am 24. 10. 89,versammelten sich Hunderte kurdischer Familien vor dem Gerichtsgebäude,während drinnen ausländische delegationen den Prozeß beobachteten. Parallel dazu wurden deutsche Vertetungen und Botschaften in Paris Athen und Stockholm besetzt.

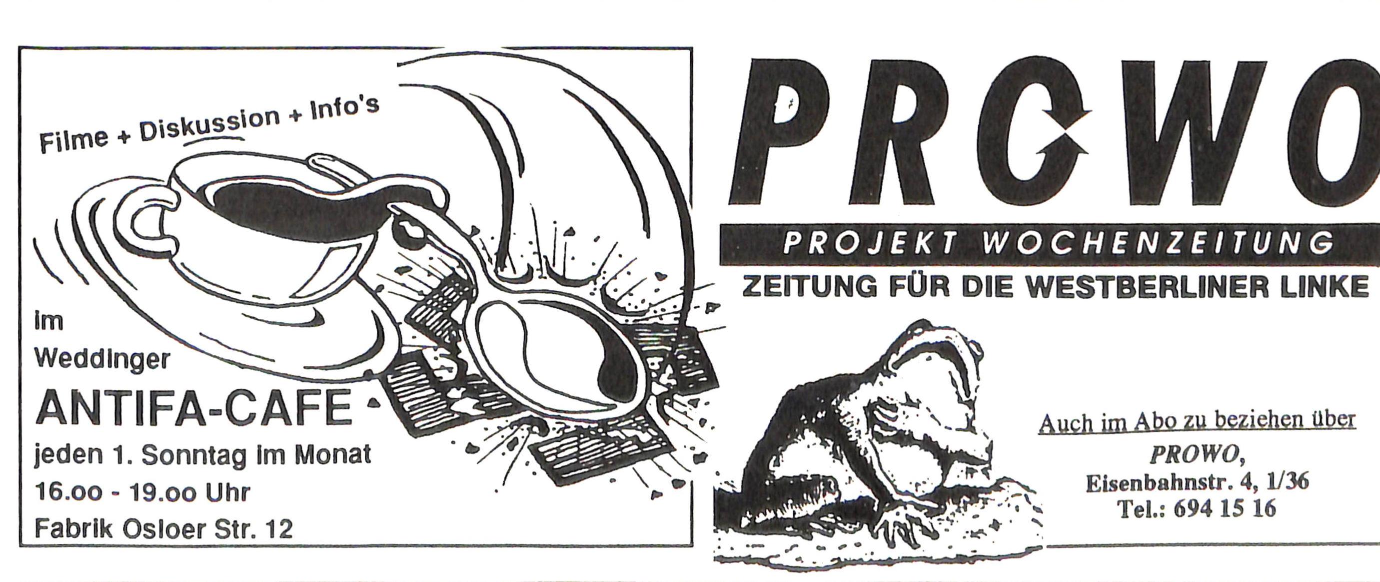
Die Angeklagten,die stellvertretend für den berechtigten Kampf der PKK gegen Unterdrückung und Verfogung und für nationale Befreiung,vor Gericht stehen brauchen breite Solidartät. Der Prozeß nach 129a,der stellvertretend gegen die PKK geführt wird,ist ein Schlag gegen alle Befreiungsbewegungen.

Solidaritätsspendenkonto Kurdistanprozeß:
Beate Berg, HASPA, BLZ 200 505 50 Kontonr. 1042 / 786655

Liste der Gefangenen

Hasan Hayri Güler - Köln-Ossendorf,
AnwältIn: Dietmar Müller , Venoerstr.30, 5000 Köln 1,
Hüseyin Celebi - Wuppertal,
Ulrike Halm, Friedrichstr. 67, 6300 Grießen
Ibrahim Kadeh - Köln-Ossendorf,
F. Hess, Siemensstr. 15, 5000 Köln 30
Yasemin Gedik - Köln-Ossendorf,
Ulrich Kraft, Marktstr. 48, 4800 Bielefeld 1
Mustafa Erbil - Bochum,
Rainer Aheus, Lindemannstr. 10, 4600 Dortmund 1
M. Sat Yildirim - Düsseldorf,
E. Lunnebach, Siemensstr. 15, 5000 Köln 30
Ali Haydar Katyan - Stuttgart-Stammheim,
M. Schubert, Postr. 5, 7800 Freiburg und
Eldar Biskamp, Kaiserstr. 75, 6000 Frankfurt 1
Selahattin Erdem - Düsseldorf,
E. Schulz, Lindenstr. 14 , 2800 Bremen 70
Erol Kedik - Düsseldorf,
K. W. Heydenreich, Hausendorferstr. 9, 5300 Bonn 1
Meral Kidir - Köln-Ossendorf,
B. Frsenius, Kennedyallee 34, 6000 Frankfurt
Selahatin Celik - Bochum,
M. Heiming, Hauptstr. 90, 6932 Hirschhorn
Ali Sapan - Bochum,
E. Ronte, Bergerstr. 200, 6000 Frankfurt
Ali Aktas - Düsseldorf,
J.Bremer, Schloßstr. 94, 6000 Frankfurt 90

DIE GRENZEN VERLAUFEN NICHT ZWISCHEN DEN VÖLKERN, SONDER ZWISCHEN OBEN UND UNTEN!





DIE ANTI-KRIMINALISIERUNGSGRUPPE INFORMIERT:

■ Die Zahl der bisher geschätzten Ermittlungsverfahren gegen AntifaschistInnen muß leider korrigiert werden. Es dürften um die 300 Ermittlungsverfahren , statt den bisher angenommenen 150 sein.

Zur Zeit der Erstellung des Infos läuft in Moabit der Prozess gegen Marco. Ihm wird vorgeworfen nach einem Zivilbullen mit einer Flasche geworfen zu haben. Die Gruppe um Marco geriet zwischen die Fronten zweier sich bekriegender Fußballhooligangruppen. Unter diesen waren auch einige Nazis, die die Antifas angriffen, siehe Info Nr. 9.

Ein aus der Türkei stammender Anti-Republikaner Demonstrant steht zur Zeit in seiner Berufungsverhandlung. Bei seiner Teilnahme an der Protestaktion gegen den Landesparteitag der Westberliner Partei wurde er verhaftet und dabei von mehreren SEK-Beamten zusammengeschlagen und mißhandelt. In der ersten Instanz wurde er für schuldig befunden und erhielt 9 Monate Haft, die zur Bewährung ausgesetzt worden sind. Daraufhin ging der Staatsanwalt in Berufung.

Es haben sich bis jetzt 60 AntifaschistInnen mit ihren Verfahren bei der Antikriminalisierungsgruppe gemeldet. Dort erhaltet ihr Unterstützung und Beratung für Euren Prozeß. Die Gruppe braucht auch weiterhin dringend Angaben von Leuten, die im Zeitraum von heute bis Oktober '88 festgenommen worden sind bzw. solches beobachtet haben. Wichtig sind Angaben wie: Datum der Festnahme, Ort, Anlaß und Tatvorwurf, Verletzungen, ob Ermittlungsverfahren eingeleitet worden sind usw. Die Namen werden natürlich vertraulich behandelt, wir brauchen sie nur für Rückfragen und Einladungen zu Treffen.

Wendet Euch bitte per Brief an die:
ANTIFA-WESTBERLIN, Gneisenaustr.2a, 1-61
oder über Telefon (nur samstags) an das
ANTIFA-INFOTELEFON
692 15 99



ANTIFA - STADTTEILARBEIT IN NEUKÖLLN

Die Antifa-Arbeit, die sich seit den Wahlen im Januar letzten Jahres entwickelt hat, läuft kontinuierlich weiter. Es kommen immer wieder neue Leute dazu. Daneben haben sich in letzter Zeit auch andere Ansätze von Stadtteilarbeit, vor allem zum Thema Mieten und Wohnen, entwickelt.

In beiden Bereichen findet eine punktuelle Zusammenarbeit statt. Es gab ein Kiezpalaver der Antifa-Initiative, bei dem Mieten und Wohnen ebenfalls Thema war. Anfang Dezember wurde in Neukölln eine antifaschistische Massenzeitung mit einem Leitartikel über den Zusammenhang von Wohnungsnot und Rassismus verteilt. Aktionen gab es gegen die Stände von 'Reps' und CDU, die auch hier ihre Kampange gegen ein AusländerInnenwahlrecht führten.

Die **'Reps'** bauen jedoch ihre Organisation in Neukölln weiter auf. Sie haben jetzt sechs Ortsgruppen. Der Organisationsleiter in Buckow ist **Ekkard Birkholz**, der auch den Rep-Arbeitskreis Bildungspolitik leitet. Eckard Birkholz (Ex-SPD-ler) ist stellvertretender Rektor der Clay-Oberschule in der Gropiusstadt.

Immer noch kommt es zu Übergriffen und Drohungen gegen Antifa-SchülerInnen, darunter auch gegen Mitglieder der Falken, die sich vor allem an die Presse und an den Staatsschutz wenden um die Überfälle an die Öffentlichkeit zu bringen.

Treffpunkt der Stadtteilinitiative-Neukölln
jeden 2. Donnerstag
um 19.30 Uhr
Galerie OLGA BENARIO
Boddinstr. 61

• SchülerInnen-Café
Dienstags von 16 - 20. Uhr
im
KRÜMELLADEN
Weser Str. 155

JAKOB INFO VERANSTALTUNG

■ Die Jugend Antifa Koordination Berlin (JAKOB) plant nach den Winterferien dezentrale Informationsveranstaltungen in den meisten Westberliner Bezirken. Auf diesen Veranstaltungen wird über Rechtsextremismus unter Jugendlichen informiert und wie mensch sich dagegen wehren kann. Die Veranstaltung enthält einen allgemeinen Teil, der einen Überblick über dieses Thema geben soll, sowie einen ergänzenden regionalen Teil. Ziel dieser Veranstaltungen ist es funktionierende Bezirksstrukturen auf- und auszubauen, in denen schulübergreifend zusammen gearbeitet werden kann. Dazu gehört auch die Gründung neuer Jugend-Antifa Cafes für den Wedding/ Reinickendorf, Schöneberg und Kreuzberg.

Die Gründung von Stadtteilantifagruppen ist notwendig geworden, um mehr Jugendliche, an deren Schulen es noch keine Antifa gibt, anzusprechen. Bislang gab es bis entweder nur stadtweite- bzw. schulbezogene Aktivitäten. Das soll sich nach dem Vorstellungen von JAKOB ändern. Die Veranstaltung soll auch anderen Initiativen und Jugendzentren zur Verfügung gestellt werden. Bei Interesse könnt ihr euch an JAKOB (Adresse im Kasten nebenan) wenden.





KONTAKTMÖGLICHKEITEN ZUR ANTIFA SIND DIE ANTIFA-JUGENDCAFES:

KREUZBERG:
- jeden 1. und 2. Dienstag im Monat, 17.oo Uhr KIEZLADEN, Falckensteinstr. 46, U-Bhf. Schlesisches Tor

NEUKÖLLN:
- jeden Dienstag, 15.oo Uhr KRÜMELLADEN,Wesrestr. 155, U-Bhf. Rathaus
- jeden Montag, 18.oo Uhr LUNTELADEN, Weisestr. 53, U-Bhf. Boddinstraße

NORDEN:
- nachfragen bei JACOB!

SCHÖNEBERG:
- DRUGSTORE, 1/30, Potsdamer Str. 180, U-Bhf. Kleistpark und Nollendorfplatz. Zeiten erfragen bei der Jugendantifa-Schöneberg, c/o Drugstore

SPANDAU:
- jeden 3. Sonntag im Monat, 16.oo Uhr PAUL-SCHNEIDER-HAUS, Schöneweider Str. 23, U-Bhf. Rathaus Spandau
- Antifa-FILME: Schülercafe, Hohenzollernring 16, Zeiten erfragen im Cafe

SÜDEN:
- jeden Donnerstag im ISKRA-LADEN, Muthesiusstr. 18, U-Bhf. Rathaus Steglitz und Schloßstraße

ANDERE ANTIFAPROJEKTE SIND:

ANTIFA-TELEFON: - jeden Samstag 16.oo bis 20.oo Uhr, Tel.: 692 15 99
ANTIFA-INFOBLATT: - sollte eigentlich alle 2 Monate erscheinen, Gneisenaustr. 2a, 1/61
ANTIFA-PRESSEARCHIV: - jeden Donnerstag 17.oo bis 20.oo Uhr im PAPIERTIGER, Cuvrystr. 25, 1/36
ANTIFA-WESTBERLIN: - c/o gneisenaustr. 2a, 1/61
ANTI-KRIMINALISIERUNGS-GRUPPE: - über Antifa-Westberlin
ANTIFA-KNEIPE: - jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat, ab 21.oo Uhr im KIEZLADEN, Falckensteinstr. 46, 1/36, U-Bhf. Schlesisches Tor
ANTIFA-CAFE: - jeden 1. Sonntag im Monat, ab 16.oo Uhr in der FABRIK Osloer Str. 12, U-Bhf. Pankstraße oder Osloer Straße
ANTIFA-CAFE in BERLIN (OST): - jeden 2. Sonntag im Monat, ab 15.oo Uhr bei der KIRCHE VON UNTEN, Elisabethkirchstr. 21, U-Bhf. Rosenthaler Platz
JAKOB: - Jugendantifa-Koordination, Gneisenaustr. 2a, 1/ 61



Spieler und Fans gegen Rassismus

Der FC St. Pauli ist ein Verein, der in seiner langen Geschichte stets Solidarität und Völkerverständigung auf seine Fahnen geschrieben hat. Für seine internationalistische Jugendarbeit ist er bekannt und ausgezeichnet. Damit steht unser FC St. Pauli auch für die völkerverständigende und internationalistische Kultur des Sports.

Fußball ist schon lange nicht mehr die Auseinandersetzung einer Straßenmannschaft mit der anderen. Er hat Nationen und Kontinente überschritten, nicht nur bei offiziellen internationalen Begegnungen. Bundesdeutsche Fußballer wie Klinsmann, Völler oder Brehme sind geschätzte Spieler im Ausland. In der ersten Bundesliga spielen Laudrup, McInally, Lesniak und Rufer genau wie Sane und Baffoe. Leonardi Manzi und Jan Kocian sind integrierte Mitglieder der Mannschaft unseres FC St. Pauli. Dabei spielen auf dem Rasen schon lange nicht mehr Nation oder Hautfarbe eine Rolle, sondern die spielerischen und menschlichen Qualitäten der Fußballer.

Besonders bei dem Spiel gegen Nürnberg haben wir in der Vergangenheit jedoch Parolen und Schmährufe gehört, die wir auf's Schärfste verurteilen. Pfiffe und andere Unmutsäußerungen gehören zur Unterstützung unseres Vereins. Das darf jedoch nie so weit gehen, daß die Unterstützung und Verbundenheit zum FC St. Pauli mißbraucht werden, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit zu propagieren. Urwaldgeräusche, die einen der besten Spieler der Liga begleiten, nur weil er schwarz ist oder „Nigger"-Rufe gehören nicht in das Repertoire der Anfeuerung unserer Mannschaft.

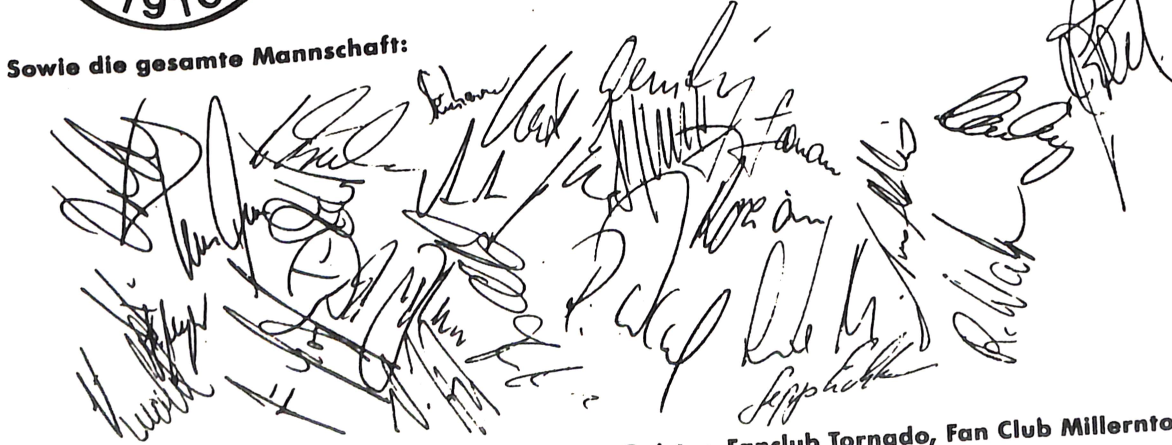
Wir wehren uns gegen eine solche Entwicklung. Unser Kampf auf dem Rasen braucht faire Unterstützung und keine menschenverachtenden Hetzparolen.



Wir wenden uns deshalb gerade heute mit diesem Aufruf an alle Fans des FC St. Pauli und fordern Euch auf, heute und auch in Zukunft auf rassistische Parolen, Schmährufe und Geräusche zu verzichten und die Mannschaft genauso fair zu unterstützen, wie sie auch auf dem Rasen kämpft.

Redaktion Millerntor Roar

Sowie die gesamte Mannschaft:



Dieser Aufruf wird unterstützt von: **Fan Club Heilige Geister, Fanclub Tornado, Fan Club Millerntor**



GÖTTINGEN:

AM ABEND DES 17.NOVEMBER 1989 WURDE DIE 24-JÄHRIGE CONNY VON DER POLIZEI IN GÖTTINGEN VOR EIN FAHRENDES AUTO GETRIEBEN. IHR TOD WAR DAS RESULTAT EINER TREIBJAGD DER GÖTTINGER POLIZEI GEGEN ANTIFASCHISTINNEN, DIE ZUSAMMENGEKOMMEN WAREN, UM ÜBERGRIFFE VON NAZIS IN DER INNENSTADT ZU VERHINDERN. NACH DEN LÜGEN, DIE DIE POLIZEI VERBREITETE, UM VON IHRER VERANTWORTUNG AMTOD CONNYS ABZULENKEN, GEHT DIE HETZE GEGEN DIE GÖTTINGER AUTONOMEN WEITER - VON POLIZEI UND NAZIS.

VON DER POLIZEI IN DEN IN DEN TOD GETRIEBEN

Überfälle von Nazi-Skinheads gibt es seit Jahren in Göttingen. Die Angriffe richten sich ganz wahllos gegen Passanten, SchülerInnen, die links aussehen, AusländerInnen und vor allem gegen das Jugendzentrum Innenstadt, JUZI. Und das steht von Seiten der Stadtoberen, der bürgerlichen Parteien und der Göttinger Polizei ebenfalls seit Jahren unter Beschuss. Nach dem als rechtswidrig annerkannten Göttinger Kessel um das JUZI im Dezember 86, wo das Zentrum von der Polizei gestürmt worden war und 408 Personen festgenommen worden sind, ging die Hetze, die polizeilichen Bespitzelungen und Verfolgung weiter.

In diesem Klima fühlten sich auch die Faschisten ermutigt das JUZI und Autonome anzugreifen. Bei diesen Angriffen zeichnet sich das Verhalten der Göttinger Polizei durch Nichteingreifen aus, solange die Faschisten angreifen, um bei einer Gegenwehr einzuschreiten und die Nazis aus der Stadt zu geleiten.Das belegen die zahlreichen Informationen der Göttinger Antifa, die in der Chronologie am Ende des Artikels aufgelistet sind.

AUGENZEUGENBERICHT:

Es fing an um 20 Uhr 50, als sechs bis acht AntifaschistInnen in der Burgstraße. vor der Kneipe Apex standen. Ca. acht Neonazis-mit Knüppeln bewaffnet-kamen aus der Kneipe und versuchten, die AntifaschistInnen anzugreifen. Es kam zu einer Auseinandersetzung, in deren Verlauf zwei Faschisten verletzt wurden. Nach dieser Auseinandersetzung zerstreuten sich die AntifaschistInnen. Andere Leute, die nach dieser Aktion verständigt wurden, trafen sich kurze Zeit später vor einer Kneipe, etwa 500 Meter vom Apexentfernt. Diese Personen (etwa 30) zogen dann in Richtung Innenstadt, wo die Bullen am Ende der Fußgängerzone eine Sperre errichteten. Diese wurde umgangen um in Richtung Uni zu gelangen-mit dem Ziel sich dort aufzulösen. Über Bullenfunk, der von den Leuten abgehört wurde, sprachen die Bullen von den "Chaoten". Sie kümmerten sich ersteinmal um die Neonazis, welche sie aus der Innenstadt begleiteten. Als die Neonazis die Stadt verlassen hatten, wollten die Bullen die AntifaschistInnen angreifen. Sie fragten wörtlich über Funk: "Sollen wir sie plattmachen?" Es folgte eine Abstimmung über Funk, in der sich die Bullen für das "Plattmachen" entschieden. Sie zogen Hundeführer, mehrere ZSK (Zivile Sonderkommandos) und mehrere Streifenwagen zusammen. Die Leute waren zu diesem Zeitpunkt kurz vor dem Unigelände in einem Durchgangsweg.

Die Bullen standen unter anderem am Ausgang des Durchgangs auf die Weender Landstraße, die eine sehr stark befahrene 4-spurige Straße ist. Die Bullen kamen von mehreren Seiten und griffen die Leute an. Sie hatten an ihren Fahrzeugen das Blaulicht abgeschaltet, wodurch die Situation für heranfahrende AutofahrerInnen sehr schwer zu erkennen war. Auf den Fahrbahnen lief der Verkehr weiter. Die AntifaschistInnen versuchten um die Bullen herum zu kommen. Die Bullen sprangen mit gezogenen Knüppeln aus ihren Wagen heraus und versuchten

die Leute zu schlagen und abzugreifen. Conny versuchte den Bullen, die auf sie zuliefen, in die einzig mögliche Richtung auszuweichen: In die Mitte der Straße. Zu diesem Zeitpunkt kam ein PKW mit recht hoher Geschwindigkeit heran. Conny wurde erfaßt, durch die Luft geschleudert und war sofort tot. Die Bullen schlugen weiterhin auf die Leute ein und versprühten CS-Gas. Sie forderten sogar einige Leute auf, sich neben Conny auf die Straße zu legen. Leute, die sich um Conny kümmern wollten, wurden von den Bullen mit Knüppeln und Hunden bedroht. Bullen leisteten auch nach Aufforderung keine Erste Hilfe, sondern unternahmen stattdessen mehrere Versuche Leute festzunehmen. Der Notarzt, der etwa acht Minuten später eintraf, stellte nur noch den Tod fest.



Teil der Demo am 25. 11. 89 am Mahnmal für Conny

Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Nachricht von Connys Tod in Göttingen. Viele Menschen kamen ins JUZI und nach einer Zeit der Fassungslosigkeit und des Schocks, beschlossen sie auf die Straße zu gehen. Sie zogen zu der Stelle an der Conny gestorben war und besetzten den Platz mit einer Mahnwache. Bis Sonntagabend war die vierspurige Straße Ort der Trauer und Information. Danach wurde an der Stelle ein Stein zu ihrem Gedenken eingelassen und ein Birkenstamm gesetzt. Samstag Mittag demonstrierten ca. 1.500 Menschen durch die Göttinger Innenstadt, wobei sich die Wut im Klirren einiger Bankscheiben Bahn brach.

Die Göttinger Antifa hatte alle Hände voll zu tun um Öffentlichkeit über die tatsächlichen Ereignisse herzustellen. Die Polizei erklärte man habe eine Auseinandersetzung zwischen Autonomen und Nazis verhindern wollen. Desweiteren sei Conny *"aus noch ungeklärter Ursache"* auf die Straße gesprungen, *"Tödlich verletzt nach Streit"* war im Göttinger Tageblatt zu lesen. Über Rundfunk wurde verbreitet, die Autonomen hätten den Notarztwagen nicht durchgelassen.

Nicht alle Lügen der Göttinger Polizei ließen sich lange halten. Bestritt sie anfangs noch die Existenz des Funkspruches, in dem vom "Plattmachen" der Antifas die Rede war, mußte sie diesen später öffentlich zugeben. Genauso die Tatsache des Einsatzes der chemischen Keule nachdem Conny vor das Auto getrieben wurde. Die Polizeiführung mußte zudem noch einräumen die eingesetzten Polizisten vier Tage nach dem Vorfall noch nicht einmal verhört zu haben.

DIE DEMONSTRATION

Zu der bundesweiten Demonstration kamen 18.000 Menschen nach Göttingen. Ein vielfältiges Spektrum von AntifaschistInnen "Friedliche" und "Militante" zogen aus der Innenstadt zu dem Todesort. Während vorher noch lautstark Parolen gerufen worden sind, zieht der Zug schweigend durch die Weender Landstr. Das die Demonstration nicht gewillt war sich "plattmachen" zu lassen, wurde durch einen großen Block vermummter DemonstrantInnen unterstrichen. Die Demoleitung stellte der Polizei auch die Auflage sich nicht am Demonstrationszug sehen zu lassen, was sie auch während des ersten Teil des Weges tat.

Bis auf einige kaputte Bankscheiben verlief die Demo ruhig bis zu der Polizei-Kaserne am Steinsgraben. Dort wollte die Polizei den autonomen Block von den "Friedlichen" spalten und auseinander schlagen. Das dieses nicht gelang lag zum einen an der Demonstrationsleitung, die die Route änderte, um nicht in eine Eskalation reinzulaufen und der Stümperhaftigkeit der Göttinger Polizei. Das belegte der Abgeordnete der Grünen

Auch in anderen Städten reagierten AntifaschistInnen auf den Mord an Conny, soweit wir wissen in Bielefeld, Bonn, Bremen, München, Hannover. In Hamburg zogen noch am Freitagabend 200 DemonstrantInnen vor das Polizeirevier im Schanzenviertel und griffen es mit Steinen an. In Westberlin klirrten am Samstag abend die Scheiben bei Banken und Kaufhäusern am Kottbusser Damm. In der Innenstadt demonstrierten wenig später über 1.000 Leute auf dem überfüllten Ku'damm. Die Westberliner Polizei zeigte ihr gewohntes Gesicht aus den IWF-Tagen. Sie kesselten und knüppelten gegen die DemonstrantInnen und gaben den DDRlern auf dem Prachtboulevard ein paar Nachhilfestunden in Demokratie. 2.000 Menschen demonstrierten daraufhin nochmal am Montagabend über den Ku'damm, um Öffentlichkeit über die wahren Begleitumstände des Todes von Conny herzustellen und gegen die Verfolgung von AntifaschistInnen. An der Öffnung der DDR-Staatsgrenze scheiterte jedoch das Bündnis gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus bei der Organisierung eines Reisebusses zur bundesweiten Demonstration nach Göttingen. Alle Busse waren im Öffentlichen Nahverkehr eingesetzt oder vergeben. Doch in Berlin-Hauptstadt fand dafür zeitgleich zur bundesweiten Demo ein Solidaritätsaktion mit 100 Leuten vor der ständigen Vertretung der BRD statt.

Jürgen Trittin am 15.12. 89 anhand von ausgewerteten Funksprüchen dem Niedersächsischen Landtag. Demnach standen sich zwei Einheiten der Polizei im Wege was einen Großeinsatz an der Kaserne verhinderte. Auch die bezweckte Trennung der "Friedlichen" von den Militanten ist nicht aufgegangen, obwohl die Polizei mehrmals mit massiven Schlagstockeinsätzen auf die Vorbeiziehenden einprügelte.

So gelangte die Demo zum Kundgebungsort, doch die Göttinger Polizei war auf der Jagd nach Schlagzeilen, *"Autonome verwüsteten Göttingen"*. Da das ohne polizeilichen Begleitschutz noch nicht eingetreten war, sollte nun nachgeholfen werden. Ebenfalls durch Funkmitschnitte belegt sind die Überlegungen die Kundgebung *"auseinander zu jagen"*. Dieses scheiterte jedoch wieder an dem Beschluß der Demoleitung die Kundgebung zum JUZI zu verlegen, um eine weitere Eskalation zu vermeiden. Noch bevor das Ende der Demo am JUZI ankam ereignete sich das *"grausame Mißgeschick"* (Innenminister Stock) einer ortsfremden Braunschweiger Hundertschaft. Sie stürmte aus einer Seitenstraße auf das JUZI zu und wurden mit Steinen und zwei Brandflaschen zurückgetrieben. Nun wurde die Demo von allen Seiten attackiert, wobei es mehrere Verletzte gab. Diese Angriffe werden von den Göttinger Antifas als von der Polizei bewußt herbeigeführte Provokation bewertet, um von der eigene Verantwortung am Tod Connys ablenken zu können.

Trotz der oben erwähnten Enthüllungen über den Polizeieinsatz halten die Landesregierung und die meisten SPDler an der Darstellung fest, *"Polizei verfolgte Deeskalationskonzept"*. Unter Beschuss in der SPD ist deswegen auch die Landtagskandidatin Hulle Hartwig geraten. Sie hält nach wie vor an den Tatsachen fest, die selbst vor Ort gesehen hatte. *"Daß die Polizei am Steinsgraben eindeutig provozierend und unverhältnismäßig vorgegangen ist."*

Auch die 'Bundesarbeitsgemeinschaft kritischer Polizistinnen und Polizisten' glaubt den Darstellungen des Innenministeriums zu den Vorfällen nicht. Nach wie vor besteht die Forderung nach Auflösung des Zivilen Streifenkommandos und Absetzung des Polizeichefs Will.

Die Staatsantwaltschaft gab bekannt die Ermittlungen aufgenommen zu, ob die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden bleibt bei der Praxis ähnlicher Prozesse höchst fraglich. Für den Mord an Günter Sare ist niemand verurteilt worden, die Verfahren werden über Jahre hingeschleppt bis sich niemand mehr erinnern kann.

Unterdessen gehen die Angriffe der Faschisten weiter. Keine Woche nachdem Rita Süßmuh die Schließung des JUZI forderte, zogen am 9.12. 80 bewaffnete Faschisten aus der FAP in einer Demonstration vor das Jugendzentrum. Unter den Nazis war die Hälfte in einheitlicher Uniform vertreten, Transparente wie *"Deutsche macht euch frei- haut das JUZI zu Brei"* wurden mitgeführt.

Nachdem sich die Faschisten ungestört sammeln konnten, obwohl sie unter Polizeibeobachtung standen, griff die anwesende Polizei auch nicht ein, als aus dem Aufmarsch eine Gruppe dunkelhäutiger Jugendlicher mit Flaschen beschmissen wurde und im Anschluß das JUZI mit Steinen , Flaschen und Signalmunition beschossen wurde. Die Polizei griff erst ein als die Besucher des JUZI sich wehrten und begannen den Aufmarsch auseinander zu jagen. 20 Beamte deckten daraufhin den Rückzug der Faschisten.



Eine halbe Stunde nach dem Angriff versammelten sich 300 AntifaschistInnen und zogen in einer Spontandemonstration in die Innenstadt, um die Nazis ganz aus der Stadt zu treiben. Die CDU ermunterte die Faschisten zu ihren Angriffen auf das JUZI, das vorletzte Mal als 48 Stunden nach einer CDU Hetztirade gegen das JUZI ein Brandanschlag auf ein am Haus hängendes Transparent verübt. Trotz der scharfen Hetze gegen das JUZI werden in Göttingen nun mehr Menschen aktiv gegen Rechtsextremismus und nationalistische Umtriebe.(Mat. aus Pressemitteilung d.JUZI)

Es ist ja nicht so, daß unbekannt wäre von wo die Angriffe der Faschisten organisiert werden. Schlüsselfigur ist seit Jahren Karl Polacek, der sein Haus in dem Dorf Mackenrode zu einem Zentrum der FAP ausgebaut hat. Er fungierte auch während des Aufmarsches als Kontaktperson zur Polizei. Schon 1988 machte eine Demonstration gegen das FAP-Zentrum in Mackenrode von Autonomen bis zum DGB auf die Zusammenhänge von FAP und Straßenterror im Raum Göttingen aufmerksam.

Über das Verhältnis von Straßenterror und Polizei erklärte der 2.Kreisvorsitzende der FAP **Thorsten Heise**: *"Wir versuchen soweit es geht mit der Polizei zusammenzuarbeiten. Das klappt teilweise ganz gut. Wir stehen durchaus positiv zur Polizei, speziell zu zivilen Einsatzkommandos und Streifenkommandos. Aber es gibt auch Reibungen."* (WDR-Jugendmagazin Zack)

Am 12.12.89 fand ein Prozeß gegen einen Antifaschisten statt, dazu waren drei Nazi-Skins als Zeugen geladen. Zwei von Ihnen erschienen mit fünf weiteren im Vorraum des Gerichtssaales und griffen eine Gruppe von ProzeßbesucherInnen mit Gaspistolen und Leuchtstiften an, danach konnten sie von der Poli-

zei unbehelligt verschwinden.

In der Nacht vom 13/14.12. gibt es einen Brandanschlag auf das Haus des FAPlers Thorsten Heise, der von der Göttinger Polizei der autonomen Szene zugeschoben werden sollte. Zwei Tage später erklärte die Staatsanwaltschaft, daß die Ermittlungen in eine ganz andere Richtung gingen. Nur drei Tage später verüben Nazi-Skins einen Säureanschlag auf ein bekanntes von Linken bewohntes Haus und jagten einen Radfahrer mit dem Auto. Nachdem am 22.12. eine Wirtin randalierende Nazi-Skins aufforderte ihre Kneipe zu verlassen, wurde sie mit einem Axtstiel verletzt. Gäste, die der Wirtin zu Hilfe kommen wollten, werden mit Gasrevolvern beschossen. Die Polizei beschlagnahmte Schlagstökke, Schreckschusspistolen und Abschußbecher für Leuchtraketen.

Das Verhalten der Göttinger Polizei, die es anscheinend gerne sieht wenn Nazis Autonome angreifen, sorgt mit ihrem Nichteingreifen gegen randalierende Nazis und dem Schutz, den sie ihnen noch vor den Autonomen gewähren, für eine Ausbreitung faschistischer Gewalt und Terrors.



Im Januar erscheint eine umfangreiche Dokumentation zu den Ereignissen um und nach Connys Tod und zu antifaschistischen Widerstand in Göttingen. Darin enthalten ist alles, was seit der Verhinderten DVU-Veranstaltung am 16.6. biis heute in der Stadt und Region Göttingen gelaufen ist. Zu bestellen und zu beziehen ist diese Dokumentation beim:

Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10
34oo Göttingen

CHRONOLOGIE:
GÖTTINGEN UND UMGEBUNG

Sommer 1989: In Hann.-Münden wird die **'Wehrsportgruppe Stahlhelm'** von der Polizei ausgehoben. Es wurde ein umfangreiches Waffenlager, Sprengstoff und Nazi-Propagandamaterial gefunden. Nur wenige Wochen später werden die Ermittlungsverfahren wegen "Bildung einer kriminellen Vereinigung" eingestellt, d.h. aus einer terroristischen Nazi-Bande wird eine Ansammlung von Einzeltätern.

22. Juli: Im Steinbruch bei Wiershausen (Nähe Hann.-Münden) feierten ca. 50 Faschisten. Aus einem Kornfeld heraus beschossen sie einen vorbeifahrenden Streifenwagen mit scharfer Munition. Die Täter entkamen. Erst Wochen später wurde der bekannte FAP-ler Stefan Koller unter dem Verdacht festgenommen er sei einer der Schützen gewesen. Er wurde jedoch wegen Mangel an Beweisen freigesprochen. Mittlerweile wird nicht mehr wegen "scharfer Schüsse ermittelt", es sollen auf einmal nur Platzpatronen gewesen sein.

9. September: An diesem Nachmittag und Abend fanden mehrere Überfälle von Faschisten und Nazi-Skinheads auf Passanten, Kneipenbesucher und Linke statt. So wurde eine Frau auf den Schillerwiesen von 10 vermummten Nazis, die sich aus einer Gruppe von 30 Nazis lösten, mit Baseballschlägern angegriffen. Ein Disco-Besucher wurde bei einem weiteren Überfall mit einem Tschako verletzt, das Juzi wurde mit Signalmunition beschossen, zum Ende schlugen die Nazis noch eine 17-jährige Frau mit Baseballschlägern zusammen.

10. September: Auf ein von Linken bewohntes Haus im Siekweg (Grone) wurde in der Nacht zum 11.9. ein Brandanschlag verübt. Zuvor waren von den Faschisten Fahrradreifen zerstochen, Autos zerkratzt und antifaschistische Aufkleber abgerissen worden.

22. September: 30 Faschisten trieben sich unter den Augen der Polizei in der Stadt herum. Sechs von ihnen randalierten in den frühen Morgenstunden vor dem Juzi und werden erst festgenommen und abtransportiert, als sich die Leute aus dem JUZI mit Steinen verteidigten. Bei einem der Faschisten fand die Polizei eine Brieftasche, die am Abend zuvor einer Taxifahrerin gestohlen worden war.

23. September: Am Samstagabend rotteten sich etwa 60 (Nazi-)Skinheads - zum Teil aus anderen Städten angereist - in Göttingen zusammen. Gegen 18 Uhr hielten einige von ihnen auf der Herzberger Landstraße Autos an und führten 'Personenkontrollen' durch. Später versuchten sie unter den Augen der Polizei in die Innenstadt zu gelangen. Auf das "Junge Theater" gab es einen Brandanschlag, nachdem einem Skinhead zuvor Hausverbot erteilt worden war.

24. September: Am Bahnhof wurde gegen Mittag ein Kameruner von Nazi-Skins als *"Nigger"* beschimpft und zusammengeschlagen.

11.Oktober: (Nazi-)Skins randalierten im Jugendzentrum Weende. Sie warfen Scheiben ein und bedrohten MitarbeiterInnen des Jugendzentrums.

17. November: Conny wurde von der Polizei in ein fahrendes Auto und damit in den Tod getrieben (siehe Augenzeugenbericht).

18. November: In dieser Nacht, in der die gesamte Stadt voller Polizeiwagen aus ganz Norddeutschland war, sprühten die Neo-Nazis dreist in der Innenstadt Parolen wie *"Conny war die Erste"* und *"Tote Conny, gute Conny - wir fordern mehr Polizei"* an Häuserwände, beschossen ein Studentenwohnhaus unter Gegröhle von Nazi-Parolen mit einer Gaspistole und zündeten an einer Kneipe ein Plakat an, das von dem Mord an Conny berichtete.

24. November: Brandanschlag auf drei Häuser am Kreuzbergring in Göttingen. Nach Aussagen der Feuerwehr wären die Menschen im Haus Nr.16 allesamt getötet worden, wenn das Feuer nur 5 Minuten später entdeckt worden wäre. Zum Zeitpunkt der Brandanschläge wurden in unmittelbarer Nähe ca. 15-20 Faschisten gesehen.

25. November: Demo mit fast 20.000 Menschen (siehe Bericht). Nach der Demo wurde ein 16-jähriger von einem bisher Unbekannten mit einem Messer angegriffen und lebensgefährlich verletzt. Nach Augenzeugenberichten handelt es sich bei dem Täter aller Wahrscheinlichkeit nach um einen Skinhead. Bezeichnenderweise wurde dieser Mordversuch erst vier Tage später über die Presse veröffentlicht, nachdem ihn das Juzi-Plenum in einer Stellungnahme publik gemacht hatte.

9. Dezember: Aufmarsch von 80 FAP-lern durch die Göttinger Innenstadt. Ziel war das Juzi, das sie mit Flaschen, Steinen und Signalmunition angriffen. (Siehe Bericht)

12. Dezember: Eine Gruppe Nazis griff Autonome mit Gaspistolen, Signalmunition und Stahlruten im Göttinger Amtsgericht an.

ANFANG DEZEMBER 89 ERSCHIENEN IN MEHREREN WESTBERLINER TAGESZEITUNGEN EINE HALBSEITIGE ANZEIGE UNTER DER ÜBERSCHRIFT "DEUTSCHE FÜR DEUTSCHE". DER SCHUH-LEISER-ERBE UND UNTERNEHMER DIETRICH BAHNER RIEF ZU EINER SPENDENAKTION AUF, MIT DER U.A.MEDIZINISCHES GERÄT UND MEDIKAMENTE FÜR DIE DDR BESCHAFFT WERDEN SOLLTEN. SCHIRMHERRSCHAFT FÜR DIE AKTION HAT DIE SPD-SENATORIN INGRID STAHMER ÜBERNOMMEN. UNTERSTÜTZT WIRD DAS GANZE U.A. DURCH JÜRGEN WOHLRABE (CDU), ALEXANDER LONGOLIUS (SPD) UND DER DRESDNER BANK. DER MITTLERWEILE VON BAHNER GEGRÜNDETE VEREIN "EUROPÄISCHE FRIEDENSINITIATIVE - DEUTSCHE FÜR DEUTSCHE E.V." BEGNÜGT SICH NICHT DAMIT, PRESSEWIRKSAM HILFE FÜR DIE DDR ZU LEISTEN, SONDERN KÜMMERT SICH UM DIE SOWJETUNION GLEICH MIT.

"DEUTSCHE FÜR DEUTSCHE"

Anfang Januar dieses Jahres organisierte die sowjetische Nachrichtenagentur NOWOSTI eine Pressekonferenz für **Dietrich Bahner**, der denn auch gleich noch für seinen halbleeren Autokonvoi nach Moskau ein Blanko-Gruppenvisum für eine unbestimmte Menge an Menschen und Waren erhielt (ein Novum in der deutsch-sowjetischen Beziehung). Daß diese "Hilfe" (es wurden z.B.Kisten mit Kuscheltieren transportiert) möglicherweise mehr als Hilfe für den Unternehmer und Politiker Bahner gedacht sein könnte und welche Interessen da noch im Spiel sind, wird deutlich, wirft mensch einen Blick hinter die Kulissen.



DAS VERMÖGEN DER BAHNERS

Der 1913 in Oberlungwitz bei Chemnitz geborene Vater von Dietrich Bahner, **Dietrich Bahner sen.**, arisierte Mitte der 30er Jahre die jüdische Firma Leiser. Als 1945 die Rote Armee näher rückte, schaffte er riesige Schuhbestände in den Westen, wo er mit diesen Waren als Startkapital, nach kurzer Verbüßung einer Gefängnisstrafe, wieder expandieren konnte. Er kaufte die Dorndorf-Werke und die bekannte Strumpffabrik Elbeo auf. Elbeo war ein Großunternehmen mit Verbindungen zu wichtigen in- und ausländischen Banken, darunter die Deutsche Bank, die Dresdner Bank, die Fugger-Bank, Damit setzte sich der Aufstieg des Unternehmers fort, Bahner sen. wurde Teilhaber der 'Fürst-Fugger-Babenhausen-Bank', die wiederum Verbindungen zu ansehnlichen amerikanischen Finanz- und Börsenunternehmen besaß.

Bahner sen. war bereits 1946 Mitglied der FDP geworden und brachte es 1967 zum Landesvorsitzenden in Bayern, was er bis zu seinem Parteiaustritt 1970 auch blieb. Als sich in der FDP die Befürworter einer Entspannungspolitik gegenüber Osteuropa durchsetzten, trat er gemeinsam mit **Siegfried Zoglmann** (siehe Kasten S. 32) aus der Partei aus. Sie gründeten 1970 zunächst die **'National-Liberale Aktion'** (NLA) und in deren Nachfolge 1971 die **'Deutsche Union'** (DU). Von 1971-74 war Bahner sen. stellvertrender Bundesvorsitzender und Landesvorsitzender der DU in Bayern. Bei

der Gründung der DU arrangierte Bahner sen. ein Treffen zwischen **F.J.Strauß**, zu dem er freundschaftliche Kontakte besaß, und Zoglmann. Beabsichtigt war die Beteiligung der DU an Wahlen als Koalitionspartner der CDU/CSU. Dies scheiterte zwar zunächst, aber Bahner sen. gab nicht auf: 1975 war er Mitgründer und Bundesvorsitzender der **'Aktionsgemeinschaft Vierte Partei'** (AVP).

An der Bildung dieser AVP waren, nach Vorgesprächen mit F.J.Strauß, solche Organisationen wie die 'Freie Republikanische Partei', die 'Deutsche Soziale Volkspartei', die 'Liberal-Soziale Union' und der 'Bund Freies Deutschland' (BFD) u.a. beteiligt. Für eine rechts von der CDU stehende überregionale Partei rechneten sie sich nach dem Wahlerfolg des BFD in Westberlin (1975: 3,4%) gute Chancen aus. Bestärkt wurden sie darin durch eine Wählerumfrage des Wickert-Instituts. Das Projekt, quasi als Vorläufer der **'Republikaner'**, scheiterte jedoch an innerer Zerstrittenheit. Die meisten daran beteiligten gingen darauf zur CSU oder CDU, von wo aus nur wenig später der - diesmal erfolgreiche - nächste Versuch einer rechten Sammlungspartei rechts von CDU/CSU gestartet wurde.

Bahner sen. war weiterhin Mitglied in der **'Paneuropa-Union'** (siehe Artikel auf S. 34) sowie in den siebziger Jahren im Vorstand des **'CDU-Wirtschaftsrates'**, in dem die Creme der bundesdeutschen Kapitalisten versammelt war. Bahner sen. starb 1987 und hinterließ seinem Sohn die Firma Leiser.

SIEGFRIED ZOGLMANN - EIN DOITSCHER POLITIKER



Der Lebenslauf des Siegfried Zoglmann gibt Aufschluß über eine gar nicht so seltene Karriere aus dem Umkreis der Familie Bahner: Zoglmann ist 1913 in der heutigen CSSR geboren. Seit 1928 Mitglied der nationalsozialistischen Organisationen der Tschechoslowakei, 1933 Gefängnisstrafe wegen verbotener nationalsozialistischer Aktivität, 1934 Flucht nach Deutschland und Mitgliedschaft in der NSDAP, HJ-Führer, bis 1939 Amtsleiter in der Reichsjugendführung, von 1939 an im "Protektorat Böhmen und Mähren", oberster Führer der Hitlerjugend und Abteilungsleiter beim Reichsprotektor K.H.Frank in Prag.

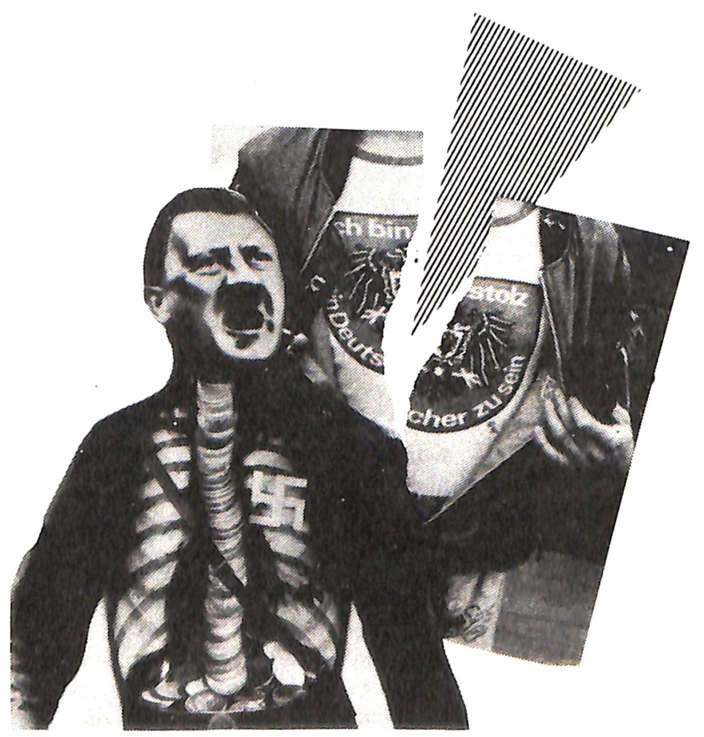
1940 erbat und erhielt Zoglmann von Himmler persönlich die Erlaubnis, SS-Führer zu werden. Er gehörte der SS-Leibstandarte "Adolf Hitler" an. 1945 Mitglied der Nordrhein-westfälischen FDP und der **'Sudetendeutschen Landsmannschaft'**. 1949 Mitgründer des **'Witikobundes'**. 1950 Pressereferent des Landesverbandes NRW der FDP, Landesvorstandsmitglied. Inhaber der Werbeagentur **'Interwerbung'**. Von 1954-58 Mitglied des Landtags von NRW, von 1957-76 Mitglied des Bundestags (ab 1972 als Mitglied der CSU-Landesgruppe).

Gründet mit Bahner sen. 1970 die **'National-Liberale Aktion'** (NLA). Von 1971-74 Vorsitzender ihrer Nachfolge-Organisation, der Deutschen Union (DU). Danach als Lobbyist für die Interessen der südafrikanischen Rassisten (u.a. Waffenkäufe) in der BRD tätig. Bis 1988 hielt er den Vorsitz der 'Sudetendeutschen Landsmannschaft' in Bayern.

Aus seiner NS-Zeit stammt von ihm das Buch *"Jugend erlebt Deutschland"*, in dem zu lesen ist: *" Deutschland lebt in den marschierenden Kolonnen der SA und im Gleichschritt der jungen Wehrmacht."*

WIE DER VATER SO DER SOHN

Der 1939 geborene Dietrich Bahner **jun.** war zunächst Mitglied der CDU, in der er es immerhin bis zum Bezirksvorsitzenden im Wedding und Mitglied im Bundestag brachte. Nach einigem Parteigezänk, bei dem seine ins Gerede gekommenen Altenheim-Geschäfte eine Rolle spielten, trat er 1984 aus der CDU aus. Nachdem er sich für einiges Geld ein Gutachten über mögliches Wählerpotential beim Wickert-Institut eingeholt hatte, startete er noch 1984 im Alleingang den Aufbau einer neuen Partei, mit der er nationalistische und grünbürgerliche Wählerstimmen gewinnen wollte. Die Partei **'Demokratische Alternative'** (DA), mit dem Beinamen **'USA'** (für Umweltschutz, Steuerzahler, Arbeitsplätze) trat im März 85 zu den Berliner Abgeordnetenhauswahlen an und erhielt auf Anhieb 1,3% der Stimmen.



Einige Stellen aus den Wahlschwerpunkten der DA vom Januar 85: *"Sofortige und schärfste Maßnahmen zur wirkungsvollen Bekämpfung des Schein- und Wirtschaftsasylantenunwesens in Berlin"*, *"Schrittweisen Abbau des Ausländeranteils, insbesondere der Nichtintegrationswilligen"* oder *"Konsequenten Ausbau der Deutschland- und Berlinpolitik"* und *"Die deutsche Frage ist nicht nur offen, sondern muß...auch wieder Thema der internationalen Politik werden"*.

Von den markigen Sprüchen angezogen, sammelten sich prompt auch Mitglieder der rassistischen **'Bürgerinitiative Demokratie und Identität'** (BDI) in der DA. Bahner verkündete damals, daß er sich als *"alternativer Arbeiterführer"* fühle. Zu den nächsten Wahlen (Jan.89) kandidierte die 'Demokratische Alternative' nicht mehr. Bahner scheint - zumindest vorrübergehend - das Interesse daran verloren zu haben. Auf dem Listenplatz kandidierte nun die **'Demokrati-**



sche Allianz' (DA), die die Nachfolge der alten DA antrat.

Dietrich Bahner ist auch politisch kein unbeschriebenes Blatt und keineswegs, wie es in der Anzeige steht *"...seit 5 Jahren parteilos..."*. Die Verbindungen zur Dresdner Bank, mit ihren ebenfalls einschlägigen Erfahrungen (siehe Kasten) sind wohl genauso wenig Zufall.

"WAS DIE WEHRMACHT NICHT SCHAFFT"

Die Verbindung von Spendenaktionen und Geschäft scheint sich für Bahner zu lohnen, denn schon einmal, Mitte der achtziger Jahre, sammelte er mit dem Verein ***"Berlin hilft"*** Gelder für die III.Welt. Zur gleichen Zeit versuchte der Altenheimbetreiber mit Flüchtlingsheimen ins Geschäft zu kommen. Seinen Aufenthalt im Januar in Moskau nutzte Bahner, der dort auch im Fernsehen auftreten konnte, seine Gesprächspartner auf Investionsmöglichkeiten und Joint-ventures anzusprechen. Konkrete Vorschläge, etwa zu Hotels und Autowerkstätten, hatte er schon in der Tasche.

Bahner kündigte an, die Aktion fortzusetzen und wiederzukehren. Dann ist er in Moskau kein Unbekannter mehr und seine Aussichten ins Geschäft zu kommen, wären ungleich besser. Da stören solche Äußerungen, wie sie vor der Fahrt im Zusammenhang mit dieser fielen, auch nicht. In der Taxiinnung, die die Fahrer für den Autokonvoi organisiert hat, hieß es: *"Was die Wehrmacht nicht geschafft hat, schaffen wir in dreißig Stunden"*. Leider wahr!

"NACH DEM ERSTEN DEUTSCHEN TANK, KAM DIE DRESDENER BANK"

(Refrain aus einem tschechoslowakischen Widerstandslied)

Schon vor der Unterstützung der Bahner-Aktion 'Deutsche für Deutsche' hatte die Dresdner Bank in einer ganzseitigen Zeitungsanzeige am 25.11.89 unter einem Foto vom Brandenburger Tor angekündigt, *"Verantwortung"* zu übernehmen und auch schon den Rahmen abgesteckt: *"Wir alle brauchen deshalb ganz Europa für den Neuanfang"*.

Am 16.1.90 schob die Bank in der selben Aufmachung eine wiederum ganzseitige Anzeige nach. Unter der Siegesmeldung *"Jetzt auf beiden Seiten des Brandenburger Tores"* und einem Foto von diesem folgt die Information, daß die Bank in Dresden (!) und in Ost-Berlin Büros eingerichtet hat. Angestrebt werden neben geschäftlichen Kontakten und Investitionen Seminare in *"Ost und West"*. Zum Schluß heißt es da: *"Wir freuen uns auf die neuen Aufgaben"*. Was die Bank damit meinen könnte, läßt sich erahnen, guckt mensch sich die Geschichte der Bank an.

In der Weimarer Republik unterstützte der Direktor Dr.Frisch die Schaffung eigener deutscher Kolonien. Nach 1933 war die Bank bei der "Arisierung der Wirtschaft", der gewaltsamen Enteignung von jüdischem Besitz und Einkommen, innerhalb des Reiches führend. Gleichzeitig finanzierte sie die Kriegsvorbereitungen (Ausbau der Luftwaffe, Hermann-Göring-Werke) kräftig mit. Dafür wurde die Bank von den Nazis nach 1939 an der Ausplünderung Europas beteiligt.

Die Dresdner Bank bediente sich dabei nicht immer gerade feiner Methoden: *"Erpressung, Betrug, Gewalt und Druck auf die Behörden des Protektorats gehörten zu den Methoden, die sie in den eroberten tschechischen Provinzen einsetzte"*, heißt es in einem kurz nach Kriegsende von US-Beamten erstellten Bericht (O.M.G.U.S.- Ermittlungen gegen die Dresdner Bank). Und weiter ist dort zu lesen: *"Keine andere große Geschäftsbank in Deutschland war so rückhaltlos in ihrer Politik, ihrem Personal und ihren Praktiken auf den Nationalsozialismus eingeschworen wie die Dresdner Bank"*.

Rationalisierungsexperten dieser Bank modernisierten die betriebswirtschaftlichen Methoden des SS-Konzerns, der die wirtschaftliche Ausbeutung der KZ-Häftlinge betrieb. Sie hat damit eine Mitschuld an der 'Vernichtung durch Arbeit'. Heute ist das nach der Deutschen Bank größte bundesdeutsche Bankunternehmen u.a. in Südafrika und Namibia engagiert. Mitte der achtziger Jahre war die Dresdner Bank nach Aussage einiger Aktionäre an Anleihen für Südafrika beteiligt, und zwar zugunsten von strategisch-militärisch wichtigen Staatsunternehmen dort. Über ihre zahlreichen Tochtergesellschaften war sie weiterhin an der illegalen Uran-Verschiebung aus Namibia beteiligt.

DIE 'PAN-EUROPA-JUGEND DEUTSCHLAND E.V'. MOBILISIERTE ANFANG NOVEMBER '89 MEIST AHNUNGSLOSE JUGENDLICHE ZU IHRER TAGUNG IN WESTBERLIN. ZU IHRER TAGUNG UND DAZU WER HINTER DIESER JUGENDORGANISATION STECKT, BEKAMEN WIR FOLGENDEN ARTIKEL ZUGESCHICKT:

PANEUROPÄISCHE RATTENFÄNGER

Am 4.11.1989 verloren sich einige Dutzend AntifaschistInnen vor dem Reichstag, um gegen den Bundeskongreß der **'Paneuropa - Jugend - Deutschland e.V.'** (PEJ) zu protestieren. Dieser Kongreß fand unter dem Motto *"Deutsche Frage - Europäische Antwort"* im *"geteilten Berlin"* statt, weil, wie im Programm lapidar aber prophetisch verkündet wurde, *"die deutsche und europäische Wiedervereinigung ... plötzlich brennend aktuell"* wurde, so daß es die PEJ es für bedeutsam erachtete, sich an diesem geschichtsträchtigen Ort *"mit dieser historischen Chance der Paneuropa-Bewegung"* zu befassen.

Daß sich hinter solchen Worthülsen nicht nur eine mit faschistoiden Elementen durchtränkte Ideologie, sondern ein weitreichendes Netz politischer Aktivität der schwarz-braunen Europastrategen Deutschlands verbirgt, wird deutlich, wenn man den Kontext dieses Kongresses genauer unter die Lupe nimmt. Dazu gehört besonders die Aufdeckung, daß die PEJ zu einer Vielzahl von Vereinigungen gehört, die scheinbar vereinzelt aktiv und daher auch scheinbar unbedeutend sind.

Wirklich sind sie aber nur Teile eines Organisationszusammenhanges, durch den wenige, aber politisch einflußreiche Funktionäre ihre Macht entfalten. Darum muß die Protestaktion vor dem Reichstag z.B. in direktem Zusammenhang mit der Erstürmung des Podiums der **'Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte'** (IGfM) während des letzten Kirchentages gesehen werden.

Zumindest den Funktionären des Kongresses muß dies deutlich bewußt gewesen sein. So läßt sich das massive Polizeiaufgebot am Reichstag und die geradezu paranoid erscheinenden Einlaßkontrollen erklären. Andererseits war bereits am Vorabend die, dreisterweise mitten im Kreuzberger Kiez, geplante Bundesversammlung der PEJ militant verhindert worden. Die Scheiben des Veranstaltungslokales gingen zu Bruch und eine Tränengasgranate wurde hineingeworfen. So mußte der *"Berliner Abend mit gemeinsamen Essen"* mit tränenden Augen ausfallen.

Zurück zum Reichstag: Die dort stattfindenden Veranstaltungen waren eine groß angelegte Indoktrination von ca. 340 Schülern und Schülerinnen aus der BRD. Sie wurden mit einem billigen Wochenende in Berlin für 30,- DM geködert, um sie dann mit Vorträgen voll zu labern.

Die Palette der Vorträge reichte von *"Deutsche Geschichte in der Mitte Europas"*, *"Mitteleuropa im Umbruch"* über die *"Konzepte für eine Neuordnung Mitteleuropas"* bis zu *"Was kommt nach der Teilung ? - Gesamtdeutschland und Paneuropa !"*. Welche üble Rattenfängerei mit den Schülern und Schülerinnen betrieben worden ist, wurde in Gesprächen während der Kundgebung deutlich. Obwohl sie zum Teil mit unserer Gegenveranstaltung sympathisierten, waren sie zur Teilnahme an den Vorträgen gezwungen, da sie sonst 90,- DM Strafe hätten zahlen müssen. So legte es eine Art Vertrag fest, den sie unterschreiben mußten.

Hierbei fiel allerdings auf, daß der von der PEJ betriebene Aufwand und die damit verbundenen Kosten unverhältnismäßig hoch erschienen, wenn es wirk-



lich nur um die "Belehrung von 340 Schülern und Schülerinnen gegangen wäre. In Wirklichkeit bildeten sie aber nur Staffage für einen Jugendverband, der keiner ist. Dem Schein nach ist die PEJ die Jugendorganisation der **'Paneuropa - Union Deutschland e.V.'**, d.h. der deutschen Sektion der **'Internationalen Paneuropa - Union'** (PEU), einer schon 1923 gegründeten reaktionären Vereinigung zur Propagierung einer imperialistischen europäischen Gemeinschaft.



1973 gelangte mit Präsidentschaft von **Otto von Habsburg** ein Mann an die Spitze der PEU, der ein zentraler Repräsentant der rechtsextrem-faschistoiden Politikerkaste Europas ist. Durch die Bedienung seiner Klientel, die sich zu großen Teilen aus den revanchistischen Vertriebenenverbänden rekrutiert, mit einflußreichen Positionen in der PEU, wurde diese zu einem einflußreichen Machtzentrum ausgebaut. (Schon 1979 saßen ca. 40 PEU-Mitglieder im Europaparlament. Unter ihnen auch der Spitzenkandidat der CSU Otto von Habsburg. Europaweit hatte die PEU 1980 200.000 Mitglieder, darunter auch Faschisten aus Italien und Spanien.) Die erwähnte Politikerkaste betrieb in den 70er Jahren eine Politik der Auffächerung in unscheinbare Organisationen:

1972 die **'Gesellschaft für Menschenrechte'** (GfM), seit 1981 'Internationale Gesellschaft für Menschenrechte' (IGfM), ebenfalls 1972 das **'Institut für Demokratieforschung'** (IfD), 1975 die 'Paneuropa - Jugend Deutschland' (PEJ), 1977 die **'Ludwig - Frank -Stiftung für ein freiheitliches Europa'**, im selben Jahr das **'Christlich - Paneuropäisches Studienwerk'** (CPS) und das **'Brüsewitz-Zentrum'**. Mit schwammigen, parolenhaften Programmen und schier unüberschaubaren personellen Verflechtungen wurde ein nebelhafter Raum geschaffen, in dem das Kapital und rechte Ideologen relativ frei kooperieren konnten.

Beispiele:

1. Bündnispartner der PEU/PEJ ist u.a. die **'Deutschland - Stiftung'**. Über das Hauptpresseorgan dieser Stiftung "bestehen gute Verbindungen u.a. zum Springer-Verlag, Gerling-Konzern und zur AEG" (Arbeitskreis Nicaragua 1987).

2. Am 7. Kongress des **'Europäischen Dokumentations- und Informationszentrums'** (CEDI), dessen Präsident natürlich Otto von Habsburg heißt, nahmen u.a. Vertreter der Deutschen Bank AG, der Allianz-(Versicherung) und des Malteserhilfsdienstes teil. Zur deutschen Sektion des CEDI gehören u.a. Abs (Deutsche Bank AG) und Menschel (Siemens AG).

Da es die Funktion der geschaffenen Organisationen zu sein scheint, nur der Deckmantel der ideologischen Arbeit zu sein, läßt sich ihre politische Bestimmung nur durch Untersuchung der Aktivitäten ihrer Repräsentanten verdeutlichen. Da die PEU in diesem Spiel praktisch der Kleister ist, der das Ganze zusammenhält und die meisten Fäden dieses Netzes bei Otto von Habsburg zusammenlaufen, kann er hier als bestes Beispiel dienen. Zuletzt tauchte er als designierter Kandidat für das Amt des ungarischen Staatspräsident in den Schlagzeilen auf.

Bereits 1973 wurde er im Franco-Spanien für das Amt des Ministerpräsidenten vorgeschlagen. Seine politische sind klerikal-faschistisch, oder wie er es nennen würde *"anti-bolschewistisch"*. Zum Aufstand in Ungarn 1956 äußerte er: *"Trotz der bitteren Leiden der Gegenwart wissen wir, daß eine schönere Zukunft angebrochen ist. Wir wissen, daß das Reich des heiligen Stephan frei sein wird. Wir vertrauen auf die Hilfe des Allmächtigen und auf die Gerechtigkeit unserer Heiligen Sache. (...) Es lebe das Vaterland! Es lebe das freie Ungarn!"* Habsburg ist entschiedener Gegner der Befreiungsbewegungen in den afrikanischen Staaten und unterstützt das Apartheidsregime: *"Das System der 'großen Apartheid' ... gibt auch Schwarzen die Möglichkeit, in Spitzenstellungen aufzusteigen"*.

1978 tritt er für ein neues Ermächtigungsgesetz ein: Im Falle einer atomaren Erpressung durch *"Terroristen"* soll *"alle Macht, ohne Verzug ... auf neun Monate an eine einzige Person übertragen (werden). Dieser Mann sollte, nur für die Zeit des Notstandes, das Recht haben, sämtliche Gesetze zu suspendieren und alle Maßnahmen zu ergreifen, die für die Erhaltung des Lebens der Bevölkerung notwendig sind. (...) Mit dem Staatsnotstand tritt er automatisch an die Stelle des Kanzlers. (...) Es muß den Terroristen klargemacht werden, daß in einem kritischen Augenblick nur ein einziger Finger am Abzug sein wird"*. Darüber hinaus beinhaltet dieser *"Notstandsplan"* die Einführung von Schnellgerichten und der Todesstrafe.

Was ist die Funktion der Paneuropa - Jugend in diesem braunen Schlamm? Jürgen Pomorin schrieb am 1.8.1980 in der "TAT": "Die Jugendorganisation der Paneuropa - Union (PEJ) kann allerdings im Gegensatz zur PEU nicht unter den Vertriebenenverbänden und Landsmannschaften landen. Sie ist so rechts, daß sogar die revanchistische 'Deutsche Jugend für Europa' (früher DJO - Jugend des Ostens) einen Unvereinbarkeitsbeschluß gefaßt hat. Im Mai 1980, bei den Europatagen der PEU, kann ich die profaschistischen Tendenzen selbst miterleben. Nach etlichen Flaschen Wein fallen im gemütlichen Kreis alle Hemmungen. *"Wir füllen unser Schwimmbad mit dem Blut*

der SPD", singen meine Tischnachbarn mit lauter Stimme in einer Weinkneipe in Passau. *"Unser Lieblingslied"* wird mir versichert."

Die Rednerlisten der PEJ - Kongresse unterscheiden sich in keiner Weise von denen der PEU. Im Reichstag sprachen u.a. **Prof. Dieter Blumenwitz** (hat intime Beziehungen zum chilenischen Geheimdienst DINA, hat maßgeblich an der faschistischen chilenischen Verfassung mit gearbeitet, u.v.m.), **Hartmut Koschyk** (Generalsekretär des **'Bundes der Vertriebenen' - BdV**), **Siegbert Alber** (Vizepräsident des Europaparlamentes und der PEU - Deutschland, hat engen Kontakt zu italienischen Faschisten u.a. aus der **MSI**) und der unvermeindliche Otto von Habsburg. Für diesen Kongreß versuchte die angebliche Jugendorganisation zweimal bei der 'Bundeszentrale für politische Bildung' Gelder locker zu machen - allerdings erfolglos.

Nicht zuletzt spricht der Reichstag als Veranstaltungsort für sich. Durch seine günstige Lage bot er die Gelegenheit, einen *"Gottesdienst für die Opfer des SED-Regimes"* mit anschließender Kranzniederlegung an der Mauer abzuhalten.

Die Ausnutzung der wehrlosen Opfer für die Selbstbeweihräucherung der Revanchisten hat Tradition in PEJ-Kreisen. Die Selbstverbrennung des DDR-Geistlichen Oskar Brüsewitz im Jahre 1976 benutzte man, um zur Gründung eines **'Dokumentations- und Informationszentrum für aktive Menschenrechts- und Deutschlandpolitik'** aufzurufen. Diesen Aufruf unterschrieben große Teile der CDU, u.a. **Blüm, B.Vogel, Stoltenberg, Albrecht, Filbinger** (zeitweise Landesvorsitzender der PEU), **Laurien, Wissmann, Geißler** und **Strauß**.

Auf den Einspruch der Witwe des Pfarrers gegen die diese Entstellung des Andenkens ihres Mannes, reagierte Otto von Habsburg zynisch: *"Pastor Brüsewitz gehört durch seinen Tod uns allen, denn er hat sich ja nicht wegen seiner Familie verbrannt, er hat ein Fanal und ein Zeichen setzen wollen, um alle Christen zu ihrer Pflicht aufzurufen..."*. Im übrigen diente das Brüsewitz-Zentrum auch nur der Tarnung einer Sammlungsbewegung des Antikommunismus unter dem Mäntelchen von Christentum und Menschenrechten.

Das vor der Mauer geplante Hochamt der Heuchelei konnte durch Parolen und absingen der Internationale erheblich gestört werden. Die Teilnehmer und TeilnehmerInnen dieser Aktion, die sich auf dem Hoheitsgebiet der DDR befanden, wurden danach noch einige Kilometer von Bullen verfolgt.

Abschließend läßt sich sagen, daß diese Reichstagsveranstaltung der PEJ eine spezifische Bedeutung gewinnt, wenn man sie im Kontext der Pläne zum europäischen Binnenmarkt 1992 betrachtet. Da dieser Zusammenhang hier nicht weiter erörtert werden kann, sei auf den Artikel "EG - Binnenmarkt 1992" in der Interim Nr. 80, vom 23.11.1989 verwiesen.

Quellen:

"Wer mit Wem ? Braunzone zwischen CDU/CSU und Neonazis, ein Nachschlagewerk für Antifaschisten", Hrsg.: KB - Hamburg, 1981;

"Propagandisten des Krieges / Hintermänner der Contra: Internationale Gesellschaft für Menschenrechte", Hrsg.: Arbeitskreis Nicaragua, Wuppertal 1987;

"Einschlägige Beziehungen von Unionspolitikern", Hrsg.: A.Meyer / K.-K.Rabe, Bornheim - Merten 1980;

Interim Nr.:79, 80;



'ROT'-GRÜNER "FORTSCHRITT" IM RÜCKWÄRTSGANG

ZUR AUSLÄNDERPOLITIK DES WESTBERLINER SENATS

Eine neue Linie in der Ausländer- und Flüchtlingspolitik wollte der SPD/AL Senat nach der Wahl im Januar in Westberlin durchsetzen. Das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen diente als Grundlage für eine Dienstanweisung vom 20.6.89 an die Ausländerbehörde. Darin wurde die aufenthaltsrechtliche Situation von ehemaligen AsylantragstellerInnen und von AusländerInnen ohne Rückkehrmöglichkeiten geregelt. Diese Weisung versprach einem Teil der Flüchtlinge eine gewisse Lebensperspektive und eine Verbesserung ihrer katastrophalen Lebenssituation. Sie blieb allerdings weit hinter den Versprechungen der AL nach generellem Bleiberecht bzw. Abschiebestopp zurück. Zweifellos aber war diese Neuregelung ein Fortschritt gegenüber der Praxis des alten CDU/FDP-Senats, dessen Politik von Abschiebung und Schikane geprägt war.



Ab jetzt sollten AusländerInnen aus dem Iran, Libanon, Afghanistan, Äthiopien und Sri Lanka sowie Kurden und Palästinenser eine Aufenthaltserlaubnis erhalten. Ebenso sollte den Frauen, die wegen ihres Geschlechts im Herkunftsland verfolgt waren, der Aufenthalt gesichert werden. Nach Bekanntwerden der Weisung überschlugen sich die Rechten mit ihrer Hetzpropaganda.

Die Reps und CDU begannen eine Unterschriftensammlung für ein Volksbegehren für Neuwahlen. Das CDU-Konstrukt "Mekka für Straftäter in Westberlin" griff die Springerpresse in groß aufgemachten Schlagzeilen begierig auf. Herr Wruck, der ausländerpolitische Sprecher der CDU rief die Behörde zum Boykott der Weisung auf. Die SPD machte sogleich einen Rückzieher. Momper versprach eine Kurzlebigkeit der Weisung, da der angekündigte neue Ausländererlaß diese Regelung hinfällig werden läßt. Mit dieser angeheizten Stimmung im Rücken ging die Ausländerbehörde in die Offensive. In zwei Schreiben an die Senatsinnenverwaltung warnte sie vor "Ausländerfluten" und drängte zu Verschärfungen und Einschränkungen. Das daraufhin stattfindende Gespräch zwischen Behörde und Senatsinnenverwaltung hatte als Ergebnis interne Anweisungen, die die aktuelle Regelung außer Kraft setzten.

Anstatt sich der bekanntermaßen ausländerfeindlichen Behörde entgegenzustellen und die Einmischung in politische Kompetenzen zurückzuweisen, wurden ihre "Anregungen" bereitwillig aufgenommen. Daraufhin hagelte es Abschiebungsandrohungen und Ausreiseaufforderungen an Flüchtlinge aus allen Ländern, die im Vertrauen auf den SPD/AL Senat ihre Asylanträge zurückgenommen haben. Schutz vor Abschiebungen versprach Staatssekretär Borrman, der jeder Abschiebung persönlich zustimmt. Aus dem Recht auf Aufenthalt wurde die Möglichkeit der Gnadengewährung eines Staatssekretärs. Der Koalitionspartner AL erfuhr anfangs nur inoffiziel von der Entwertung der Flüchtlingsweisung. Aber statt die daraufhin einsetzenden Protestaktionen von Flüchtlingsinis und Rechtsanwälten zu unterstützen, wurde von der AL versucht jegliches öffentli-

ches Interesse abzuwürgen. Falschmeldungen und verfrühte Entwarnungen hatten insgesamt demobilisierenden Charakter.

Fast alle Beratungsstellen und auch viele Flüchtlinge hatten Vertrauen in die Scheinverhandlungen zwischen AL und SPD. Diese Beschwichtigungsversuche hatten den Effekt, daß sich die meisten abwartend verhielten. Jedoch bildete sich ein Bündnis von Einzelpersonen, Beratungsstellen und Rechtsanwälten, die erkannten, daß es unbedingt notwendig ist, sich außerhalb der AL zu organisieren. In verschiedenen Aktionen versuchte das Bündnis auf die Machenschaften um die Weisung aufmerksam zu machen. Als die endgültige Bruchlandung der Weisung nicht mehr zu verheimlichen war, drang kein Sterbenswörtchen der Selbstkritik, geschweige denn ein Überdenken der letzten Zeit in die Öffentlichkeit. Die AL scheute sich noch nicht mal ein Flugblatt in Umlauf zu geben, in dem Westberlin als Stadt der offenen Grenzen gepriesen wird und in der außereuropäischen Flüchtlinge Schutz vor Verfolgung und Not haben.

Ganz zur Farce und Bankrotterklärung wurde der AL-Aufruf, indem die Beratungsstellen angehalten werden, Flüchtlinge zur Ausländerbehörde zu begleiten, um sie dort vor den üblen Praktiken zu schützen. Nun soll auf dem Rücken der Beratungsstellen eine verfehlte Politik ausgetragen werden. Der Basis wird der Rückschritt in der Flüchtlingspolitik, der Bruch mit dem Koalitionvereinbarungen, dem Abweichen von Standpunkten und früheren Forderungen als Notwendigkeit für den Erhalt der Koalition verkauft. Für die SPD ist es nun ein leichtes ihre eigene Politik durchzuziehen. Das zeigt sich an dem von der SPD ausgearbeiteten Ausländererlaß, der der AL als fertiger Entwurf präsentiert wurde.

Am 7.12.89 wurde von Paetzold eigenmächtig eine neue Flüchtlingsweisung in Kraft gesetzt, die dem neuen Ausländererlaß entnommen ist. In dieser Regelung sind eine Menge Verschärfungen enthalten. - nicht aus dem Libanon stammende Palis haben kein Aufenthaltsrecht mehr, - Sri Lanka: die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis beschränkt sich nur noch auf TamilInnen - Kurden aus der Türkei und Syrien müssen jetzt eine individuelle Verfolgung nachweisen; also belegen, daß speziell sie bei Bombardements ermordet werden sollten, - Frauen müssen ihre geschlechtsspezifische Verfolgung wieder im einzelnen darlegen, können sich allerdings bei der Ausländerbehörde durch eine Frau ihres Vertrauens vertreten lassen, die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis wurde an einen bestimmten Zweck gebunden; d.h. wenn die Senatsinnenverwaltung befindet, daß der Abschiebestopp in ein Land hinfällig ist, wird die Aufenthaltserlaubnis nicht erteilt bzw. nicht verlängert. Die Leute werden dann abgeschoben.

Die Bilanz nach acht Monaten rotgrüner Ausländerpolitik ist niederschmetternd. Der Ausländerbehörde wird weiterhin freie Hand gelassen, der Abschiebeknast ist wieder voll belegt, die Arbeitsgemeinschaft gezielter Ausländerüberwachung("AgA") schnüffelt weiterhin in Ehebetten 'rum, das Wahlrecht für EmigrantInnen verschwand ebenso wie das Antirassismusressort in der Versenkung. Die allgemeine Konzentration auf die "Deutschlanddiskussion" und die damit verbundene nationalistische Stimmung und Ausländerhetze wird vom AL/SPD Senat ausgenützt, um drastische Maßnahmen gegen die hier lebenden EmigrantInnen und Flüchtlinge zu ergreifen. Während auf der einen Seite die Reisefreiheit von DDR Bürgern bejubelt wird, werden auf der anderen Seite die Mauern für Flüchtlinge immer höher gezogen, werden sie mittels Gesetze und Hetzpropaganda immer mehr ausgegrenzt, wird ihnen unmißverständlich klargemacht, da sie den Platz für die Blutgruppe Deutsch zu räumen haben.





ÜBER DIE SELBSTORGANISIERUNG IN DEN FLÜCHTLINGS- UND EMIGRANTENVEREINIGUNGEN IN ENGLAND

KAMPF FÜR SELBSTBESTIMMUNG

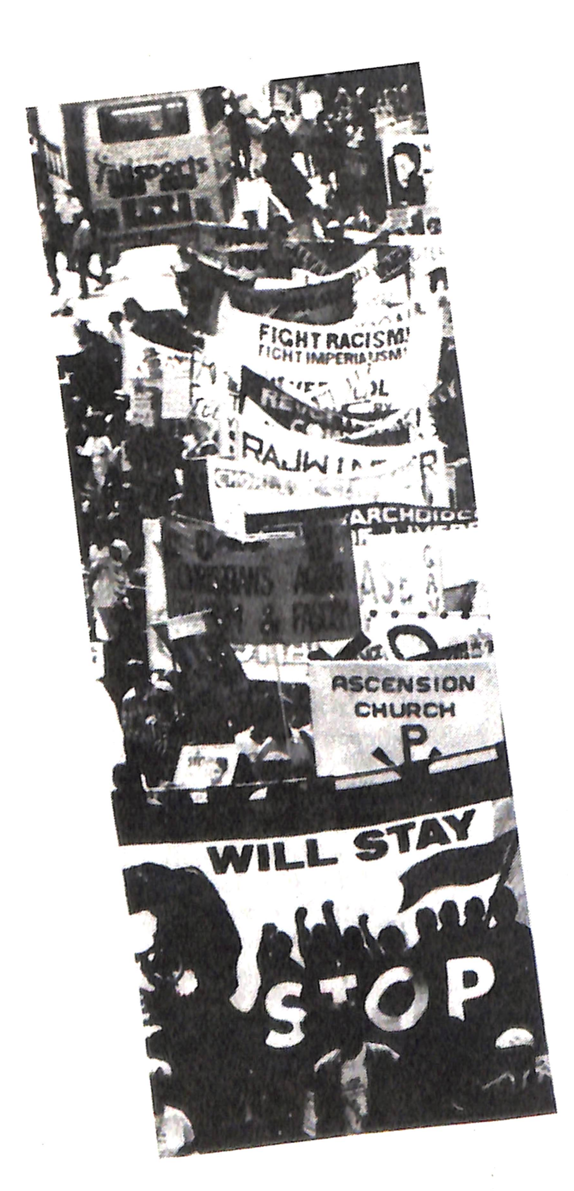
Die Selbstorganisierung der Schwarzen hat eine lange Geschichte in England. Mit dem Niedergang des Commonwealth 1950 durch die erfolgreichen Kämpfe der Befreiungsbewegungen, schloß England die Grenzen für die ZuwanderInnen aus den ehemaligen Kolonien. Nach dem Aufstand der Schwarzen 1958 in Nottingham Hill wurden striktere Immigrationsgesetze installiert. Der Familiennachzug wurde begrenzt und der Aufenthalt an Arbeitsplätze geknüpft.1988 wurde der Familiennachzug ganz verboten und Rechtsmittel gegen Zwangsausweisung nicht mehr zugelassen.Mittlerweile gibt es Auflagen wie genetische Tests zum Nachweis der Familienzugehörigkeit oder Jungfräulichkeitstests, wenn eine Verlobte zu ihrem zukünftigen Ehemann einreisen will. Mindestens genauso lange gibt es einen schwarzen Widerstand gegen Zwangsausweisung, gegen Ausländerkontrollen und gegen den Rassismus auf der Straße und im behördlichen, sozialen und rechtlichen Bereich.

Flüchtlinge und EmigrantInnen haben sich als Communities (Exilgemeinschaften) organisiert. Über das Halk Evi (Volkshaus) in London sind z.B. ca. 10.000 KurdInnen und TürkInnen organisiert. Die 3.500 MitgliederInnen zahlen 10% ihres Einkommens zum Erhalt des Zentrums. Das Zentrum ist ein riesiges Gebäude mit einem großen Versammlungsraum in dem kulturelle Veranstaltungen,Feste und politische Versammlungen stattfinden. Warme Mahlzeiten und Tee gibt es jeden Tag. Die Räume werden von den verschiedensten Gruppen genutzt. Es gibt eine Beratung zu Emigrations- und Asylfragen, ein Nottelefon gegen Abschiebungen, Werkstätten, Folkloregruppen und politische Schulungen. Ähnliche Zentren werden von Afro-Cariben, TamilInnen, Phillipinos/as etc. unterhalten.

Durch den Austausch unter den verschiedenen Zentren entstehen gemeinsame Kampagnen, so z.B. die Kampagne zur Legalisierung der "SchwarzarbeiterInnen". Dabei geht es um die Anerkennung des Beitrags der "SchwarzarbeiterInnen" zum Erhalt bzw. zum Reichtum der Wirtschaft. Besonders die "SchwarzarbeiterInnen" sind von Razzien, Verhaftungen und Zwangsausweisungen bedroht; angemessener Wohnraum, medizinische und soziale Hilfe wird ihnen vorenthalten. Verstärkt seit Anfang letzten Jahres schikanieren Sondereinheiten der Polizei die Bevölkerung durch großangelegte Razzien in überwie-

gend von Schwarzen bewohnte Stadtviertel. Stundenlang werden Wohnungen und Fabriken durchkämmt, werden von allen die Papiere kontrolliert und Körperkontrollen durchgeführt. Deshalb wurde von den EmigrantInnen und Flüchtlingen ein telefonisches Frühwarnsystem und eine Telefonkette für Aktionen nach Verhaftungen eingerichtet. Im Sommer z.B. wurden während einer Razzia 34 Personen verhaftet. Per Telefonkette konnten 200 Leute zum Polizeigewahrsam mobilisiert werden, die mit ihrer Weigerung, das Gebäude zu verlassen, die Freilassung erreichten. Als quasi letztes Mittel gibt es ein System von geheimen Wohnungen und Schlafplätzen, um Leute vor der Abschiebung zu retten.

Die Communities und die Gruppen gegen Abschiebung oder Rassismus sind über das Flüchtlingsforum und das Netzwerk der Aktionsgruppen für MigrantInnenrechte zusammengeschlossen. Beides sind Dachorganisationen, in denen basisorganisierte Gruppen ihr politisches Sprachrohr sehen. Grundprinzipien all dieser Gruppen ist die Selbstbestimmungen: d.h. Absage an jede Art von Stellvertreterpoltik und staatlichen oder parteilichen Abhängigkeit oder Einbindung; auf der anderen Seite Befähigung jedes einzelnen sich politisch zu äußern oder zu wehren. In der Praxis heißt das dann auch Schulung über bestimmte Gesetze oder oder wichtige politische Aufgabenstellungen. "Jeder kann das,. was er so kann, beitragen" : sei es, daß bestimmte Fähigkeiten und Kenntnisse eingebracht oder das Papier, der Kugelschreiber organisiert werden. Oder daß jemand sein Fahrzeug zur Verfügung stellt, wenn jemand schnell zum Abschiebeknast muß.



In der Kampagne gegen Europa 92 wird ausgehend von den Erfahrungen des Rassismus und des vielfältigen Widerstandes aufgezeigt, wie die Verschärfungen durch die Harmonisierung Europas aussehen, welche Auswirkungen es für die Strategien des Kampfes haben wird. Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen, die Wohn- und Lebensverhältnisse und die rechtliche Situation. Wie man gegen Abschiebung und Immigrationsgesetze vorgehen kann, die Wohnungssituation verbessern kann. In den Communities gibt es z.B. seit einigen Jahren spezielle Gruppen, die bei der Wohnungssuche helfen, aber vor allem versuchen Häuser zu kaufen, in denen Leute aus der Community wohnen können oder auch Illegale untergebracht werden. Bisher ist eine (Zwischen-)Finanzierung über staatliche Töpfe möglich. Auch werde seit einiger Zeit schwarze Bereichsgruppen in den Gewerkschaften gegründet, die auf die spezifischen Probleme der gesetzlich nicht voll abgesicherten ArbeiterInnen und auf die spezifischen Probleme der Flüchtlinge und MigrationsarbeiterInnen eingehen. Dazu gehört im Moment die Kampagne gegen die Kopfsteuer. Die Kopfsteuer soll die Ausgaben der Stadtverwaltungen finanzieren. Das bedeutet für jeden Einwohner, unabhängig von Einkommen und Alter, eine jährliche Belastung von ca. 1.500 DM.

Da die Schwarzen überwiegend in den inneren, besonders heruntergewirtschafteten Bezirken der Großstädte wohnen, trifft es sie besonders hart: einmal sind die Einkommen der Schwarzen ja besonders niedrig und zum anderen ist die Kopfsteuer in den besagten Bezirken auch noch besonders hoch. Die schwarze Bereichsgruppe der Gewerkschaft NALGO hat dagegen eine Kampagne gestartet. Schwarz als politische Farbe, Schwarz als kämpferische Identität der EmigrantInnen wurde in den 50er/60er Jahren als politische Position durchgesetzt. Reicht aber Schwarz als Kampfbegriff noch aus: angesichts der veränderten Bevölkerungszusammenstzung durch neue Flüchtlings- und Migrationsbewegungen, durch Europa 92 etc.?

Sivanandan, Direktor des "Institut of Race Relations" in London entwickelte in einer Rede anläßlich einer Konferenz der Grassrootsorganisations im November dazu verschiedene Fragestellungen und Denkansätze. Die Aufgabe einer Gemeinschaft im Widerstand wäre es, ein doppeltes Bewußtsein zu entwickeln. Einerseits die Tradition und Herkunft nicht vergessen und damit den Kampf im Herkunftsland zu unterstützen, gleichzeitig aber auch den Kampf gegen Ausbeutung hier und jetzt zu führen. Er warnte davor, daß Flüchtlinge und EmigrantInnen durch ihre verschiedene Herkunft und nationale Identitäten sich leicht spalten lassen könnten, oder aber auch durch errungene Privilegien und Integration ins System korrumpieren zu lassen und sich von der Basis zu entfernen. Solidarität und gemeinsamer Kampf aller Ausgebeuteten und Unterdrückten, mit dem doppelten Bewußtsein über die eigene Geschichte und kämpferisches Bewußtsein hier und im Herkunftsland hieße sich neu zu definieren als Flüchtling und Immigrant.

Wie in anderen Ländern an diese Kampagne gegen Europa 92 angeknüpft werden kann, ist eine große Frage, da die Geschichte der Einwanderung überall anders ist. Nicht vergessen werden sollte die Tatsache, daß die Geschichte der Einwanderung in die BRD in den 50er Jahren fast ganz neu angefangen hat, mit einer ganz neuen Art von Kolonialismus. Andererseits spielt die BRD (z.B. mit dem neuen Ausländergesetz und verschiedenen Maßnahmen gegen Flüchtlinge) eine Vorreiterrolle bei der Abschottung der europäischen Grenzen und der Kontrolle der Flüchtlinge und EmigrantInnen.

Das Manifesto ist zu beziehen über:

Refugee Foreigns,
Migrant Rights Action Network
- Manifesto Campaign -
54 Facistock Place, London WC 1

NAMIBIA

DIE LETZTEN 3 INHAFTIERTEN VON EINER GRUPPE VON URSPRÜNGLICH 6 WEISSEN FASCHISTEN WURDEN AUF DEM TRANSPORT VON DER GERICHTSVERHANDLUNG BEFREIT. EIN POLIZIST, DER DABEI ANGESCHOSSEN WURDE, VERSTARB SPÄTER IM KRANKENHAUS. UNTER DEN GEFLÜCHTETEN FASCHISTEN BEFINDET SICH EIN BUNDESDEUTSCHER.

FASCHISTEN ENTKOMMEN



Horst Klenz

Horst Klenz ist mit seinen 52 Jahren bei weitem der Älteste unter den 21-28jährigen Rechtsradikalen. Als Wohnsitz gab er eine Adresse in Vermaak, Duiweiskloof in der Kapprovinz/Südafrika an. In den ersten Wochen wurde er als einziger der Gruppe abgesondert von den anderen in Haft gehalten. Inhaftiert waren die Faschisten aus Südafrika wegen dem Anschlag vom August '89 auf das UNO-Büro in Outjo im Norden Namibias. Bei dem Überfall wurden Maschinenpistole und Handgranaten eingesetzt und ein privater Wachmann getötet. Sicherlich ist es kein Zufall, daß das Kommando ein Objekt in Namibia als Anschlagsziel wählte: es war klar, daß die bevorstehenden Wahlen eine schwarze Mehrheitsregierung hervorbringen würden.

Mehrere der Angeklagten sind als Sympathisanten oder Aktivisten der 'Afrikaner Widerstandsbewegung'(**AWB**) in Südafrika bekannt. Es handelt sich um eine faschistische Organisation, die an das traditionelle 'Afrikanertum', die rassistische Burenideologie und an den Nationalsozialismus anknüpft. Seitdem die südafrikanische Regierungspartei versucht, das Apartheidssystem den kapitalistischen Erfordernissen anzupassen, bröckelt ihr rechter Rand zugunsten der extrem-rechten Parteien - darunter die AWB.

Der angeklagte AWB'ler **Leonhard Veenendal** aus Johannesburg/Südafrika war ein enger Mitarbeiter des AWB-Führers Terre Blanche. Inzwischen hat sich trotz Bedrohung ein Journalist an die Öffentlichkeit gewandt, der vor dessen Festnahme ein längeres Interview mit Veenendal geführt hatte. Veenendal berichtete von einer Spaltung zwischen "Intelligentsia" und "Kriegern" innerhalb des sog. AWB-Sicherheitsapparates 'Aquila'. In der AWB gebe es eine geheime Selbstmordeinheit, die Kamikazeaktionen und die Ermordung von politischen Persönlichkeiten plane.

Die **'Weißen Wölfe'** sollen laut Veenendal tatsächlich existieren. Der Amokläufer Strydom, Ex-Bulle und AWB-Mitglied, erschoß im November '88 in der Innenstadt Pretorias 6 Schwarze und verletzte 17 schwer. Er bezeichnete sich später als Führer der 'Weißen Wölfe'. Inwieweit die 'Weißen Wölfe' bereits eine festere Organisationsstruktur von bewaffneten Faschisten darstellen, ist bisher nicht bekannt. Als reine Wichtigtuerei sollten die Angaben Veenendals nicht abgetan werden. Ende letzten Septembers wurde, der Prozeß gegen das Faschokommando hatte gerade begonnen, ein Waffenlager in Namibia entdeckt.

DER MORD AN ANTON LUBOWSKI

Auch sonst wird noch einiges von der Faschistenszene Namibias und Südafrikas zu erwarten sein. Nach der Ermordung des führenden SWAPO-Mitglieds Rechtsanwalt Anton Lubowski erhielten auch andere Personen Morddrohungen, darunter die Herausgeberin der Tageszeitung 'The Namibian'. Lubowski war im September letzten Jahres mit einer Maschinenpistole umgebracht worden. Ein Ire, der von Südafrika eingereist war, wurde am Tage darauf in diesem Zusammenhang inhaftiert. Haftgrund war zuerst die Verletzung von Einwanderungsbestimmungen, später Mordanklage. Zur Zeit finden die Plädoyers statt. In Südafrika sollen zwei Personen im Zusammenhang mit dem Iren Donald Acheson festgenommen worden sein, davon ist aber zumindest einer wieder auf freiem Fuß.

Acheson hielt sich in verschiedenen afrikanischen Ländern auf; er lebte 7 Jahre in Zambia, 8 Jahre in Südafrika, war aus namibischen Zeitungen zu erfahren. Nach Informationen der englischen Zeitung 'Searchlight' war Acheson zu Beginn der 80er aktiv bei der **'Ulster Volunteer Force'**, eine paramilitärische Organisation der protestantischen Rechten in Nordirland. In den frühen 70ern noch soll er bei der Killertruppe **'Selous Scouts'** aufgetaucht sein, einer Eliteeinheit des rhodesischen Regimes, die gegen die Befreiungsbewegungen ZANU und ZAPU kämpfte. Viele Angehörige von Geheimdienst und Armee aus Rhodesien sind nach der Unabhängigkeit von den südafrikanischen Rassisten übernommen worden. Aus diesem Grund würde es nicht überraschen, wenn sich Acheson nicht nur als Mitglied einer rechtsradikalen Gruppe entpuppt, sondern auch auf der Gehaltsliste des südafrikanischen Geheimdienstes steht.

DAS JAHR 1989 HAT MIT EINEM VORHER NICHT FÜR MÖGLICH GEHALTENEN WAHLERFOLG DER FASCHISTISCHEN REPUBLIKANER IN WESTBERLIN BEGONNEN UND MIT EINER GESTÄRKTEN FRONT NATIONAL IN FRANKREICH GEENDET. WIE SIEHT ES IN DEN ANDEREN LÄNDERN WESTEUROPAS AUS?

FASCHISTEN IN WESTEUROPA

Die faschistische Italienische Sozial Bewegung, **'MSI'**, hat nicht viel von den neuen Methoden der **'Republikaner'** und der französischen **'Front National'** gelernt. Nach dem Tod des Ex-Mussolini Ministers und charismatischen Führers der Partei, Giorgio Almirante, befindet sich die Partei im internen Streit und auf europäischer Ebenen wurde sie aus der **'Euro-Rechten'** von den REPs und FN ausgeschlossen.

In Skandinavien bleibt die faschistische Bewegung bisher klein und schwach. Die angesehene rassistische Fortschrittspartei hat in Dänemark und Norwegen mit ihrer ausländerfeindlichen Propaganda die **'Dänisch-National Sozialistische Bewegung'** von Rijs Knudsen und die **'Norwegische Volks Partei'** kalt gestellt. Die faschistische Partei der schwedischen Demokraten hat bisher noch keinen großen Einfluß auf Landesebene.

Nur in Belgien haben die Faschisten große Erfolge bei den Wahlen erzielt. Der Vorsitzende der **'Vlaams Block'** sitzt nun mit den REPs und der FN in Straßburger 'Euro-Rechten'. Seine Partei bekam im flämisch sprechenden Antwerpen 22% der Stimmen. Im Nachbarland Holland sitzt ab September letzten Jahres der langjährige Neo-Nazi Hans Janmaat im Landesparlament. Doch Beobachter aus Holland berichten, daß steigende rassistische Gewalt und Nazi-Skinhead Angriffe ein viel größeres Problem sind.

In England ist die Rechte Szene um eine Organisation ärmer geworden. Der **'National Front'** Flügel der 'politischen Soldaten' unterhielt weitreichende Verbindungen und finanzielle Zuwendungen aus Lybien, Belfast und Wales. Diese Organisation war in die internationale faschistische Terrorszene tief verstrickt.

Nicht zuletzt durch die Enthüllungen der britschen Antifa-Zeitung Searchlight, mußte der Laden nun geschlossen werden. Aufgedeckte Geheimdienstkontakte führender Mitglieder zum Britischen Abwehrdienst MI6 brachen der Partei das Genick. Von 2000 Mitgliedern zerstritt sich die Partei auf zum Schluß 50 Mitglieder herunter.

Doch wenn wir uns heute West-Europa ansehen, müssen wir die Gefahr feststellen, daß die Erfolge der Nazis in Frankreich und der BRD Vorbilder für eine Massenmobilisierung in anderen Ländern darstellen. Das könnte den Faschismus in die Lage versetzen das erste Mal seit den 30er Jahren wieder auf eine wirkliche Massenbasis zurückgreifen zu können.

Ohne Zweifel sind davon auch die terroristischen Flügel der Nazis beeindruckt, wie die 'FAP', 'Wiking Jugend' und 'NF' in der BRD und Westberlin. Diese Tatsache muß mit der plötzlichen Absage der geplanten Gewaltaktionen um den 20.April 1989, dem 100. Geburtstag Hitlers zusammenhängen.



Marie-France Stirbois und Jean-Marie Le Pen

Le Dreux: 61% FÜR DIE 'FRONT NATIONAL'

Ein einschlagender Wahlerfolg der faschistischen **'Front National'**(FN) hat zur sofortigen Verschärfung der Einwanderungsgesetze durch die "sozialistische" französische Regierung geführt. Bei den Wahlen erreichte die 'FN' - geführt von Jean-Marie Le Pen - 61% der Stimmen in dem Ort Le Dreux, Normandie und 47% in Marseille. Madame Marie France Stirbois, Kandidatin der 'FN' in Dreux, gewann im zweiten Wahlgang gegen einen Kandidaten der konservativen Gaullisten. Die Witwe des unheilvollen Beraters Le Pens, Jean-Pierre Stirbois, der letztes Jahr in einem misteriösen Autounfall ums Leben gekommen war, ist die erste Faschistin, die wieder in das französische Parlament einzieht. Ihre Wahlkampagne verfolgte eine rassistische und Anti-Einwanderer Politik in einer Stadt, die 11.000 Nord-Afrikanische und türkische Einwanderer bei einer Gesamtbevölkerung von 35.000 Menschen zählt. Eine ähnliche Kampagne wurde in Marseille geführt, wo der faschistische Kandidat die Wahl nur knapp verlor. Aber der konservative Kandidat war auch mit einer ausgesprochen rassistischer Plattform angetreten.

Beide Ergebnisse sind

ein Schlag ins Gesicht des 'sozialistischen' Präsidenten Francois Mitterand, der zuvor erklärt hatte, daß *"Parteien, die Rassismus benutzen, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen, nur eine begrenzte Anhängerschaft gewinnen"* könnten. Nun sieht es so aus, daß sich die 'FN' völlig von den Skandalen Anfang letzten Jahres erholt hat. Le Pen wurde wegen seiner Äußerungen über eine *"Jüdische Internationale"* angegriffen, einer Variation der alten Nazi Parole von einer "jüdischen Weltverschwörung". Beeinflußt hat die Wahlen der ausgeuferte Streit über das von moslemischen SchülerInnen geforderte Recht in den traditionell nicht religiösen französischen Schulen Schleier tragen zu dürfen. Die Berichterstattung über diese Affaire wurde von der extremen Rechten und konservativen Gaillisten benutzt um die Feuer des Rassenhasses anzuheizen.Die Wahlerfolge der Faschisten sind das Ergebnis.

Nach Bekanntgabe der Wahlergebnisse startete der auf der Welle des Erfolges schwimmende Le Pen eine wilde Hetztirade gegen den jüdischen Kabinettsminister Lionel Stoleru. Er forderte die Polizei zu Durchsuchungen im Distrikt von Sentier auf, wo Juden Besitzer von mehreren Textilfirmen sind, um gegen dort beschäftigte illegale EmigrantInnen vorzugehen. Zur selben Zeit forderte er die Massenausweisung von Eingewanderten, die nach den offiziellen Stop der Einwanderung im Jahr 1974 zugereist sind. In einer überraschenden und plötzlichen Kapitulation vor der rassistischen Stimmung hat die französische Regierung die Einführung neuer Gesetze gegen illegale und die beschleunigte "Integration" der legalen EinwanderInnen und Einwanderer angekündigt.

In Reaktion auf den Schock über die Wahlergebnisse, klagte der Premierminister Michel Rocard die Faschisten wegen Verbreitung von Hass und Gewalt an. Doch unheilverkündend fügte er hinzu: *"Wir können nicht die Armen der ganzen Welt beherbergen."* Zur Verteidigung der gegenwärtigen Regierungspolitik erklärte er stolz, daß im laufenden Jahr bereits 76.000 Menschen nicht in das Land gelassen bzw. abgeschoben worden sind und kündigte die Rücknahme des Vorschlages zum kommunalen Wahlrechts für EinwanderInnen an. Nach den letzten offiziellen Zahlen leben 4,4 Millionen EinwanderInnen und Einwanderer in Frankreich. von denen die meisten aus den alten französischen Kolonien in Nord-Afrika stammen. Die Erklärung Rocard's und die angekündigten neuen Gesetze können nur die Lebenssituation dieser BürgerInnen unsicherer machen und werden die Front National zur Intensivierung ihrer rassistischen Angriffe, von denen ettliche gewalttätig endeten, ermuntern. Nach einer Meinungsfrage könnten die Faschisten bis zu 150 Sitze in einer neuen Parlamentswahl gewinnen. Das ist zweifellos der Grund warum Le Pen die Forderung nach Neuwahlen erhoben hat.

SCHWEIZ

NAZIS GREIFEN FLÜCHTLINGE AN

Die Schweiz ist mit einer wachsenden Welle der Gewalt, ausgeübt von Neo-Nazis hauptsächlich gegen Flüchtlingsheime konfrontiert. Es gab Angriffe gegen Häuser von Flüchtlingen in Beckonreid und Zug, die Presse vermeldete auch noch einen Skinhead-Überfall auf ein Flüchtlingsheim in Zürich. Bei diesem letzten Angriff wurde einige von den mit Stahlknüppeln ausgerüsteten Angreifern schwer verletzt. Wie bei früheren rassitischen Angriffen war die Polizei anwesend und unternahm nichts um die Angriffe zu verhindern, die wiederholt von Unterstützern der **'Patriotischen Front'** (PF) ausgangen sind. Im letzten Jahr sind fünf Menschen von Faschisten ermordet worden: Vier Menschen bei einem Brandanschlag in Graubünden und einer bei einem Straßenüberfall in Zürich, als Skins den Brasilianer Jose Gomez zusammengeschlagen und ihn eine Treppen hinunterstürzten. Er starb an den Folgen seiner Verletzungen.

Antifas warnten davor das bei Nichteingreifen der Behörden noch mehr Tote zu befürchten seien. Der Schweizer Generalstaatsanwalt lehnte es jedoch ab Ermittlungen gegen die 'PF' einzuleiten. In einem Interview vor zwei Monaten lamentierte er nur *"Wir wissen nicht die genaue Größe der Organisation oder wieviele Sympathisanten sie hat."* Zur selben Zeit erschien das Regierungsmitglied Flavio Cotti im Fernsehen, um zu bestreiten, daß es Rassismus und dadurch motivierte Morde im Land gäbe. Diese Stellungnahmen haben den Anführer der 'PF', **Marcel Strebel**, nur dazu ermutigt die sofortige Ausweisung der von ihm sogenannten *"Afro-Asiaten"* zu fordern. Offen sagt Strebel, daß es Ziel seiner Partei sei den Flüchtlingen zu zeigen, daß sie *"nicht willkommen"* seien, bestritt aber Gewalt zu verteidigen.

Wenige PolitikerInnen haben sich gegen ihn ausgesprochen, bis auf eine Züricher Lokalpolitikerin, Verena Greudelmeier, die eine einsame Kampagne begonnen hat, damit die 'PF' wegen krimineller Verschwörung verurteilt und verboten werde. Das dies passiert ist längst überfällig, denn der PF-Chef Strebel kündigte für das laufende Jahr 500 Aktionen an, die *"das Erwachen des Schweizer Volkes"* zum Ziel haben sollen. Einige dieser Aktionen werden gegen gemischte Partnerschaften gerichtet sein. Neulich gab Strebel einen Hinweis in dieser Richtung, als er einem Reporter seine Gedanken zu gemischten Ehen verriet: *"Für viele (weiße) Frauen bedeutet die Erhaltung der Rasse nichts. Alles was sie wollen ist was zwischen die Beine"* . Er schreckt nicht davor zurück rassistische und sexistische Angriffe zu vermischen. Seine 'Ideen' haben eine große Gruppe von Skinheads beeinflußt, deren Hauptcharakter, nach Aussage eines Schweizer Journalisten *"Totaler Gehorsam gegenüber Strebel und Lust auf Gewalt"* ist.

Schweizer 'Patriotische Front'




GEGEN NATIONALISMUS
UND DEUTSCHTÜMELEI
ANTIFASCHISTISCHE
AKTION
GEGEN KAPITALISMUS
UND AUSBEUTEREI